



Politische Berichte

Nummer 23 / 13. Jahrgang

6. November 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Wirtschaftsinstitute melden „kritische Situation“ und drohen mit „gesetzlichen Regelungen“ gegen Tarife

Rezession überall — Die Löhne sollen sinken

„Die konjunkturelle Schwäche im Westen hat weite Bereiche der Wirtschaft erfaßt ... ist die Konjunktur seit dem vergangenen Frühjahr abwärtsgerichtet. Nun werden auch die Ausrüstungsinvestitionen gekürzt ...“ So trübe beurteilen die bundesrepublikanischen Wirtschaftsinstitute in ihrem in der letzten Woche vorgelegten Herbstgutachten die konjunkturelle Situation der Kapitalisten. Tatsächlich sind die Anzeichen dafür, daß nun auch die bundesdeutschen Konzerne in eine Überproduktionskrise hineingeraten, unübersehbar. Die lange, fast zehn Jahre andauernde Phase scheinbar ununterbrochenen Wachstums ist vorbei. Die Verbilligung des konstanten Kapitals insbesondere durch die massenhafte Anwendung der Mikro-technologie in der industriellen Produktion, verbunden mit brutaler Rationalisierung und „Flexibilisierung“ der Produktion, mit Lohnsenkungen, mit Hochrüstung und mit drastischer Senkung der Rohstoffpreise, hatte den Konzernen vorübergehend ermöglicht, ihre Profitrate wieder zu steigern — vor allem auf Kosten der Gesundheit und der Einkommen der Arbeiter. Bereits vor einiger Zeit hatte dieser lange Boom in den USA und anderen westeuropäischen Ländern sowie in Japan geendet, während die BRD-Konzerne noch von der Sonderkonjunktur profitierten, die ihnen die Annexion der DDR und die daran anschließende Vernichtung fast aller industrieller Produktionsanlagen in dieser Region mit sich brachte. Nun ist auch dieser „Anschlußboom“ vorbei, und die Kapitalisten haben sich mit ihren enormen Investitionen in eine gewöhnliche kapitalistische Überproduktionskrise hineinmanövriert.

Für das nächste Jahr erwarten die Institute nunmehr eine Zunahme des „realen Bruttoinlandsprodukts“ um maximal 0,5 Prozent. Die industrielle Produktion dürfte zurückgehen, die Automobilkonzerne etwa rechnen mit einem Rückgang beim Inlandsabsatz um 10 Prozent, evtl. sogar mehr, bei Stahl und im Maschinenbau sieht die Lage nicht besser aus. Der noch Anfang des Jahres von den Konzernen gewälzte Plan, nach der Eroberung der DDR auf den West-Märkten neuen Absatz für ihre Warenmassen zu erobern, ist fehlgeschlagen. Der Export konnte kaum gesteigert werden, und der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung in den USA, Großbritannien und anderen Staaten ist ausgeblieben. Erstmals seit langem stecken alle großen

imperialistischen Staaten wieder gleichzeitig in einer Rezession. Damit schrumpft auch die Möglichkeit, Absatzkrisen in einer Region durch Exporte in andere Regionen „abzufedern“. Den BRD-Konzernen droht deshalb ebenso wie ihren japanischen, westeuropäischen und US-Konkurrenten nicht nur eine vorübergehende Rezession, sondern sogar eine langanhaltende Stagnation. „Zögerliche Belebung in den USA“, „Japan im Konjunkturtief“, „Konjunkturerholung in Westeuropa verzögert sich“: so lauten die Überschriften der ersten drei Kapitel des Gutachtens. Und dann: „Die vorliegenden Indikatoren deuten nicht auf eine baldige Wende der Konjunktur hin.“

Über das Ausmaß an Verwüstung und Zerstörung, daß die BRD-Konzerne im Osten angerichtet haben, sind selbst die Institute beunruhigt. Sie schreiben: „Die befürchtete Deindustrialisierung der ostdeutschen Wirtschaft ist in der Tat weit fortgeschritten. Vom ursprünglichen Produktionsniveau des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes ist nur ein Drittel übrig geblieben.“ Diese späte Erkenntnis freilich soll nicht dazu herhalten, dem zerstörerischen Wirken der BRD-Konzerne im Osten künftig Zügel anzulegen und der ostdeutschen Industrie etwa durch Staatsaufträge zu helfen. Mitnichten. Die Institute verlangen vielmehr weitere Schritte der Regierung

gegen Versicherungsrechte und öffentliche Leistungen an Lohnabhängige, um noch mehr Geld für die Konzerne locker zu machen. „Bedenklich“ finden sie, daß das Defizit der öffentlichen Haushalte vor allem wegen „konsumativer Ausgaben“ — sprich: Versicherungszahlungen, Sozialhilfe, Ausgaben für Bildung u.a. — gestiegen sei: „Bei dieser Erhöhung liegt der Kern der finanziellen Problematik.“

Rücksichtslosigkeit im Angriff auf Lebensansprüche, Gesundheit und Einkommen von arbeitenden Menschen, das ist der „Ausweg aus der Krise“, den die Institute empfehlen. Zwei Maßnahmen vor allem solle man ergreifen: — Erstens eine Kürzung der Agrarsubventionen. Gemeint sind hier vor allem die Exportsubventionen der EG für Getreide. Die US-Regierung, die britische Regierung und insgeheim auch die Bundesregierung verfolgen bei den GATT-Verhandlungen diesen Plan, die französische Regierung sperrt sich dagegen. Letztere befürchtet — zu Recht — bei einem Wegfall dieser Subventionen infolge des dann eintretenden Überangebots von Getreide in der EG eine soziale Katastrophe auf dem Land. Die Bundesregierung dagegen will sowieso zur kaiserlich-junkerlichen Agrarpolitik der Jahrhundertwende zurückkehren: Billige Nahrungsmittel und Landarbeiter aus dem Osten. Den Kapitalisten würde ein

solcher Rückgang der Lebensmittelpreise einen zusätzlichen Vorwand schaffen für Lohnsenkungen.

— Diese Lohnsenkungen stehen im Zentrum der Vorhaben auch der Institute. Sie drohen unverhüllt mit Angriffen auf die Tarifrechte der Gewerkschaften: „Beide Tarifpartner müssen erkennen, daß auch eine grundgesetzlich garantierte Autonomie nur ihre „innere Legitimität“ erhält, wenn sie zu Ergebnissen führt, die gesellschaftlich akzeptabel sind. Sind sie das nicht, wird das gesamte Regelwerk in Frage gestellt. Dann wären gesetzliche Regelungen, die betriebliche Öffnungsklauseln vorsehen, die ultima ratio. Aufgabe der Tarifpartner ist es, ihre gesellschaftliche „Legitimation“ wiederherzustellen.“ Mit anderen Worten: Wenn die Gewerkschaften nicht freiwillig den Lohnsenkungsforderungen der Kapitalisten nachkommen, müsse die Regierung mit Zwangsmaßnahmen und Gesetzen den Widerstand der Gewerkschaften brechen. In genau diese Richtung gehen inzwischen auch die Pläne aus dem Hause Waigel: Lohnstopp bzw. Lohnsenkung für Beamte, um der ÖTV ein Tarifikdiktat aufzuzwingen, Rentensenkung, Senkung von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe usw. Den Beifall der „Wissenschaft“ für solche arbeiterfeindliche Politik hat die Regierung schon mal sicher.

Quelle: Herbstgutachten, Berlin, 22.10. — (rül)

Bernd Rößner ist nicht begnadigt worden

Am Freitag, 23.10.92, wurde bekanntgegeben, daß von Weizsäcker Bernd Rößner jetzt nicht begnadigt. Stattdessen hat Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger entschieden, daß Berns Haft ab dem 17.11. ausgesetzt werden soll — aber nur für 18 Monate und nur dafür, daß sich Bernd in eine therapeutische Einrichtung begibt! Das heißt, daß es offen ist, ob Bernd danach wieder in den Knast muß! Haftunfähig — weil er auf das Schwerste durch die Haftbedingungen krankgemacht wurde — soll er jetzt in einer Therapie gesund werden, mit der permanenten Drohung, zurück zu müssen in die Situation, die ihn so schwer gesundheitlich angegriffen hat. (Aus: Angehörigen Info 105)

PDS fordert, unterstützt von SPD, Entlassung Riedls

Bereits im Mai hatte die Fraktion der PDS/LL im Bundestag die Entlassung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Dr. Erich Riedl (CSU), verlangt, weil er öffentlich für den Münchner Süden eine „asylantenfreie Zone“ gefordert hatte. Der Antrag wurde am 29.10. im Bundestag von der Regierungskoalition abgelehnt. Die Forderung nach Entlassung erhielt besondere Aktualität: Riedl hatte auch die Schirmherrschaft über die 50-Jahr-Feier der von Hitlerdeutschland entwickelten Raketenwaffe übernommen. Auch SPD-MdB Ulrike Mascher unterstützte die Forderung der PDS; die FDP, die mit Minister Möllemann den zuständigen Vorgesetzten Riedls stellt, schwieg. — (alk)

Bündniskandidatur zu Landtagswahlen wird angestrebt

Über 30 Personen aus neun Orten Niedersachsens — Mitglieder von Linken Listen aus Braunschweig, Göttingen und Hannover; von BWK, DKP, Öko-Linke, PDS, VVN/BdA, Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg und Einzelpersonen — beteiligten sich am 31.10. in Hannover am Treffen „Landtagswahlen 1994 — Eine linke Kandidatur und ihr Nutzen“. Sie verabschiedeten — bei einer Gegenstimme — folgende Erklärung: „Wir ... haben uns darauf verständigt, eine linke Wahlbeteiligung zu den niedersächsischen Landtagswahlen 1994 anzustreben. In Anbetracht der Politik des BRD-Imperialismus nach innen und nach außen zeigt sich, daß eine linke Kandidatur zu den Landtagswahlen 1994 insbesondere dazu beitragen muß, daß der faschistische Formierungsprozeß und die militärische Aggression und Expansion bekämpft wird. Es muß der sich entwickelnden völkischen Politik eine aufgrund von sozialen Interessen begründete Politik entgegengesetzt werden. Wir Teilnehmerinnen und Teilnehmer rufen für Februar 1993 zu einer landesweiten offenen Konferenz auf, mit dem Ziel, erste Ausführungen zu programmatischen Positionen zu erarbeiten und eine politische Erklärung zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen zu beraten. Wir können uns dabei u.a. auf die Erfahrungen und die programmatischen Positionen der zu den Kommunalwahlen tätigen lokalen linken Bündnisse/Organisationen stützen. In welchem Umfang es uns gelingt, eine Auseinandersetzung mit allen Erscheinungen der Herrschaft des Kapitals zu suchen, hängt davon ab, in welchem Umfang die Kräfte des Widerstandes selbsttätig im Rahmen einer Bündniskandidatur wirken. Von daher rufen wir weitere Kräfte des antikapitalistischen Widerstandes auf, insbesondere örtliche Gruppen/Zusammenhänge, sich selbsttätig in diese Bündnisinitiative einzubringen. Ein fünf-köpfiger Koordinationskreis (Genossinnen und Genossen aus Braunschweig, Delmenhorst, Göttingen und Hannover) wird beauftragt, die Durchführung der offenen landesweiten Konferenz im Februar 1993 zu gewährleisten und einen Entwurf/Entwürfe für eine politische Erklärung zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen zu erarbeiten ...“ — (gec, gekürzt)

15 000 gegen Kurdenmassaker

Zwischen 12 000 und 15 000 Personen beteiligten sich am 24. Oktober in Frankfurt an einer Demonstration gegen die türkischen Militäraktionen in Südkurdistan. Aufgerufen hatte u.a. Feyka Kurdistan. Die Demonstranten verlangten die Einstellung aller Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes. Weitere Berichte zum Krieg in Südkurdistan Seite 2. — (rül)



Kriegsführung im Innern

Ausbau des Bundesamts für Verfassungsschutz angepeilt

Ende Oktober trat der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Werthebach mit der Forderung an die Öffentlichkeit, sein Amt in ein „Bundesinnerenamt“ umzuwandeln. Angesichts der Bedrohung der „inneren Stabilität“ der BRD durch „Extremismus“, „wachsendes gewalttätiges Potential“ und „organisierte Kriminalität“ sei es notwendig, „im Vorfeld“ polizeilicher Ermittlungen tätig zu werden, um den Strafverfolgungsbehörden „seine Hilfe anbieten“ zu können¹. Bundesnachrichtendienst (BND), Bundeskriminalamt (BKA) und BfV müßten eng verzahnt, Under-Cover-Agenten systematisch eingesetzt werden etc. Das Amt plant nichts weniger als seinen Ausbau zu einer zentralen Geheimpolizei.

Die Kritik blieb bisher schwach. Der schleswig-holsteinische Innenminister Bull bestreitet vor allem den zusätzlichen Kompetenzbedarf für das BfV: Was das Amt sich anmaße, erledige die Polizei besser.² Tatsächlich hat sich der Trend zu einer Geheimpolizei, dem

Werthebach das Wort redet, weitgehend durchgesetzt. In der Praxis der letzten 20 Jahre wurde das Gebot der Trennung von Geheimdiensten und Polizei — Konsequenz aus dem Wirken der Gestapo — zunehmend durchbrochen; was lange im rechtsfreien Raum stattfand — die Entwicklung geheimdienstlicher Strukturen und Methoden bei der Polizei — wurde jüngst durch das Gesetz zur Bekämpfung der „Organisierten Kriminalität“ legalisiert.³

In den Tageszeitungen klingt an, daß das Amt die Sorge plage, daß es nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus verkleinert werde und daß es deshalb nach einem neuen Betätigungsfeld und erweiterten Kompetenzen schiele. Das liegt sicher nicht völlig daneben.

Doch dürften weder die Konkurrenz mit der zur Geheimpolizei auswuchernden Polizei noch der Selbstbehauptungswille des immer schon im Grauen operierenden Amtes maßgebliche Gründe für Werthebachs Forderung sein. Die BRD wird, geht es nach dem Willen

einer erstarkenden Kriegspartei, zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Interessen zukünftig auch die Bundeswehr einsetzen. Schon heute ist sie eine aggressive Macht im jugoslawischen Krieg und eine der Hauptstützen für den Krieg der Türkischen Republik gegen das kurdische Volk. Ihre aggressive Außenpolitik geht Hand in Hand mit der feindseligen Behandlung großer Menschengruppen in der BRD, der serbischen Arbeiterbevölkerung und vor allem der kurdischen Arbeiterbevölkerung. Mit der angepeilten „Verzahnung“ von BND, BKA und BfV könnte sich die Kriegspartei ein Instrument zur Kriegsführung im Innern verschaffen, einsetzbar gegen Menschengruppen, die mit Kriegsgegnern der BRD sympathisieren. Nicht anders ist zu verstehen, daß Werthebach in der Begründung seiner Forderung nicht zuletzt auf „Organisationen ausländischer Konfliktparteien („25 000 gewaltbereite Mitglieder“)“ Bezug nimmt.

(1) Frankfurter Rundschau, 24.10.; (2) Die Welt, 28.10.; (3) Geheim 1/92 — (scc)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Kohl hetzt: „Notstand“

Zwei Wochen vor dem SPD-Parteitag hat die Union den Druck auf die SPD in der Asylpolitik erhöht, überschlägt sich mit völkisch-rassistischer Hetze und liefert den faschistischen Organisationen neue Schlagworte für ihre Attacken auf Flüchtlinge und Grundrechte. Aus dem Kanzleramt ließ Kohl verlauten, er wolle notfalls mit „Notstandsgesetzen“ gegen Flüchtlinge vorgehen. Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionschef Gerster sprach von einem „sozialen Notstand“, dem man mit einem „Asylsicherungsgesetz“ begegnen müsse. Außerdem werde die Union die Bevölkerung „mobilisieren“. Es gelte, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“. Zeitgleich verlautete, Asylbewerber aus Rumänien müßten mit massenhafter Abschiebung rechnen, weil das Abschiebe-Abkommen der BRD mit Rumänien in Kraft getreten sei.

Abschiebestopp für Kurden

Der Innenausschuß des Bundestags hat am 29. Oktober — zwei Tage vor dem Auslaufen eines bis zum 31. Oktober befristeten vorläufigen Abschiebestopps für Kurdinnen und Kurden — überraschend einer Verlängerung des Abschiebestopps zugestimmt. Der Beschluß lautet: „Der Deutsche Bundestag empfiehlt dem Bundesminister des Innern, dem beantragten Abschiebestopp zeitlich begrenzt zuzustimmen, soweit es sich um Kurden handelt, die aus dem kurdischen Stammgebiet kommen und soweit diese nicht gegen deutsche Strafgesetze verstoßen haben.“ Noch kurz vorher hatten in Ländern wie Bremen Vorbereitungen für neue Abschiebungen begonnen.

Auf ein Neues: Jäger 90

In Bonn ist die Weiterentwicklung des umstrittenen Jägers 90 (die Light-Version) wieder Tagesthema. Wie die FAZ vom 31. 10. 92 meldete, wurde dies auf „internen“ Gesprächen zwischen der Bundesregierung, dem Verteidigungsminister und der Luftfahrtindustrie erörtert. Volker Rühe, der in Großbritannien „einen sehr schlechten Stil“ an den Tag gelegt habe, so CSU-Landesgruppenchef Bötsch, konnte sich mit dem Vorstandsvorsitzenden der DASA, Schremp, darauf einigen, ein „verbilligtes“ Modell des Jägers 90 weiterzuentwickeln. Der Gerätepreis für ein Kampfflugzeug soll jetzt nur noch zwischen 90 und 100 Mio. DM liegen! Immer noch teuer genug, um der Rüstungsindustrie Gewinne zu beschern. Und das beim Einsatz des Fliegers auch genug Menschen ins Gras beißen, darum braucht man sich sicher keine Sorgen zu machen.

Maastricht: PDS will Volksentscheid

Die PDS/LL im Bundestag hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem sie ein „Europa-Abstimmungsgesetz“ über den Maastrichter Vertrag der EG vorgelegt. Damit soll ein Volksentscheid über den Maastrichter Vertrag der EG be-

schlossen werden. In diesem Volksentscheid will die PDS/LL, daß zwei Fragen zur Abstimmung vorgelegt werden: „1. Wollen Sie, daß die Bundesrepublik Deutschland Mitglied einer Europäischen Union wird? 2. Wollen Sie, daß die Europäische Union so gestaltet wird, wie es der Maastrichter Vertrag über eine Europäische Union vorsieht?“ (Bt-Drucks. 12/3353)

Ausbau der EG

Bei seinem Besuch am 30. 10. 92 wurde der schwedische Ministerpräsident Bildt von Regierungsvertretern heftig umworben. Mit Kohl, Rühe und Waigel sprach er über den Beitritt seines Landes zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Kohl meinte bei dem Treffen, daß die Beitrittsverhandlungen sofort nach der Ratifizierung der Maastrichter Verträge durch die Briten erfolgen sollen. Auf Dänemarks Entscheidung, obwohl die Dänen sich eigentlich längst entschieden haben, solle nicht gewartet werden.

FDP-Spekulantenfreunde

Die FDP, Partei der Bundesbauministerin Schwaetzer, hat sich gegen gesetzliche Maßnahmen ausgesprochen, die die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschweren würden. Damit weigert sie sich, dem durch das Urteil des Gemeinsamen Senats der Obersten Bundesgerichte, das die Umwandlung erleichtert, Tür und Tor geöffnetem Wohnungsspekulanten einen Riegel vorzuschieben. Neben akutem Wohnraumangel, Wuchermieten, die kaum ein Mensch bezahlen kann, ist diese Haltung ein Schlag ins Gesicht von Millionen MieterInnen in Ost- und Westdeutschland; von denen Irmgard Schwaetzer behauptet, daß sie „genug vor Spekulantentum geschützt“ seien.

Unis überfüllt

Die miese Hochschulpolitik der Koalition fordert ihren Tribut: Auf offiziell 850 000 Studienplätzen quetschen sich zum Wintersemester 92/93 1,8 Millionen StudentInnen. 1992 bevölkern 260 000 StudienanfängerInnen die Hochschulen und während die StudentInnenzahlen steigen, sinken die Bildungsausgaben (1,12 Prozent des BSPs). Derweil streiten sich bürgerliche PolitikerInnen darüber, wie sie ihre Fehler die StudentInnen bestrafen können: Bei Übertretung der Regelstudienzeit Strafgelder oder Zwangsexmatrikulation!? Oder vielleicht doch das subtilere Einfrieren des BAföGs!?

Was kommt demnächst?

Am 5. November berät der Bundestag in erster Lesung über das „Gesundheitsreform“-Paket von Regierung und SPD. Anfang Dezember soll das Gesetz bereits im Bundestag verabschiedet sein, damit es noch zum Jahreswechsel in Kraft treten kann. Am 16. und 17. November berät der SPD-Parteitag über die vom Vorstand gewünschte Zustimmung der Partei zu Bundeswehreinsätzen im Ausland und einer Aufhebung des Asylrechts. Am 8. und 9. Dezember will das Bundesverfassungsgericht über die Fristenregelung beim § 218 beraten.

Türkische Armee in Südkurdistan. ARGK: Sollen sie nur kommen . . .

Über die Entwicklung der Kämpfe zwischen der kurdischen ARGK-Guerilla und der sie angreifenden Allianz von türkischen Truppen und KDP/PUK-Peschmergas werden in der hiesigen Presse wüste Falschmeldungen verbreitet. Die „Kurdistan-Front“ beispielsweise verbreitet, die PKK habe in ihre Bedingungen für einen Waffenstillstand eingewilligt, die Waffen niedergelegt und werde abziehen. Tatsächlich versucht die ARGK, den türkischen Plan, möglichst viele Kurden durch Kurden töten zu lassen, zu durchkreuzen und sich ganz auf den Kampf gegen die türkische Armee zu konzentrieren. Die Peshmerga der KDP/PUK sind durch die militärischen Niederlagen, die sie gegen die ARGK-Guerillas erlitten haben, und durch die zunehmende Empörung der kurdischen Bevölkerung über ihren offensichtlichen Pakt mit dem türkischen Kolonialismus nicht mehr bereit und in der Lage, den Kampf weiterzuführen. Zwischen der ARGK und KDP/PUK schweigen die Waffen.

Umso heftiger führt die türkische Armee ihren Angriff weiter. Nach den letzten Nachrichten sind türkische Panzer über Zaxo hinweg weiter in südkurdische Gebiete vorgedrungen. Abgesehen davon, daß der türkische Angriff gegen alle Völkerrechtsnormen verstößt und auch die sogenannte „UN-Friedenstruppe“ als anti-kurdische Okkupationsarmee völlig bloßstellt, ist die Türkei auch dabei, einen schweren militärischen Fehler zu begehen. Je weiter sie in südkurdische Gebiete vordringt, umso besser für die ARGK-Guerilla. Diese kann sich scheinbar „überrollen“ lassen und so den Krieg gegen die türkische Armee noch umfangreicher führen, Nachschubverbindungen angreifen usw. Die Verlautbarungen des türkischen Generalstabs, man habe „tausende PKK-Guerillas“ getötet, erhellen nur die Absicht der türkischen Armee, die in der Tat ein Blutbad unter den Kurden anrichten will. Mit dem Kriegsverlauf haben sie nichts zu tun. Die befestigten PKK-Lager in der Region sind schon lange geräumt, die Guerilla zieht sich planmäßig und mit geringen Verlusten zurück, um den angreifenden Feind weiter in kurdisches Gebiet hineinzulocken. Je weiter die türkische Armee in kurdisches Gebiet vorrückt, umso schwieriger wird ihre militärische und politische Lage, während die Guerilla ihre Schläge noch zahlreicher führen kann und zugleich die Bedingungen für eine kurdische Einheitsfront gegen den angreifenden gemeinsamen Feind besser werden.

Trotzdem bleibt der Angriff der türkischen Armee blutig, grausam und völkerrechtswidrig. Nach den letzten Nachrichten vom 31. Oktober sind bislang 79 ARGK-Guerillas gefallen. Schon jetzt zeichnet sich erneut ab, daß vor allem die kurdische Zivilbevölkerung unter dem von der Kurdistan-Front in türki-

schem Auftrag böswillig vom Zaum gebrochenen Krieg gelitten hat. Für die türkische Armee ist sowieso nur ein toter Kurde ein guter Kurde.

Genauso unverfroren und völkerrechtswidrig ist die Politik der Bundesregierung. Trotz zahlloser Beweise für den türkischen Einsatz deutscher Waffen gegen die kurdische Bevölkerung setzt sie ihre Waffenlieferungen an die türkische Armee ungeniert fort. Proteste gegen diese menschenverachtende und völkerrechtswidrige Politik der Bundesregierung und Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf sind jetzt umso dringender. Die Aktionen zur Reichspogromnacht und zum SPD-Parteitag können dafür genutzt werden. Auch in den Gewerkschaften wächst der Widerstand gegen diese Politik und die Unterstützung für den kurdischen Befreiungskampf. Dem HBV-Gewerkschaftstag liegt ein Beschluß zur Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes vor, die Antragskommission hat Annahme empfohlen. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus letzten Erklärungen der PKK über ihre Verhandlungen mit der Kurdistan-Front. Die genauen Nachrichten vom Kriegsverlauf in Südkurdistan sind im neuen Kurdistan-Rundbrief dokumentiert. Bei Erscheinen dieser Zeitung dürfte ein Plakat gegen die deutschen Waffenlieferungen an die Türkei bereits im Einsatz sein. — (rül)

Gespräch der Zeitung Berxwedan mit dem PKK-Generalsekretär Abdullah Öcalan vom 30. 10. 92

Berxwedan: Herr Vorsitzender, sowohl in der Presse als auch in den Presseerklärungen der Vertreter der Kurdistan-Front heißt es, daß es inzwischen zu Gesprächen zwischen der PKK und Kurdistan-Front gekommen sei und die PKK weitgehend alle von der Kurdistan-Front gestellten Bedingungen akzeptiere. Gab es tatsächlich ein solches Gespräch?

Abdullah Öcalan: Ja, es werden Gespräche geführt. Zu einem Ergebnis ist es noch nicht gekommen. Insbesondere wollen wir die Pläne des türkischen Staates durchkreuzen. Sie wollen Kurden durch Kurden vernichten lassen. Der türkische Staat hat seine Agenten in die Kurdistan-Front eingeschleust, ihre Pläne wollen wir bloßstellen. Wie sie wissen, wurden als letztes türkische Panzer gebracht. Die Peshmergakräfte werden als Kanonenfutter benutzt. Das türkische Militär läßt sie an vorderster Front kämpfen, um sie vernichten zu lassen. Einige Verräter, die als türkische Agenten tätig sind, geben die Befehle, um auf beiden Seiten ein Massaker anzurichten. Um dieses Vorhaben zum Scheitern zu bringen, einem weiteren Massaker des türkischen Staates entgegenzuwirken, treffen wir Vorkehrun-

gen. Ein Teil dieser Vorkehrungen sind die Gespräche. Sie sind der Versuch, einige Probleme im politischen Rahmen zu lösen. Hierzu werden einige Schritte unternommen. Wir glauben, daß so bessere Ergebnisse erzielt werden. Natürlich ist es nicht wahr, daß wir uns ergeben hätten und geflüchtet wären, wie es in der Presse heißt. Dies ist nichts als ein Teil der Propaganda der staatlichen Führung. Es werden einige taktische Schritte unternommen, um den Kampf in einer noch umfangreicheren und qualitativ besseren Form zu führen. Der Kampf wird sich mit neuen Schritten noch effektiver und umfangreicher entwickeln. Die Guerilla wird — die Grenzen eingeschlossen — überall bessere Möglichkeiten des Kampfes erlangen. So werden die Pläne des türkischen Staates bloßgestellt werden. Auf diesem Wege wird auch die große militärische Belagerung durch den türkischen Staat ihre Wirkung verlieren. Die Gespräche sind ein Teil, um auch dies zu verwirklichen. Gleichzeitig wird der Plan, Kurden durch Kurden vernichten zu lassen, scheitern. In diesem Rahmen müssen die Gespräche bewertet werden. Mit Ausnahme der Verräter werden wir uns gegen jedes unnötige Blutvergießen stellen. Wir glauben, daß so bessere Ergebnisse erzielt werden, das kurdische Volk vereinigt und einen stärkeren Kampf gegen den türkischen Staat führen wird. . . .

Berxwedan: Herr Vorsitzender, insbesondere mit dem Beginn dieser Phase kräftigt sich in einigen Kreisen die Einschätzung, „die PKK hat die Waffen niedergelegt, Sie haben die Forderungen der Kurdistan-Front akzeptiert“. Wie bewerten Sie diesen Zustand?

Abdullah Öcalan: Nein, nein, die Waffen werden nicht niedergelegt. Unsere Waffen legen wir nicht nieder. Wir bauen sogar an einem sicheren Ort ein weiteres Lager auf. . . . Nicht wir sind in einer bedrängten Lage, sondern sie. Sie haben die schweren Verluste, die Anprangerung und Demaskierung hinnehmen müssen. . . . Nicht wir haben die großen Verluste erlitten, wir haben sie ihnen zugefügt. . . . Außerdem sind die schweren Angriffe der türkischen Armee abgewehrt und heldenhafte Kämpfe geführt worden. . . . Sowohl der türkische Staat als auch die kollaborierenden Kräfte haben schwere Verluste erlitten. Wir haben keine Verluste von 400 bis 500 Guerilleros, wie gesagt wird. Die Zahl unserer Gefallenen beträgt nicht einmal 100. . . . Von einer politischen und militärischen Niederlage kann nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil haben wir einen politischen und militärischen Erfolg erzielt. Wir haben die Waffen in den Händen. Man darf sich nicht irritieren lassen, ihr Vorgehen dient nur der Verschleierung ihrer eigenen Niederlage. (aus: Kurdistan-Rundbrief 23/92)



Auf scharfen Protest der Gewerkschaften sind Absichten der EG-Kommission gestoben, gegen das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit eine Klage wegen Verstoß gegen die EG-Verträge einzureichen. Eine britische Firma, die Lohnabhängige an englische Hotels und Restaurants vermitteln wollte und dazu eine Zustimmung der Bundesanstalt für Arbeit benötigte, hatte sich darüber beschwert. Die Klage soll von Martin Bangemann (FDP), jetzt Vizepräsident der EG-Kommission und schon zu seinen Zeiten als Bundeswirtschaftsminister ein Gegner der BfA, vorbereitet werden. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kiefer hat dagegen protestiert. Eine Aufhebung des Vermittlungsmonopols würde Schleppern aller Art erlauben, aus „Vermittlungsdiensten“ für schäbige Arbeitsverträge auch noch Profite zu ziehen.

Spranger für eingesetzte Übergangsregierung in Südafrika

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Spranger, bereiste vom 19. bis 23. Oktober Afrika. Nach Ruanda, Burundi, Uganda und Sambia führte er eintägige Gespräche in Südafrika. Spranger sprach laut einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. Oktober u. a. mit Vertretern der rassistischen südafrikanischen Regierung, mit Mangasothu Buthelezi, dem Chef der Inkatha-Freedom-Party, und mit Nelson Mandela, Präsident des ANC. Hauptanliegen Sprangers sei es gewesen, Buthelezi davon zu überzeugen, die Gespräche mit der Regierung und dem ANC wieder aufzunehmen. Inkatha hatte die Teilnahme an Verhandlungen jeglicher Art nach einem Zweiergespräch von Mandela und De Klerk im September abgesagt. Möglich, daß Spranger solches vorgetragen hat, immerhin ist Buthelezi in früheren Jahren häufiger Gast der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU gewesen und seine Organisation ist mit Mitteln dieser Stiftung unterstützt worden. Ein solches Vorgehen Sprangers kann jedoch nur heißen, daß die Bundesregierung die Forderungen der Befreiungsorganisationen in Süd-

afrika/Azania ignoriert und eine Regierung anstrebt, die die Vorherrschaft der weißen Siedler zementieren hilft. Allein die Verhandlungen eines bundesdeutschen Regierungsvertreters mit Buthelezi, dessen Organisation in Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Armee für die fortwährenden Terroranschläge und Massaker verantwortlich ist, hilft nicht, dem Morden in Südafrika/Azania ein Ende zu bereiten, sondern bestärkt Inkatha in ihrer Position.

Der Inkatha-Chef und Präsident des Homelands KwaZulu hatte vor dem Abbruch der Codesa-Verhandlungen durch den ANC im Juni dieses Jahres den Verfassungsplänen De Klerks zugestimmt. Danach sollte Codesa eine Verfassung erarbeiten, die vom rassistischen Parlament zu billigen war und die für die weiße Minderheit einen nicht gewählten Senat vorsah, der Veto-Recht gegenüber allen Entscheidungen des gewählten Parlaments erhalten sollte. De Klerk hat zudem bei der Eröffnung des Parlaments im September dieses Jahres angekündigt, er werde ein Gesetz durchsetzen, das es ihm ermöglichen soll, auch Nicht-Weiße in die Regierung aufzunehmen

und auf diesem Weg eine Übergangsregierung zu bilden.

Alle Organisationen des Befreiungskampfes, einschließlich ANC, haben dieses Vorgehen abgelehnt. Der ANC hat sich schließlich der Forderung des PAC angeschlossen, baldmöglichst Vorbereitungen zu allgemeinen Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung zu beginnen. Nach allem, was aus den Gesprächen zwischen De Klerk und Mandela Ende September dieses Jahres bekanntgeworden ist, hat der ANC-Vertreter auch hier an der Forderung nach allgemeinen Wahlen festgehalten.

Die Bundesregierung will also scheinend bei der Installation einer De Klerk einberufenen „Übergangsregierung“ mitwirken, indem sie versucht, Verhandlungen in Gang zu setzen, die von den Befreiungsbewegungen längst abgebrochen wurden. Spranger versuchte zudem, einen weiteren Schritt die Befreiungsbewegung zu treffen. Angeblich habe Mandela ohne Wert und Aber um sofortige Investitionen in Südafrika gebeten. ANC und PAC fordern aber nach wie vor Sanktionen gegen das Rassistenregime. — (uld)

In vieler Hinsicht ist die Führungsrolle der Christlich Demokratischen Union in der Gesellschaft der BRD mehr als nur ein bißchen umstritten. In der Frage der europäischen Einigung übt jedoch die Union, ergänzt durch den Liberalismus der FDP, die berüchtigte geistige Führung aus. Konservativer Dramaturgie gelingt es sogar, antiimperialistischen und proletarischen Internationalismus auf der politischen Bühne in Nachbarschaft von Chauvinisten übelster Sorte zu manövrieren. Wie kommt es zu dieser seltsamen Nachbarschaft? Den Chauvinisten und Faschisten geht es bei ihrer Anti-EG-Politik um eine Verbesserung der deutschen Nationalposition im europäischen Wirtschaftsraum; dabei behauptet rechte Politik, eine solche Verbesserung käme der Bevölkerung der BRD sozial und rechtlich zugute. Linke Kritik argumentiert gegen die EG wegen des Verlustes demokratischer Rechte und sozialer Errungenschaften. Während die extreme Rechte den Bezug zu den tatsächlichen Ereignissen immerhin noch wahr, gerät die linke Kritik in die Situation, den Status quo, den jetzigen Zustand, zu verteidigen. Der Status quo ist indessen rechts. Die chauvinistische und faschistische Anti-EG-Propaganda ergänzt ja die konservativ-liberale EG-Politik, der es um eine verrechtlichte deutsche Vorherrschaft zu tun ist.

Die linke EG-Kritik hingegen nennt gar kein Mittel, wie die wilden Triebe deutschen Wesens beschnitten werden könnten, die aus der Politik, aus der Wirtschaft und aus der Religion wuchern. Bezeichnend ist, daß die übelsten Vorgänge deutscher Politik der letzten Jahre, der Anschluß der DDR, die Anstiftung der Bürgerkriege in Jugoslawien und die Unterstützung der türkischen Republik bei deren Völkermordvorhaben, sich gerade außerhalb des Institutionenrahmens der EG, in einer für das Gewissen deutscher Spieler wohlthätigen Dunkelzone, entwickeln konnten. Prompt mehrten sich in der Diskussion der BRD-Linken die Stimmen, die überhaupt nicht mehr nach dem Charakter der Institutionen fragen, sondern meinen, daß jede Art von internationaler Einbindung, gleich ob Nato, Europarat, EG, besser sein dürfte als wilder, von innen heraus unkontrollierbarer Chauvinismus.

Dabei steht die üble Situation an, daß die BRD Brände legt, um — im Verein mit anderen und auf streng rechtlicher Basis — dann biederemännlich löschen gehen zu können.

Es wird nichts übrig bleiben, als mit den Konservativen um die Gestaltung

CDU droht mit übler Verfassung der EG

der EG zu streiten. Diese Chance bietet sich aber auch. Denn die bisherige Kritik an der und der Widerstand gegen die EG-Politik haben immerhin dazu geführt, daß die Union eine Grundsatzdiskussion anbieten muß und, z. B. im Unterschied zur Situation beim Anschluß der DDR, zugeben muß, daß eine neue Verfassung, eine europäische Verfassung, erforderlich ist. Die Union versucht mit ihren Parteitagebeschlüssen auch schon, in diesem Konflikt die Weichen zu stellen. Sie erwartet, gerade in einer Stimmung, die verneinend zur EG ist, als konstruktive Kraft im Hintergrund ungestört wirken zu können und die Weichen für eine besonders reaktiönäre Verfassung stellen zu können.

Wer kann die Aufnahme beantragen?

Die CDU entwickelt das Interesse Deutschlands an der Einigung Europas aus der Mittellage Deutschlands (siehe unten, 2.). Damit wird für die BRD ein Motiv zentral, das von den anderen Mitgliedstaaten gar nicht geteilt werden kann. Die Sonderstellung wird sogar unterstrichen: „Das geeinte Deutschland muß die ruhige Mitte Europas sein.“ Diesem Satz ist eine Beurteilung der Aussichten für die Ränder unterlegt. Dort wird es unruhig hergehen.

Beunruhigend ist auch die Kategorie der „beitrittsfähigen Staaten“ (siehe 2.). Wer gemeint ist, geht aus einem weiteren Beschluß des Parteitags hervor, in dem es heißt, die Europäische Union sei eine Wertegemeinschaft von Staaten, die durch ein gemeinsames geistiges und kulturelles Erbe verbunden sind. Sie müsse allen beitragswilligen Staaten offenstehen, die dieses Erbes teilhaftig wären und zusätzlich insbesondere folgende Bedingungen erfüllen: Einhaltung der Menschen- und Minderheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie eine angemessene wirtschaftliche Basis. Unter diesem Gesichtspunkt befürwortete die CDU die Anträge Österreichs, Schwedens, Finnlands und der Schweiz auf Mitgliedschaft. Ferner begrüßte die CDU die Assoziierungsverträge mit Ungarn, Polen sowie der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik. Die CDU befürwortete, daß mit Litauen, Estland

und Lettland sowie mit Slowenien und Kroatien gleichartige Verträge abgeschlossen werden.

Was verbindet diese Völker und Staaten, und was grenzt sie von anderen ab? Es ist die christliche Religion, die aus der römischen Kirche entstand, also der Katholizismus und der Protestantismus.

Die Abgrenzung ist anmaßend. Die GUS-Länder im Nordosten, die südöstlichen Balkanländer, die Mittelmeeranrainer in Asien und Afrika sind ausersehen, Provinzen zu bilden. Und ganz in der Mitte, in tiefer Ruhe, pappsatt rülpsend und Gott dankend, die herrschende Klasse Deutschlands.

Zwischen der CDU-Antwort auf die Frage, wer in der EG Rechte haben kann, und der CDU-Antwort auf die Frage, wer in der BRD Rechte haben kann, gibt es eine Parallele. Deutscher Bürger ist, wer deutsch geboren, also deutsch, in der Wertegemeinschaft der deutschen Familie, erzogen wird. Es ist bekannt, welches Maß an sozialem und politischem Elend diese Bestimmung in der BRD hervorgebracht hat.

Der grundsätzliche Ausschuß bestimmter Nachbarn von Mitwirkung an der EG wird die EG ja keineswegs hindern, bei diesen Nachbarn tätig zu werden, im Gegenteil.

Die Tradition und die Kultur dieser Nachbarn werden zum Hindernis gestempelt.

Eine Diskussion um die EG-Verfassung müßte auf alle Fälle verhindern, daß die außerordentlich reaktionäre Variante deutschen Verfassungsdenkens betreffend Mitgliedschaft sich durchsetzt. Viel eher wäre eine Regelung anzustreben, die Mitgliedschaft aus sachlichen Gründen, z. B. wegen des Umfangs der Handelsbeziehungen, zuzuläßt.

Es wird geherrscht

Die Vorstellung, daß nicht irgendein Despot herrschen soll, sondern „das Recht“, ist in Deutschland eher verwurzelt. Obwohl die praktischen Erfahrungen das nicht belegen, ist doch der Glaube verbreitet, daß das Recht vor der Gewalt auch und gerade des Staates schützt. Diese Auffassung hat sich aus der christlichen Tradition entwickelt, in der das Recht in einem Zusammenhang

mit dem sittlichen Gebot steht. Das sittliche Gebotene ergibt sich in dieser Tradition nicht aus Meinungsäußerung oder Befragung der Bevölkerung, sondern aus Offenbarung. Diese Art zu denken hat den Faschisten den reibungslosen Einsatz der Rechtspflegemaschine ermöglicht. Man hat nur die Offenbarung austauschen müssen, weg von der Bibel hin zu *Mein Kampf*. Die Herrschaft des Rechts läßt sich nämlich ganz leicht reduzieren auf den Bestand von Rechtsgleichheit. Dann kommt es nur noch darauf an, daß jeder Wehrkraftzersetzer unter das Fallbeil und jeder Jude ins KZ kommt, und dieser Aufgabe konnte sich die gut eingespielte Rechtspflege stellen.

Es gäbe auch in Europa andere Traditionen. Die der Volkssouveränität, die verbietet, daß etwas zu verbindlichem Grundsatz erklärt wird, ohne daß die Bevölkerung auch nur gefragt worden wäre, und die des Humanismus, die der Herrschaft von Menschen über Menschen prinzipielle Grenzen zieht. In der Verfassungsdebatte, die nach Maastricht ansteht, müßte linke Politik diese Grundsätze der Volkssouveränität und der grundsätzlichen Einschränkung staatlichen Wirkens vertreten.

Subsidiarität — ein Phantom

Die europäischen Institutionen sind weit, weit von der Einflußnahme der Bürger weg, die gleichwohl unter den Gesetzen und Verordnungen leiden, die diese beschließen.

Diese Tatsache nährt in allen betroffenen Gegenden heftige Zweifel und Abneigungen. Nun wird dagegen ein Zauberwort benannt, das Subsidiarität heißt. Subsidiarität hat irgendwas mit Selbstbestimmung und Selbstverwaltung zu tun. Aber wirklich nur entfernt. Die Unterschiede überwiegen.

In einem Staat, in dem das Subsidiaritätsprinzip gilt, verleihen die oberen Ebenen den unteren Ebenen Rechte. So verleiht in der BRD der Bund den Ländern Rechte. Das Schulwesen ist z. B. Ländersache. Aber Bundesrecht bricht Landesrecht, und was verliehen ist, kann zurückgenommen werden. Freilich sind gewisse Rechte z. B. der Länder durch die Verfassung garantiert. Aber das heißt letztlich auch nur, daß

eben die Verfassung geändert werden müßte, wenn diese Rechte entzogen werden sollten.

Im Unterschied, fast im Gegensatz zum Denken in den Kategorien der Subsidiarität steht das Verlangen nach Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Dies geht nämlich nicht von zu verleihenden Rechten aus, sondern von unveräußerlichen Rechten der Person, der Kommune, der Regionalgliederungen. Der Eingriff in solche Rechte wird als wilde Gewalt begriffen, gegen die Widerstand erlaubt und geboten ist.

Linke Politik hat die Chance, der autoritären Subsidiaritätspolitik formulierte Grundrechte, nicht nur einzelner Menschen, sondern auch ihrer Kommunen und regionalen Einrichtungen entgegenzustellen.

Landes-, Amts- und Arbeitssprachen

Die Union denkt in der EG an Amtssprache und Arbeitssprache (siehe 8). Amtssprachen sollen alle Landessprachen sein. Aber nicht alle Sprachen, die in EG-Europa gesprochen werden, sind Landessprachen. Sodann wird zwischen Amts- und Arbeitssprachen unterschieden. Arbeitssprache meint hier die Sprache, in der die politischen und rechtlichen Entscheidungsprozesse abgewickelt werden. In Amtssprachen können Anträge gestellt werden, verhandelt wird in „Arbeitssprachen“. Deutsch, so meint die Union, muß den Rang einer allgegenwärtigen Arbeitssprache haben. Hier werden die Weichen für einen Kulturkampf gestellt. Der reaktionäre Unterscheidung von Amtssprache und Arbeitssprache drückt die Absicht aus, über Menschen in einer Sprache zu verhandeln, die sie nicht verstehen.

Konkrete Anliegen wären also zunächst in der ortsüblichen Sprache zu formulieren, eventuell dann (in gar nicht so wenig Fällen) als Antrag in eine Landessprache zu übersetzen, über den in einer Arbeitssprache zu verhandeln wäre.

Die Union drückt sich hier um konkrete Aussagen, etwa, daß in jeder lebenden Sprache ein Studium möglich sein muß, also eine Universität da sein, daß es Rundfunkanstalten, die in der ortsüblichen Sprache senden, geben muß usw. Die Begründung könnte nämlich nicht nach dem Subsidiaritätsprinzip gegeben werden. Man müßte schon von einem Menschenrecht auf Teilnahme an Politik und Geistesleben ausgehen, und wo kämen wir da hin?

Quellen: Beschlüsse des CDU-Parteitages in Düsseldorf — (maf)

Dokumentiert: Wie wir uns Europa denken

1. Die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas gehören zusammen. Neben der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ist die europäische Einigung das vorrangige Ziel der CDU. Wir streben als Kern hierfür die Europäische Union an, in der die Völker, Staaten und Regionen nach dem Grundsatz der Subsidiarität gemeinsam ihre Zukunft gestalten.

2. Deutschland hat ein besonderes Interesse an der Einigung Europas. Seine Mittellage hat es immer wieder im Zentrum europäischer Auseinandersetzungen stehen lassen. Im Bewußtsein unserer deutschen Identität wollen wir im gleichberechtigten Zusammenwirken aller Nationen das geeinte Europa schaffen.

Das geeinte Deutschland muß die ruhige Mitte Europas sein. Gerade das wiedervereinigte Deutschland hat in der heutigen Zeit des Umbruchs eine besondere Verantwortung für die europäische Einigung. Unsere Politik muß darauf gerichtet sein, daß die Europäische Union für die beitragsfähigen Staaten Europas offen ist und unsere Grenzen im Osten nicht ein Trennlinie zwischen Wohlstand und Armut bleiben.

Unser Kontinent ist mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes keine Insel des Friedens und des Wohlstandes geworden. Die Unwägbarkeiten des Übergangs, wirtschaftliche und soziale Instabilitäten, nationale und ethnische Konflikte und Bürgerkriege bedrohen die Sicherheit Europas. Neue Risiken sind im Osten und Südosten unseres Kontinents entstanden, auf die wir eine gemeinsame europäische Antwort finden müssen. Die Friedenssicherung durch die Herrschaft des Rechts war und ist das bedeutendste Ziel der europäischen Einigung. Der Vertrag von Maastricht bringt uns diesem Ziel näher.

3. Nationalstaaten können die existentiellen Probleme der Zeit nicht mehr allein lösen. Der europäische Einigungs-

prozeß ermöglicht es den europäischen Nationen und Regionen — erstmals auf friedliche und vertragliche Weise —, sich in einem weiteren Raum gemeinsam zu entfalten.

Nur eine Gemeinschaft, die mit einer Stimme spricht, kann ihre Interessen weltweit wahren und einen maßgeblichen Beitrag zur Freiheit, zum Frieden, zur Gerechtigkeit in der Welt und für die Bewahrung der Schöpfung leisten.

4. Mit dem Vertrag von Maastricht ist der Prozeß der europäischen Einigung in seine entscheidende Phase eingetreten. Wenn es jetzt nicht gelingt, die europäische Einigung zu verwirklichen, droht ein Rückfall in Nationalismus und Rivalitäten alter Prägung. Rechts- und Linksradikale schüren gleichermaßen Angst vor Europa und nähren die Illusion, die großen Zukunftsaufgaben in nationalen Alleingängen lösen zu können. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands nimmt diese Herausforderung an: Wir treten entschieden für ein europäisches Deutschland ein. Deutschland braucht die Europäische Union.

5. Der Vertrag von Maastricht zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion ist ein Meilenstein in der europäischen Geschichte. Er muß mit Leben erfüllt werden. Die europäische Einigungspolitik bedarf der inneren Zustimmung der Unionsbürger. Wir wollen die Europäische Union subsidiär, föderal, solidarisch und demokratisch gestalten. Es gilt jetzt, die richtigen Weichen für die Regierungskonferenz 1996 zu stellen.

6. Die Europäische Union braucht eine Verfassung, in der die tragenden Ideen zum Ausdruck kommen. Sie muß auch — als Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaft — einen Grundrechtskata-

log, eine Regelung der Entscheidungsverfahren zwischen den Institutionen der Union und eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedsstaaten mit ihren Ländern, Regionen und Kommunen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip enthalten. Das Tätigwerden der Union soll in der Verfassung auf das notwendige Maß konzentriert und in einem Katalog konkret aufgeführt sein.

Entsprechend dem neuartigen Charakter des Einigungsprozesses wird sein Ergebnis historisch neuartig sein. Das Ziel der Europäischen Verfassung läßt sich nicht mit herkömmlichen Begriffen fassen. Die CDU Deutschlands strebt jedoch insgesamt eine bundesstaatliche Lösung an. Entscheidend ist die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft dort, wo sie handeln muß.

Die Integration muß auch in Zukunft in der Form der Rechtsgemeinschaft mit eigener Gesetzgebung und Rechtsprechung erfolgen, weil nur auf diese Weise die notwendige Bindekraft sowie demokratische und rechtsstaatliche Kontrolle gewährleistet sind.

7. Es ist ein entscheidender Fortschritt, daß im Unionsvertrag von Maastricht die zentrale Forderung auf Verankerung des Subsidiaritätsprinzips als europäische Rechtsnorm und politische Leitidee erfüllt wurde. Das Subsidiaritätsprinzip garantiert die Bürgernähe und die nationale und regionale Vielfalt Europas. Das „Europa der Bürger“ muß konkrete Gestalt annehmen. Was auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene sachgerecht geregelt werden kann, darf nicht auf europäischer Ebene entschieden werden. Das vereinte Europa muß die nationale Identität, Kultur und Lebensweise eines jeden Volkes und Landes schützen und fördern. Die

konsequente Beachtung des Subsidiaritätsprinzips bewahrt so vor Überreglementierung, bürokratischem Perfektionismus und Zentralismus.

Dazu ist auch zu prüfen, welche Rechte auf die Ebene der Mitgliedstaaten oder deren Länder bzw. Regionen zurückübertragen werden können. Die Rechte der deutschen Länder dürfen nicht ausgehöhlt, sondern müssen entsprechend ihrer Zuständigkeit gestärkt werden. Die Stellung der deutschen Länder im bundesstaatlichen Aufbau Deutschlands soll erhalten bleiben. Die CDU begrüßt daher die vom Bundestag geplante Verankerung der Mitwirkungsrechte der Länder wie des Bundestages beim europäischen Prozeß; sie ist neben der Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments ein unerläßlicher Beitrag zur demokratischen Kontrolle in der Europäischen Union. Im Ausschuß der Regionen sind die Belange der Kommunen durch die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände wahrzunehmen. Kommunalverfassungen sollen künftig den Abschluß rechtsverbindlicher grenzüberschreitender Vereinbarungen im Rahmen der Selbstverwaltungsaufgaben zulassen.

8. Die Respektierung der gewachsenen Traditionen in den Mitgliedstaaten ist Maßstab für die politische Kultur der Gemeinschaft: Sie erfordert besonders sensiblen Umgang mit der Sprache als wichtigstem Ausdruck kultureller Identität. Auch in Zukunft müssen alle Landessprachen der Gemeinschaft Amtssprachen sein, in denen sich die Bürger an die EG-Institutionen wenden können und in denen die EG-Gesetzgebung veröffentlicht wird. Deutsch muß gleichberechtigte Arbeitssprache in allen Institutionen der Gemeinschaft sein.

9. Die Stärkung der Rechte des Euro-

päischen Parlaments im Vertrag von Maastricht ist ein wichtiger Beitrag zur demokratischen Ausgestaltung der Gemeinschaft. Auf Dauer muß die Rolle des Europäischen Parlaments derjenigen entsprechen, die den Parlamenten in der europäischen demokratischen Tradition zukommt. Diese Rechte — einschließlich einem vollen Budget-Recht — müssen weiterentwickelt und spätestens bei der nächsten Überprüfungs-konferenz 1996 institutionell ausgebaut werden.

Das wiedervereinigte Deutschland muß künftig 99 statt bisher 81 Abgeordnete in das Europäische Parlament wählen können.

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Gemeinschaft müssen auf Dauer gleichberechtigt an der Gesetzgebung im Sinne eines 2-Kammer-Systems mitwirken. Dazu ist notwendig, daß auch das Parlament ein legislatives Initiativrecht erhält und eine umfassende Kontrolle der Kommission als europäische Exekutive ausübt. Änderungen der Gemeinschaftsverträge sind zukünftig von der Zustimmung des Europäischen Parlaments abhängig zu machen. Der im Vertrag von Maastricht vorgesehene „Ausschuß der Regionen“ muß bei der nächsten Regierungskonferenz gestärkt werden. Alle Organe der Gemeinschaft müssen eine sparsame, wirtschaftliche und sachgerechte Verwendung der Mittel der Gemeinschaft sicherstellen.

10. Die EG-Kommission ist die europäische Exekutive. Sie muß vom Vertrauen sowohl des Europäischen Rates als auch des Europäischen Parlamentes getragen werden. Dementsprechend ist auch die Wahl des Kommissionspräsidenten auszugestalten. Das Europäische Parlament soll den Präsidenten der EG-Kommission auf Vorschlag des Rates wählen. Der Rat und das Europäische Parlament bestätigen die Kommissionsmitglieder.

Quelle: Beschluß des CDU-Parteitages, Düsseldorf, Oktober 1992

In Polen fanden 1991/92 in vielen Branchen Streiks statt, mit denen die Gewerkschaften unterschiedlich intensiv verbunden waren. Nun hat die Regierung unter der konservativ-liberalen Hanna Suchocka im September den Gewerkschaften ein „Abkommen über die Staatsbetriebe“ vorgeschlagen, in dem die wichtigsten Fragen der Streiks gelöst werden sollen. Zu Gesprächen hierüber werden ungefähr ein Dutzend landesweit organisierte Gewerkschaften eingeladen. Neben den nahezu alle Branchen organisierenden Gewerkschaften Solidarnosc und OPZZ gehört die in mehreren Branchen aktive Solidarnosc '80 wie auch einzelne mehr oder minder starke eigenständige Branchengewerkschaften dazu. Hier hervorzuheben sind zwei Bergbaugewerkschaften und die Zugführergewerkschaft der polnischen Eisenbahnen wie auch die Landarbeiter und selbständige Bauern organisierende Landgewerkschaft Samoobrona (Selbstverteidigung). Die anderen Gewerkschaften, wie die mit der Solidarnosc verbundene Landsolidarität S'RI, die fast nur noch dank der „Geschichte“ existent ist, oder die christlich-nationale Abspaltung von Solidarnosc '80 haben nur regionalen und branchenspezifischen Einfluss. Etwas anders muß man die bereits in der Volksrepublik gegründete „Landesvereinigung der Landarbeiter, Bauernzirkel und Genossenschaftsbauern“ (KZRRKIOR) betrachten, die zwar landesweiten Einfluss auf dem Land hat, aber ihre Position im „neuen“ Polen noch sucht.

Streikwelle 1991/92

Die Kaufkraft der Löhne sinkt ständig weiter. So verringerten sich die realen Einkünfte von Januar bis September 1992 um 4 % bei den Arbeitenden und um 6 % bei den Rentempfängern. Die Inflation wird Ende dieses Jahres 53 % betragen. Dagegen steigen die Arbeitslosenzahlen auf 2,5 Millionen im September (alle Zahlen aus: *Zycie Warszawy* v. 24./25.10.1992), was eine Quote von gut 13 % bedeutet.

In der Beurteilung der sozialen Lage sind sich die Gewerkschaften weitestgehend einig wie auch darin, daß sich die soziale Lage noch dadurch verschärft, daß große Teile der staatlichen Industrie bisher keine Überlebensperspektiven entwickeln konnten und so die Belegschaften ständig von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Neben dem technologischen Rückstand gegenüber dem Weltmarkt ist die Verschuldung der entscheidende Faktor. Bei vielen Firmen führte das bereits zur Zahlungsunfähigkeit, was für die Arbeitenden bedeutete, daß sie keine Löhne erhielten. Die Folge waren dann Streiks für die Auszahlung der Löhne in der Textilindustrie wie im Sommer 1991 in Łódź, denen sehr bald andere Fabrikbelegschaften folgten.

Während dieser Streiks wurden sehr schnell drei zentrale Forderungen aufgestellt, die von allen Gewerkschaften getragen werden: Angleichung der Löhne an die vorhandene Inflation als aktuelle Forderung, dazu als mittelfristige Forderungen die Abschaffung der Lohnzuwachssteuer — diese Steuer schöpft Lohnzuwächse in staatlichen Betrieben ab, die über eine von der Regierung festgelegte Zuwachshöhe hinausgehen; damit soll der Inflation durch ständige Lohnzuwächse entgegengewirkt werden — und Restrukturierungspläne für die Entschuldung und Neuorientierung der staatlichen Betriebe, damit sie wieder eine Lebensperspektive bekommen.

Die Gewerkschaften in Polen heute

Grundsätzlich treten alle Gewerkschaften für die Marktwirtschaft ein. Dazu gehört auch ein starker privater Sektor. Einig ist man sich weiter in der Einschätzung der aktuellen sozialen Situation wie auch darin, daß Druck auf die herrschenden Institutionen ausgeübt werden muß. Politisch treten alle für eine pluralistische bürgerliche Demokratie ein, in der das Parlament in freier und geheimer Wahl gewählt wird. Unterschiede beginnen dort, wo die konkreten Maßnahmen zur Umwandlung der alten „dirigistisch-zentralen Kommandowirtschaft“ — über diesen Begriff ist man sich einig — hin zur Marktwirtschaft ergriffen werden oder wo über konkrete Formen der parlamentarischen Demokratie gesprochen wird.

Gewerkschaftsbewegung in Polen mit unterschiedlichster Orientierung

Dabei stehen sich im wirtschaftlichen Kampf zwei Linien gegenüber: Tritt man für die Interessen der Arbeitenden ein ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit, für das Gelingen des Transformationsprozesses der Wirtschaftsordnung Opfer bringen zu müssen und die internationalen finanziellen Verpflichtungen Polens zu berücksichtigen, oder akzeptiert man das als übergeordnet.

Um die Gewerkschaften in Polen heute beurteilen zu können, muß man zumindestens drei Ebenen unterscheiden: Wie verhalten sich die Gewerkschaften in den konkreten Kämpfen, welche langfristige programmatische Linie liegt dem zugrunde und wie verhalten sich die Führungspersonen im aktuellen politischen Leben.

Solidarnosc

Solidarnosc hat immer noch den größten Einfluss als Gewerkschaft und nimmt für sich in Anspruch sowohl Gewerkschaft als auch politisch gestaltende Kraft zu sein, deren doppelte Aufgabe solange besteht, wie die Gesellschaftstransformation nicht gesichert ist. Deshalb kandidierte sie auch bei den letzten Parlamentswahlen eigenständig und bildet eine eigene Parlamentsfraktion. Hier sieht sie ihre Aufgaben darin, Gewerkschaftspositionen in die Gesetzgebungsdiskussionen einzubringen wie auch Regierungen, die den Idealen der Solidarnosc-Bewegung als Bürgerbewegung der 80er Jahre nahe stehen oder aus dieser Bewegung stammen, zu stützen. So ist wohl unumstritten, daß Dank der Vermittlung des Vorsitzenden der Solidarnosc, Marian Krzaklewski, die jetzige Regierung unter der konservativ-liberalen Premierministerin Hanna Suchocka zustande gekommen ist. Diese Teilnahme als Mittlerin bei Regierungsbildungen zeigt die programmatische Grundlinie von Solidarnosc: da die Ideale von 1980/81 noch nicht verwirklicht sind, muß Solidarnosc als die authentische Vertreterin dieser Ideale für deren Umsetzung Sorge tragen. Dieses Umsetzen geschieht am wahrscheinlichsten dadurch, daß die Regierung sich aus Parteien zusammensetzt, die mit der Solidarnosc-Bewegung verbunden sind und sich um Lösungen — auch für große Teile der Gesellschaft schmerzliche, wenn sie dem Transformationsprozess dienen — mit Solidarnosc zusammen bemüht.

Auf dieser Linie handelte Solidarnosc auch während der Streiks, die organisiert bzw. unterstützt wurden, um mit den Regierungen ins Gespräch zu kommen oder diese Gespräche zu erzwingen, nicht unbedingt, um Forderungen direkt durchzusetzen. Als z.B. zu Beginn dieses Jahres die Energiepreise drastisch erhöht wurden, forderte Solidarnosc zwar zusammen mit den anderen Gewerkschaften die damalige ebenfalls solidarnosc-nahe Mitte-rechts-Regierung auf, die Preiserhöhung zurückzunehmen, gleichzeitig wurde die Regierung aber aufgefordert, mit Solidarnosc das Gespräch über die Energiepreisgestaltung aufzunehmen, d.h., man sah die Notwendigkeit der Preiserhöhung grundsätzlich ein. Ähnlich verhielt man sich bei den Streiks gegen die Bergbauschließungen, bei dem Kampf um Löhne nicht mehr produzierender Fabriken wie in der Textilindustrie usw.

Dieses „konstruktive“ Verhalten findet durchaus in weiten Teilen der Bevölkerung seine Unterstützung und führte nun dazu, daß die jetzige Suchocka-Regierung bei den im September 1992 mit den zentral organisierten Gewerkschaften begonnenen Verhandlungen um die Wirtschaftsreformen Solidarnosc eine Sonderrolle einräumte. Diese Verhandlungen sollen in einen fünfjährigen Gesellschaftsvertrag über die staatlichen Unternehmen münden: Lohnentwicklungen, Entschuldung der Betriebe, Abschaffung der Lohnzuwachssteuer und Privatisierungswege sind die zentralen Punkte dieses Vertrages. Zwar hat auch Solidarnosc einige wesentliche Einwände, grundsätzlich aber stimmt sie dem Vertrag zu.

Diese Politik der Gewerkschaftsführung ist nicht unumstritten. Einige Regionen der regional organisierten Solidarnosc, wie z.B. Mazowsze und Nie-

derschlesien, sind für einen härteren Kurs gegen die Regierung genauso wie das „Netz“, ein Zusammenschluß von 109 Fabrikorganisationen großer Betriebe von Solidarnosc. Dem Kurs des Vorsitzenden Krzaklewski wird vorgeworfen, daß er z.B. bei den laufenden Verhandlungen über die Staatsbetriebe die Gewerkschaften zu sehr in die Transformationspolitik einbinde, damit für eine eventuell scheiternde Politik mitverantwortlich mache, statt durch Gewerkschaftspolitik die materiellen Interessen der Mitglieder zu sichern. Deshalb plädieren die meisten der Kritiker und Kritikerinnen für eine Abkehr von der „Politik“ und für eine reine, „unpolitische“ Gewerkschaftsarbeit. Verbunden damit ist die Forderung nach einer geänderten innergewerkschaftlichen Struktur: Gefordert wird die Stärkung selbständig arbeitender Branchenstrukturen statt dem heute dominierenden territorialen Organisationsprinzip, wo die Regionalleitungen über den Fabrik- und Branchenorganisationen stehen. Die Kritikerinnen und Kritiker haben aber, wie der

Anteils von Rentnerinnen und Rentnern weit größer ist als die von Solidarnosc (ungefähr 2,5 Mio.). OPZZ versteht sich als überparteilich und besitzt keine eigene Parlamentsvertretung, hat jedoch einige Mitglieder, wie z.B. seine Vorsitzende Ewa Szychalska, über das „Bündnis der Demokratischen Linken“ (SLD) im Parlament. Im Gegensatz zur hauptsächlich territorial organisierten Solidarnosc ist der OPZZ ähnlich unserem DGB ein Zusammenschluß von selbständigen Branchengewerkschaften (über 100). Eine der bekanntesten und schlagkräftigsten ist hier der Polnische Lehrerverband (ZNP). OPZZ und seine Branchengewerkschaften gelten allgemein als linke Gewerkschaft.

OPZZ versucht den Geruch, die Ehemaligen zu versammeln, loszuwerden. Nicht zuletzt diesem Ziel dient das Bemühen der neuen Vorsitzenden, Ewa Szychalska, mit Solidarnosc wegen der staatlichen Zwangsübereignung ihres Vermögens an OPZZ 1984 ins Reine zu kommen. OPZZ weigerte sich lange, Solidarnosc dieses Eigentum zurückzu-



Rentnerin auf dem Lande

letzte Gewerkschaftstag im Frühjahr 1992 zeigte, keine Mehrheit innerhalb der Gewerkschaft. So unterlag der Vorsitzende der Region Mazowsze, Maciej Jankowski, mit seiner harten Kritik an der bisherigen Politik und Gewerkschaftsarbeit bei der Kandidatur um den Gewerkschaftsvorsitz dem erneut kandidierenden Krzaklewski deutlich. Diese Differenzen sind aber mitnichten Differenzen zwischen „linker“ und „rechter“ Gesinnung. Hier ist man sich weitgehend einig. Politisch gesehen ist rechts die Perspektive, was sich darin äußert, daß man einem starken Staat das Wort redet wie das „Netz“, das sich als die Speerspitze von Walesa versteht, daß man gemeinsam für eine sehr weitgehende Dekommunisierung der polnischen Institutionen eintritt oder auch Mitglied rechter Organisationen wie der nationalistischen KPN, der klerikalen ZChN, des rechtspopulistischen PC usw. ist. Zwar gibt es auch Mitglieder linker Organisationen wie der sozialdemokratischen „Union der Arbeit“, die aber haben zur Zeit nur örtlichen Einfluss.

OPZZ

Der große Konkurrent von Solidarnosc ist der OPZZ, der Gesamtpolnische Gewerkschaftsbund. Dieser Ende 1984 gegründete Gewerkschaftsbund gilt vielen als Gewerkschaftsbund der ehemaligen Kommunisten. Sein Ansehen in der Bevölkerung ist relativ gering, obwohl seine Mitgliederzahl (ungefähr 4,5 Mio.) nicht zuletzt wegen seines hohen

geben, die deshalb jeden Kontakt auf zentraler Ebene ablehnt. Zwar erkennt OPZZ jetzt die Ansprüche von Solidarnosc an, nur können sich beide Gewerkschaften nicht über deren Höhe einigen.

Wie Solidarnosc unterstützt der OPZZ heute grundsätzlich die Veränderungen in Polen und versucht, „realistisch“ zu bleiben. So steht er positiv zu einem Gesellschaftsvertrag, seine Vorsitzende hat die aktuelle Diskussion hierüber laut *Zycie Warszawy* sogar mitinitiiert (ZW v. 18.8.1992). OPZZ unterscheidet sich von Solidarnosc vor allem in der Bedeutung, die er den Staatsbetrieben beimisst. Solidarnosc steht diesen Betrieben eher ablehnend gegenüber, denn sie vertraut fast bedingungslos dem Markt. Hier ist OPZZ skeptischer und will einen starken staatlichen Sektor in der Wirtschaft als Korrektiv behalten.

Während der diesjährigen Streikwelle versuchte der OPZZ dadurch Einfluss zu nehmen, daß er eigenständige Aktionen organisierte, gleichzeitig aber „realistisch“ blieb. So forderte er immer wieder die Regierung zu Verhandlungen auf und erteilte einem Generalstreik vorerst eine Absage, da das ein Unglück für Polen sei. Auf der anderen Seite unterstützte er den letztlich in einer Niederlage mündenden 55-Tage-Streik in den Autowerken in Tychy, der von fast allen gesellschaftlichen Kräften wegen seiner Forderungen als überzogen abgelehnt wurde.

Im August '92 bildete OPZZ zusammen mit fünf anderen Gewerkschaften das „Nationale Streik- und Verhandlungskomitee“ (MKKNS). Dieses Komitee bildeten neben OPZZ die Solidar-

nosc '80, zwei Bergarbeitergewerkschaften, eine Gewerkschaft der polnischen Eisenbahnen und die Landgewerkschaft Samoobrona (Selbstverteidigung) (s.a. *Politische Berichte* 18/92, S. 4). Im September entfernte sich OPZZ dann vorsichtig von diesem Komitee, ohne seinen Austritt zu erklären.

Einige andere Gewerkschaften

Dominant im MKKNS ist die Solidarnosc '80. Sie ist eine Abspaltung von Solidarnosc und stellt sich auf die ursprüngliche Solidarnosc-Programmatik von 1980/81. Die späteren Gründer von Solidarnosc '80 lehnten die Verhandlungen am Runden Tisch 1989 von Beginn an ab, da das bedeutet hätte, Kompromisse mit den Kommunisten einzugehen. Solidarnosc '80 hatte zu Beginn '92 etwa 150000 Mitglieder, ist vor allem in Westpolen, hier vor allem im Gebiet Szczecin und Katowice, stark und hat durch ihre kompromißlose Haltung in der diesjährigen Streikwelle an Einfluss gewonnen.

Programmatisch ist Solidarnosc '80 sehr problematisch: Auf der einen Seite tritt sie kompromißlos für die Sicherung der Löhne und der Arbeitsplätze ein, fordert selbstverwaltete Betriebe, lehnt das Abkommen über die Staatsbetriebe vorerst ab, auf der anderen Seite arbeitet sie eng mit rechten und extrem rechten Kräften zusammen. Die berechnete Ablehnung der Forderungen des IWF und der Weltbank an Polen bezüglich des Staatshaushaltes sowie die ebenso berechnete Warnung vor deutschem Eindringen in Westpolen verknüpft sich mit allgemeiner Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und extremen Antikommunismus. Das Polentum wird als Wert sehr überhöht. Unter diesem Aspekt ist die Forderung nach einer selbstverwalteten Republik reaktionär.

Ähnlich abzulehnen ist die Samoobrona. Diese Gewerkschaft gründete sich erst vor ungefähr einem Jahr und stieß in eine Lücke auf dem Land, die durch die Regierungsbeteiligung der Solidarnosc nahen Landgewerkschaft S'RI noch größer wurde. Samoobrona hat mit ihren berechtigten Forderungen nach Sicherung der Landwirtschaft durch Zurverfügungstellung von billigen Krediten und durch ein einjähriges Schuldenmoratorium für die Landwirtschaft sehr schnell eine Basis bei den Teilen der Landbevölkerung gefunden, die durch an die Inflation gekoppelten Kredite zahlungsunfähig wurden. Mit radikalen Aktionen wie tagelangen Straßenblockaden im Juni dieses Jahres und Bildung von Selbstschutztrupps, die die Vertreibung säumiger Bauern verhindern sollten, setzte Samoobrona die Regierung unter Druck.

Diese Aktionen waren aber begleitet durch extrem nationalistische Orientierung und gepaart mit Antisemitismus. Auch die gemeinsamen Aktionen mit dem deutschen „Schiller-Institut“, eine Gründung der deutschen rechtsextremen EAP, und der französischen Landwirteorganisation „Coordination Rurale“ gegen IWF-Diktat und Maastricht am 12.9.1992 an der polnisch-deutschen Grenze sind ein deutliches Zeichen für die Gesinnung der Samoobrona-Führung.

Einen anderen Charakter haben die bereits oben erwähnten Branchengewerkschaften. Sie sind in ihren Bereichen teilweise sehr einflussreich wie die drei im MKKNS organisierten Branchengewerkschaften. Durch das Bündnis im MKKNS versuchen sie ihre Einzelkämpfe z.B. gegen die Bergbauschließungen auf eine breitere Basis zu stellen, weil sie sonst wenig Chancen sehen. Ihre Arbeit ist streng gewerkschaftlich, eine Orientierung an politischen Parteien lehnen sie ab wie auch an politischen Optionen. So wies der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft Raimund Moric, die Aussage des Vorsitzenden von Solidarnosc '80, Marian Jurczyk, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des MKKNS zurück, daß bei einer Niederlage der Streiks die Kommunisten und das fremde Kapital in Polen machen, was sie wollen.

Großtürkische Pläne der Regierung Demirel

„Wir sind alle Äste des gleichen starken Baumes, wir sind eine große Familie. Wenn wir jetzt die historische Gelegenheit nutzen und Fehler vermeiden, kann das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der Türken sein.“ Mit dieser chauvinistischen und großmäuligen Ankündigung eröffnete am 31. Oktober der türkische Regierungschef Demirel in Ankara eine „Gipfelkonferenz“ der türkischen Regierung mit Vertretern der Regierungen Aserbeidschans, Usbekistans, Turkmenistans, Kirgisistans und Kasachstans. Das Bild von den „Ästen des gleichen starken Baumes“ knüpft an reaktionäre Phantasien von einem „großtürkischen Reich“ an, das ähnlich den früheren mongolischen Reichen weit nach Zentralasien hineinreichen soll und die Unterjochung aller „nichttürkischen“ Nationen in dieser Region umfaßt. Weit gekommen ist die türkische Regierung mit ihrer Konferenz freilich nicht: Obwohl die türkische Regierung bereits 1,2 Mrd. Dollar Kredite und 10 000 Studienstipendien zugesagt hat, kam der angestrebte Beschluß über die Gründung einer gemeinsamen Bank und den Aufbau einer Freihandelszone zwischen den fünf Staaten noch nicht zustande. Auch die von der Türkei gewünschte Verurteilung der Verfolgung von angeblichen

türkischen Muslimen in Bosnien, auf Zypern und in Nagorny Karabach wurde nicht beschlossen. Trotzdem bleiben die türkischen Pläne bestehen. So propagiert die türkische Regierung u. a. die Errichtung von Erdöl- und Erdgaspipelines von Baku und den anderen Republiken zur türkischen Mittelmeerküste, um künftig über diesen Weg die Erdöl- und Erdgaslieferungen der fünf Republiken nach Europa abzuwickeln. Die türkische Bourgeoisie verspricht sich davon doppelten Profit: erstens billige Erdöl- und Erdgaslieferungen für den eigenen Bedarf, zweitens Zahlungen der Imperialisten für die Mitwirkung beim Eindringen westlicher Konzerne in die vier zentralasiatischen Republiken. Dementsprechend haben sich die fünf Staaten in der „Erklärung von Ankara“ u. a. auf den Grundsatz der „freien Marktwirtschaft“ verpflichtet.

Eine solche Politik der Türkei stehe in der Tradition Kemal Atatürks, behaupten türkische Regierungsvertreter. In der Tat: Schon Atatürk wollte die Türkei groß machen — furchtbare Massaker an den Armeniern und an den Kurden, die der „großen türkischen Nation“ im Wege waren, waren die Folge.

Quellen: Süddeutsche Zeitung, 30. 10. bis 2. 11., FAZ, 2. 11. — (rül)

Ausländerpolitik: Haider läßt nicht locker

Kaum ein Tag verging in den vergangenen Tagen, an denen der deutschnationale FPÖ-Vorsitzende Jörg Haider nicht durch ausländerfeindliche Hetze glänzte und sein „Ausländer-Volksbegehren“ propagierte. Wie in der letzten Ausgabe berichtet, versucht Haider so die große Koalition aus sozialdemokratischer SPÖ und christkonservativer ÖVP in Sachen Ausländerpolitik unter Druck zu setzen. Werde die Regierung nicht tätig, so droht Haider, lanciere die FPÖ ein Volksbegehren mit dem Ziel, die Grenzen für Menschen aus dem Ausland dicht zu machen und für die in Österreich lebenden Ausländer eine ganze Reihe von rassistischen Gesetzesverschärfungen durchzusetzen.

Mittlerweile hat sich Haider diese Absicht vom FPÖ-Bundesparteivorstand absegnen lassen. Bis auf Haider's Stellvertreterin Heide Schmidt unterstützen alle Mitglieder des 30köpfigen Gremiums den Vorschlag. Ergänzend zu den bisherigen Plänen will die FPÖ nun festgeschrieben wissen, daß in den Pflichtschulen (den deutschen Hauptschulen vergleichbar) der Ausländeranteil auf 30 % beschränkt wird. Darüber hinaus müßten ausländische Schüler künftig den Nachweis ausreichender

Deutschkenntnisse mitbringen!

Die vom Sozialdemokraten Vranitzky und dem konservativen Außenminister Mock geführte Koalition in Wien macht es dem freiheitlichen Rechtsaußen leicht. Die ÖVP, in der starke Kräfte mit Haider's Zielen sympathisieren, versuchte Haider mit der hilflosen Bemerkung den Wind aus den Segeln zu nehmen, viele seiner Vorschläge seien so wieso schon gesetzlich geregelt, und wo dies nicht der Fall sei, habe die ÖVP entsprechende Vorschläge in petto. Auch Vranitzky erklärte, Haider renne offene Türen ein. Aussagen, die natürlich Wasser auf Haider's Mühlen sind.

Die grüne Partei hat sich scharf nicht nur gegen das FPÖ-Volksbegehren ausgesprochen, sondern auch gegen die Stillhaltepolitik der Regierung. Der Sprecher der Grünen warnte im österreichischen Fernsehen Vranitzky und Mock vor dem Versuch, den FPÖ-Plänen mit dieser Passivität stillschweigend Vorschub zu leisten. Seine Partei werde nicht dulden, daß die Regierung sich aus der Affäre zu ziehen versuche, indem sie die Deutschnationalen die Drecksarbeit machen lasse, ohne sich selbst dabei die Finger allzu schmutzig machen zu müssen. NZZ, 23. 10.; Die Presse, 29. 10. — (jüg)

Betriebsräte-Bewegung in Italien

Die massenhaften Gewerkschaftsproteste gegen das Finanzprogramm der Regierung Amato haben Wirkung gezeigt. Am Tag nach dem befristeten Generalstreik vom 13. 10. hat Amato in den am heftigsten umkämpften Punkten Renten und Gesundheitswesen Zugeständnisse gemacht. Die Erhöhung der Zahl der Beitragsjahre für den Rentenanspruch von 35 auf 36 ist zurückgenommen. Die Renten werden 1993 nicht eingefroren, sondern um 3,5 % erhöht. Im Gesundheitswesen ist das Vorhaben, ab einem Familieneinkommen von ca. 50 000 DM außer Krankenhausbehandlung und „lebensrettenden Medikamenten“ nichts mehr zu bezahlen, abgeändert in ein gestaffeltes System, das die Zahl der Familienmitglieder berücksichtigt. Dadurch wird die Zahl derer, die aus den Leistungen der Krankenversicherung herausfallen, erheblich reduziert.

Auf diese ersten Ergebnisse hin haben die Gewerkschaften keine Verständigung über weitere Aktionen mehr erzielt. Die mit den Regierungsparteien verbundenen Gewerkschaftsverbände CISL und UIL hielten das Mögliche für erreicht. Zwischen den Gewerkschaften

ist es daraufhin zu schweren Spannungen gekommen. In den Betrieben waren die gewerkschaftlichen Funktionäre mit der Forderung nach weiteren Aktionen bis hin zu einem ausgedehnten Generalstreik konfrontiert. Ausgehend von Mailand haben daraufhin Betriebsräte untereinander Kontakt aufgenommen und zur Fortsetzung des Kampfs gegen das Regierungsprogramm — Streik am 29. 10. und Kundgebung in Mailand — aufgerufen. Innerhalb von knapp drei Wochen schlossen sich aus der Lombardei 260 Betriebsräte und weitere aus dem Norden und aus ganz Italien an. In Hunderten von Betrieben in der Lombardei kam der Streik zustande, in Mailand demonstrierten 50 000. Die Bewegung setzt sich aus Betriebsräten und Gewerkschaftsdelegierten aller Gewerkschaften zusammen. Sie will keine Alternative zu den Gewerkschaften sein, sondern die Fortsetzung des gewerkschaftlichen Kampfs gegen das Finanzprogramm anstoßen und darüber hinaus ein gemeinsames Handeln der Gewerkschaften erzwingen, das in den letzten Jahren immer stärker in die Krise gekommen ist. — (rok)

Internationale Umschau



Kurz vor Abschluß der US-Präsidentenwahlen hat der US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO seine Kritik an dem von Präsident Bush ausgehandelten „Freihandelsabkommen“ mit Mexiko und Kanada bekräftigt: Das Abkommen erlaube den Konzernen, mit billigster und rechtloser Arbeitskraft in Mexiko größte Profite zu machen und gefährde so auch die Lohnabhängigen in den USA zusätzlich. Das Abkommen müsse fallengelassen werden, die Regierung solle neu verhandeln. Bild: Protestaktion von Gewerkschaftsmitgliedern in San Antonio bei der feierlichen Begrüßung des „Freihandelsabkommens“ durch Bush, den mexikanischen Präsidenten Carlos Salinas de Gortari und den kanadischen Premier Mulroney. — (rül, Bild: AFL-CIO-News)

Niederlande: Lohnstopp auf Druck der Bundesbank?

Die niederländische Regierung hat die Gewerkschaften aufgefordert, einem Lohnstopp zuzustimmen. Dieser soll nicht nur für neue Tarifverträge gelten, sondern auch bereits vereinbarte Tarifanhebungen in Metall und im Gesundheitsdienst außer Kraft setzen. Das Neue Deutschland dagegen berichtet: „Der Internationale Währungsfonds (IWF) und — wie in Den Haag verbreitet wird — die Deutsche Bundesbank haben Einspruch gegen das Ausmaß der Verschuldung des kleinen Reiches ... erhoben.“ BRD-Konzerne wie Daimler-Benz haben bereits wichtige Konzerne (z.B. Fokker) übernommen, weitere (DAF) stehen auf ihrer Wunschliste. Ein Lohnstopp würde solche Übernahmepläne noch profitversprechender machen.

Quellen: FAZ, 2. 11., ND, 28. 10. — (rül)

Dänische Regierung nennt Forderungen an EG-Vertrag

Die dänische Regierung hat sich mit sieben der acht Parlamentsparteien auf eine Erklärung geeinigt, die der EG zugeht und in der die Kritik an dem Maastrichter Vertrag aufrechterhalten wird. Im einzelnen verlangt die dänische Regierung: Keine Beteiligung an der Wirtschafts- und Währungsunion, kein Beitritt Dänemarks zur WEU, keine EG-Bürgerschaft, kein europäisches kriminalpolizeiliches Zentralamt (Europol). Außerdem soll das Stimmrecht der kleinen EG-Länder in den EG-Ministerräten nicht zugunsten der großen EG-Staaten verändert werden. — (rül)

Rechte geschlagen — wie geht's weiter in Litauen?

Der Ausgang der Parlamentswahlen in Litauen macht deutlich, daß die Hoffnung auf Entwicklung durch den imperialistischen Weltmarkt deutlich gesunken sind. Die rechte Sajudis des Präsidenten Landsbergis erhielt gerade noch 20 %, die aus der KP hervorgegangene „Demokratische Arbeiterpartei“ (LDPA) mit ihrem Vorsitzenden Brazauskas dagegen knapp 40 % der Stimmen. Ausschlaggebend für das Ergebnis dürfte in erster Linie die katastrophale Wirtschaftslage sein, Folge einer Politik, die die Wirtschaftsbeziehungen mit der ehemaligen UdSSR zugunsten der Illusion einer Entwicklung durch die EG und andere imperialistische Mächte opferte. Die Kandidaten der LDPA lagen fast überall vorn, vor allem auf dem Land, wo die Bauern von einer rücksichtslosen Auflösung der Kolchosen und der Rückgabe des Landes an die alten Grundbesitzer betroffen sind. Die LDPA verspricht eine Änderung der Wirtschaftspolitik: Die Kolchosen müßten die Möglichkeit haben, Land zu erwerben und weiter zu existieren. Land dürfe nur erwerben, wer es bebaue. Zweitens verspricht die LDPA die Verbesserung der Beziehungen zu Rußland. Bemerkenswert ist, daß die LDPA viele Stimmen von in Litauen lebenden Russen und Polen erhielt, deren Rechte seit der Lostrennung von der UdSSR stark eingeschränkt sind. — (scc)

Anwälte protestieren gegen Guzmán-Prozeß

Nachdem A. Guzmán, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Perus, hier bekannt als „Sendero Luminoso“, am 12. 9. 1992 in Lima festgenommen worden war, forderte der peruanische Präsident Fujimori sofort die Todesstrafe für ihn, obwohl das Gesetz sie dort verbietet. Er ließ ihn in einem Käfig etwa 300 Journalisten vorführen, die ihn beschimpften, beleidigten und ihm zum Schluß die Nationalhymne vorsangen. ... Seit dem 30. 9. 1992 hält sich eine internationale Beobachterdelegation, vornehmlich Juristen, in Lima auf. Sie wurde zum Prozeß nicht zugelassen. Der Präsident selbst teilte übers Fernsehen mit, daß es für die „ausländischen Anwälte keinen Weg“ gebe, den Prozeß zu beobachten. Die Delegation hat dann gegenüber den Medien immer wieder verdeutlicht, daß Prozeßbeobachtung international üblich ist, selbst vor Militärgerichten (z.B. in der Türkei); festgestellt, daß insbesondere die entwürdigende Behandlung des Gefangenen und die Nichtöffentlichkeit des Tribunals internationale Verträge verletzen, die auch Peru unterzeichnet hat; erklärt, daß selbst nach innerstaatlichem peruanischen Recht, auch im Hinblick auf die jüngsten Ausnahmeedikrete, jedenfalls der Militärtribunal unzuständig ist; darauf hingewiesen, daß amnesty international ebenfalls dringende Besorgnis äußert habe über die Verfahrensbedingungen und den Präsidenten brieflich zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert habe. Nachdem die Medien dies zunächst zumindest zum größeren Teil publiziert hatten, wurde dann mit einer beispiellosen Presseschere versucht, die Delegation einzuschüchtern und ihre Arbeit zu behindern. Der Premier nannte die ausländischen Beobachter „Scharlatane“, und der Präsident teilte im Fernsehen mit, das peruanische Volk werde schon wissen, wie es mit ihnen umzugehen habe. Rechtsanwalt Heimung war bis zum 7. 10. 1992 bundesdeutscher Teilnehmer in der internationalen Delegation. Besonders aus seinen Erlebnissen und Erfahrungen, die in diesen Bericht eingeflossen sind, wissen wir, daß allein die Existenz einer solchen Delegation in Peru ein enormes Echo ausgelöst hat. ...

Rechtsanwälte Andreas Groß, Wiesbaden, Martin Heimung, Hirschhorn, Thomas Herzog, Berlin, Rainer Koch, Frankfurt/M.

Unita führt Terror in Angola fort

Die Unita antwortet heftigen Angriffen auf ihre Wahlniederlage. Sie versucht nun, vor allem mit Terroranschlägen in den Städten die amtierende Regierung der MPLA aus dem Amt zu jagen. Das endgültige amtliche Endergebnis der Wahlen hat für die Parlamentswahlen mit 53,7 % eine eindeutige Mehrheit für die MPLA gebracht. Bei den Präsidentschaftswahlen muß noch eine Stichwahl zwischen dem jetzigen Präsidenten Dos Santos von der MPLA, der mit 49,7 % die absolute Mehrheit knapp verfehlte, und Savimbi von der Unita, der 38 % erhielt, durchgeführt werden. Die MPLA sieht sich nach dem jetzigen Vorgehen der Unita nicht mehr an die Vereinbarungen vor den Wahlen gebunden und fordert die vollständige Entwaffnung der Unita. — (uld)



Die Fertigstellung des Staudamms an der Donau, an der Grenze zwischen dem slowakischen Teil der CSFR und Ungarn, 1977 vereinbart und von der ungarischen Seite inzwischen nicht mehr erwünscht, bewirkt eine deutliche Verschärfung der Konflikte zwischen den beteiligten Parteien. Die Bundesregierung der CSFR, mehrheitlich von Tschechen besetzt, hat ohne Zustimmung der slowakischen Regierung mit Ungarn einen Baustopp ausgehandelt, der von der slowakischen Seite nicht befolgt wird (siehe Bild). Eine Entspannung ist leider nicht zu erwarten: als Vermittler ist die EG eingeschaltet, die aus „ökologischen Gründen“ Ungarn unterstützt. — (alk)

Ausweisung im Zirkus je nach Geschäftslage

Hamburg. Etwa 40 Marokkaner, die bei Cirkus Krone beschäftigt sind, klagen vor dem Arbeitsgericht über schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne und zu viele Überstunden. 1987 hatte in Hamburg ein Marokkaner gegen den Cirkus Krone, dessen Sitz in München ist, Klage vor dem Arbeitsgericht eingereicht und 35000 DM Lohnansprüche geltend gemacht. „Wir waren der Meinung, daß der Zirkus die Marokkaner ausbeutet“, sagte dessen Hamburger Anwalt. Damals wurden 15000 DM Entschädigung erzielt.

Ein Münchner Anwalt vertritt jetzt die 40 Marokkaner, die zum Teil seit mehr als zehn Jahren beim Cirkus Krone beschäftigt sind. „Ich halte die Arbeitsverträge für gesetzwidrig und die Bezahlung muß wegen Lohnwuchers angepaßt werden“, so der Anwalt. Die Marokkaner, die als Zeitarbeiter und Tierpfleger beschäftigt sind, müßten weit über die gesetzliche Höchststarbeitszeit schuften, bis zu 70 Stunden in der Woche — und das bei einem monatlichen Nettolohn von 950 DM bei freier Unterkunft und Verpflegung. Insgesamt würden Lohnnachforderungen in Höhe einer siebenstelligen Summe für drei Jahre geltend gemacht. Der Zirkus nutze die Lage der Afrikaner aus, weil sie befürchten müßten, abgeschoben zu werden.

Im Herbst 1991 hatte der Zirkus seinen Arbeitern neue Arbeitsverträge zur Unterschrift vorgelegt, die ab Frühjahr 1992 gelten sollten. Darin wurde keine Stundenzahl angegeben, Sonn- und Feiertage, Nacht- und Mehrarbeit sollten durch den Nettolohn abgegolten sein. Die jetzt klagenden Marokkaner unterschrieben nicht. Entlassungen wurden ausgesprochen, bei den meisten aber wieder zurückgenommen. Mehr als die Hälfte der Marokkaner hat eine Aufenthaltserlaubnis unabhängig vom Zirkus, alle sogar unbefristete Arbeitsverträge.

Nun sollen vierzehn Marokkaner ausgewiesen werden. Verhindert werden soll, daß sie ein Dauerbleiberecht bekommen, auf das sie nach fünf Jahren Anspruch hätten. Gegen die Ausweisungen kämpfen sie jetzt vor dem Verwaltungsgericht.

Das Pikante an diesem Verfahren: 1985 hatte sich die Zirkus-Chefin, Frieda Sembach-Krone, an die Stadt München gewandt. Damals stand schon einmal die Ausweisung der Marokkaner durch das Ausländeramt München bevor. Die Hilfe kam umgehend: Der Chef des Kreisverwaltungsreferats, der heutige bayerische Umweltminister Peter Gauweiler, wies an, „die beantragten Aufenthaltserlaubnisse“ zu erteilen.

Quelle: *Hamburger Abendblatt*, 17. 10. — (jub)

Zanker-Betriebsrat legt Recycling-Konzept vor

Tübingen. Die 408 Arbeitsplätze bei der Elektrofirma Zanker sind in Gefahr. Der schwedische Mutterkonzern Electrolux, europäischer Marktführer für Weißwaren, will zum 31. März 1993 die Produktion von Wäschetrocknern in Tübingen einstellen. Zanker ist der drittgrößte industrielle Arbeitgeber in Tübingen, die Arbeitslosenquote liegt dort mit 5,1 % über dem Landesdurchschnitt.

Der Zanker-Betriebsrat hat gegen die Schließungspläne ein alternatives Konzept entwickelt: Zanker soll ein Recycling-Werk für Elektrohaushaltsgeräte werden. Die Entsorgung von rund 300000 Altgeräten pro Jahr, das entspricht einem Gewicht von 21000 Tonnen, könnte 210 Arbeitsplätze sichern. Nach diesem Konzept würden 11 Prozent der Geräte repariert oder den notwendigen Ersatzteilbedarf decken, 86 Prozent würden in Einzelteile wie Eisen, Edelstahl, Alu, Kupfer, Glas und Kunststoffe zerlegt und wieder verwertet, nur 3 Prozent oder 43 t müßten als Sondermüll oder nicht Verwertbares deponiert werden. Das Recyceln eines Elektrogroßgerätes würde 50 Mark kosten. Mit dem Inkrafttreten der Elektroschrottverordnung 1994, die ein Verwerfen der Altgeräte zwingend vorschreibt, hätte die Zanker-Belegschaft dann ein schon erprobtes Konzept. Bei einer Wiederverwertung von 500000 Geräten jährlich könnten alle Arbeitsplätze erhalten werden.

Bereits vor zehn Jahren sollte der damals zu AEG gehörende Betrieb mit 1000 Beschäftigten geschlossen werden. Anfang der 80er Jahre wurde die erste Bürgerinitiative gegen die Schließung gegründet, in Streiks und großen Demonstrationen die Losung geprägt „Zanker soll leben“. Jetzt zeigt Electro-

lux, der den Betrieb vor zehn Jahren übernahm, kein Interesse. Nach dem Scheitern der von Protesten und Warnstreiks begleiteten Verhandlungen mit dem Electrolux-Geschäftsführer fordert der Betriebsrat jetzt Verhandlungen mit der Konzernspitze in Schweden.

Auf einer Sondersitzung des Tübinger Gemeinderates Ende August boten alle Fraktionen ihre Unterstützung für das Konzept an. Der Gemeinderat hat beschlossen, daß das Zankergelände Gewerbegebiet bleibt. Die Tübinger SPD-Abgeordnete H. Däubler-Gmelin will sich ebenso wie der CDU-Abgeordnete P. Grotz dafür einsetzen, daß die Elektroschrottverordnung spätestens zum 1. 1. 94 in Kraft tritt. Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Spöri hat für neue Aktivitäten bei Zanker Landesmittel angeboten. Umweltminister Töpfer sagte bei einem Gespräch Ende Oktober zu, die Suche nach möglichen neuen Investoren zu unterstützen.

Die Bürgerinitiative „Zanker soll leben“ hat der Stadt für November die Durchführung einer Recycling-Tagung vorgeschlagen: „Die Tagung verfolgt den Zweck, das von den Beschäftigten der Firma Zanker entwickelte Recyclingkonzept von Haushaltsgroßgeräten auf seine technische und ökonomische Machbarkeit zu prüfen und die grundsätzlichen Perspektiven eines ökologischen Recyclings von Haushaltsgeräten vor dem Hintergrund der aktuellen Entsorgungsproblematik der Stadt und des Landkreises auszuloten. Hierzu sollen ExpertInnen aus den Bereichen Wirtschaft, Technik, Verwaltung und Politik eingeladen werden.“

Quellen: *Gläsernes Rathaus*, Zeitung der DKP Tübingen, Oktober 1992; *Öko-Zanker*, Informationsblatt der IG Metall. — (evc)



600 Beschäftigte und Angehörige von Zanker demonstrierten Ende August für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Unterstützt wurden sie von Abordnungen aus über 30 Betrieben und Verwaltungen aus der Region. — (aus: *Öko-Zanker*)

Schändungen jüdischer Einrichtungen

Gelsenkirchen. Die Serie der Schändungen jüdischer Einrichtungen in Gelsenkirchen reißt nicht ab. Im September wurden Anschläge auf die jüdischen Friedhöfe in Bulmke und Buer verübt. Anfang Oktober wurden auf dem jüdischen Friedhof in Ückendorf Grabsteine umgekippt und mit Hakenkreuzen und Aufklebern unter anderem der neofaschistischen FAP versehen. Zwei Wochen später wurde die Eingangstür zur Trauerhalle in Ückendorf in Brand gesetzt. Gegen Antisemitismus demonstrierten Ende September circa 200 Mitglieder einer evangelischen Gemeinde, und auch in Leserbriefen an die WAZ äußern sich viele gegen die Schändungen. — (scm, tjä)

Freilassung von Bernd Rössner!

Karlsruhe. Am Samstag, den 24. Oktober fand eine Kundgebung für die sofortige Freilassung des wegen der Isolationshaft haftunfähigen Bernd Rössner statt. Es kamen 40 bis 50 Menschen aus Heidelberg, Stuttgart, Freiburg, Darmstadt und Karlsruhe. Tags zuvor wurde bekannt, daß das Bundesjustizministerium für Bernd Rössner eine befristete Haftunterbrechung für 18 Monate, mit der Auflage in dieser Zeit eine Therapie durchzuführen, angeordnet hat. Damit ist die Freilassung von Bernd noch immer nicht erreicht, für ihn ist die Zukunft nach wie vor ungewiß. Es wird weiter auf die Zermürbung Berns durch die offene Situation hingearbeitet. Gefordert wurde die sofortige Freilassung von Bernd Rössner und aller anderen haftunfähigen Gefangenen, die Einstellung der neuen auf Kronzeugenaus-

sagen beruhenden Prozesse und die Freilassung aller politischen Gefangenen in einem absehbaren Zeitraum. — (Infobüro Karlsruhe)

Sondertarif für Studenten bei der Straßenbahn

Köln. Der AstA der Kölner Universität führt seit geraumer Zeit Gespräche mit dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Monatlich 15 DM sollen die Studenten für ein Monatskarte zahlen. Strittig ist, ob der Betrag über die Universität (Studentenwerksbeiträge) eingezogen wird. In den nächsten Wochen soll unter den Studenten eine Umfrage durchgeführt werden, ob sie einer solchen Vereinbarung zustimmen. Wochenlang gab es heftige Diskussionen zwischen den verschiedenen linken Studentengruppen, ob man solch einer Vereinbarung zustimmen könne. Die AstA-Vorsitzende Serife Barut hält eine solche Regelung für realistisch. An der Kölner Fachhochschule stimmten bei einer Befragung 85 % der Teilnehmer für einen solchen Vertrag. Jetzt will das Rektorat einer solchen Vereinbarung nicht zustimmen. — (jöd)

Kein Abbau der Rechte der Mitarbeitervertretungen!

Hannover. Mit einer gemeinsamen Erklärung protestieren die Mitarbeitervertretungen der diakonischen Einrichtungen Annastift, Birkenhof, Friederikenstift und Henriettenstift (ca. 5000 Beschäftigte) gegen den Entwurf für ein einheitliches Mitarbeitervertretungsgesetz, der von der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) auf ihrer Tagung vom 2. bis zum 6. 11. in Suhl beschlossen werden soll. In ihrer Erklärung vom 20. 10. schreiben sie: „Der vorliegende Entwurf (...) bedeu-

tet für die Beschäftigten in diakonischen Einrichtungen, daß ihren gewählten Mitarbeitervertretungen vorhandene Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte genommen werden. Die derzeitige Rechtsverfassung nach der Mitarbeitervertretungsordnung soll nach dem vorliegenden Entwurf noch weiter unter den Standard der im Betriebsverfassungsgesetz festgeschriebenen Rechte fallen. (...) Die Verfassung der BRD, die den Kirchen und ihren Einrichtungen das Recht einräumt, ihre inneren Angelegenheiten selber zu regeln, darf nicht erneut dazu benutzt werden, die in kirchlichen Einrichtungen Beschäftigten noch weiter zu entmündigen. Rechtlose und schlecht ausgebildete Mitarbeitervertretungen haben dann nur noch ‚Feigenblatt-Funktion‘. Die EKD hatte sich im November 1991 mit ihrer Denkschrift ‚Verantwortung für ein soziales Europa‘ gegen den Abbau von Rechten der abhängig Beschäftigten gewendet. Diese Forderung muß gerade im innerkirchlichen Bereich Geltung haben!“ — (rec)

Personalabbau bei der Firma Grau

Heidelberg. Mitte August hat die Geschäftsführung bei Grau 17 Anträge auf betriebsbedingte Kündigungen beim Betriebsrat eingereicht. Begründung: Struktureller Auftragsrückgang. Beim Abnehmer Daimler Benz z. B. beklagte Grau einen Umsatzrückgang von ca. 6 Mio. DM. Der Betriebsrat hat gegen alle Kündigungsanträge schriftlich Widerspruch eingelegt. Inzwischen sind 15 „Aufhebungsverträge“ mit Abfindungen gelaufen. Teilweise mit anderen, „freiwilligen“, so daß dafür im Tausch Kündigungen zurückgenommen wurden. In vier Fällen ist Klage beim Arbeitsgericht eingereicht. — (aro)



Protest gegen Heizkostenerhöhung

Essen. Rund 200 Mieterinnen und Mieter demonstrierten am 16. 10. in Karnap-West gegen massive Heizkostenerhöhungen durch die Veba-Wohnen, die Eigentümerin der Bergarbeitersiedlung an der Nordspitze Essens. Aufgerufen hatte die „Mieterinitiative Karnap-West“. Im Zuge von Wohnungsmodernisierungen hatte die Veba von Heizung durch Deputatkohle auf ein Nahheizwerk umgestellt. Ihre Zusage, kein Mieter werde am Ende „schlechter stehen“, brach sie schon bei der ersten Abrechnung: Heizkostensteigerungen zwischen 600 und 1200 DM im Jahr! (aus: *Lokalberichte Essen*, 30. 10. 92)

DGB-Jugend diskutiert über Asyl Die SPD eine Umfaller-Partei?

München. Eingeladen von der Bayerischen DGB-Jugend, suchten am 16. Oktober rund 50 Jugendliche zu erfahren, was sich durch eine Änderung des Grundgesetzartikels 16 ändern könnte. Zur Klärung dieser Frage sollten zwei prominente SPD-Vertreter, der bayerische Landtagsabgeordnete Klaus Hahnzog und der Bundestagsabgeordnete Otto Schily, beitragen.

Schily personifizierte für viele Zuhörerinnen und Zuhörer nur das Herumeiern der SPD-Bundestagsfraktion in der Asylfrage. Für einen Zuhörer, selbst SPD-Mitglied, stand dann auch fest: „Meine Partei ist mal wieder die Umfaller-Partei.“ Mit seinem Pragmatismus machte sich Schily zur Zielscheibe des Publikums, und der für eine Beibehaltung des jetzigen Grundgesetz-Artikels 16 argumentierende Hahnzog wurde — am Applaus gemessen — Punksieger dieser Diskussion.

Vom Publikum kaum wahrgenommen wurde, daß auch Einigkeit zwischen Hahnzog und Schily herrscht. Beide gehen von einer verstärkten Zuwanderung aus — und damit von einem Regelungsbedarf. Konkret: Beide wünschen praktische Konsequenzen auf den „wachsenden Zuwanderungsdruck“. Es müsse, so die beiden Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeitsgruppe Zuwanderung in deren Abschlusbericht, „die Zuwanderung gesteuert und begrenzt werden.“

Einig waren sie sich daher auch darin, daß innerhalb des Gesamtkomplexes Zuwanderung eine Überbewertung des Themas Asyl stattfindet.

Dieses Thema, so Hahnzog, „wird zu Unrecht in den Vordergrund geschoben. Beim Problem der gesamten Zuwanderungspolitik spielt Asyl eine Teilrolle und das Grundgesetz wieder nur eine Teilrolle.“

Differenzen zwischen Schily und Hahnzog wurden anhand der konkreten Vorstellungen deutlich.

Für Schily ist es eine Form des notwendigen Pragmatismus, daß sich die SPD „an den Interessen der Menschen orientieren darf“. Eine Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 kann er sich daher vorstellen. Alternativ zu der jetzigen Rechtsweggarantie möchte er ein Dreiklassensystem von Einwanderern mit folgenden Quoten: Politisch Verfolgte erhalten ausnahmslos Aufenthaltsrecht, Bürgerkriegs- und Notstandsflüchtlinge, werden sovieler aufgenommen, „wie es irgend möglich ist“.

Den Einwurf, ohne die jetzige Rechtsweggarantie könnten auch politisch Verfolgte aus dem Asylanspruch herausfallen, findet Schily „richtig“. Sein Konzept beinhaltet aber „zwei Instanzen, die darüber wachen“. — Gedacht ist an eine Flüchtlings-Ombudsperson, die ein eigenes Beschwerderecht hat und an einen Beschwerdeausschuß. Insgesamt, so machte Schily deutlich, will er

weg vom Individualgrundrecht auf Asyl, hin zu einer institutionellen Garantie. Nicht zuletzt, weil die „Schrankenlosigkeit des heutigen Artikel 16 zu einer Abschwächung des Schutzes politisch Verfolgter führt.“

Weit weniger Vertrauen in formale Regelungen und behördliche Organisation von Menschenrechten hatte Hahnzog:

„Es ist ein Irrtum von Parlamentariern zu glauben, es genügt, Gesetze zu machen. Die Umsetzung ist das Entscheidende. Da war der Artikel 16 bislang ein Leitbild für Verwaltungen und Gerichte, das noch Schlimmeres verhindert hat. Wenn man den Artikel 16 aufweicht, führt das in der Praxis zu einer Minderung des Schutzes für Flüchtlinge.“

Mir wäre es ein Graus, eine Stoiberche oder Seitzersche Verwaltung ohne den Schutz des Artikel 16 werkeln zu lassen.“

Die trotz solch gegensätzlicher Positionen weitgehende Einigkeit der SPD-Politiker hinterließ bei vielen Zuhörerinnen und Zuhörern einen bitteren Beigeschmack. Über den Inhalt des Veranstaltungstitels „Wieviel Fremde dürfen's sein?“ wurde letztlich nicht diskutiert, der Gegensatz zwischen offener Grenzen und nationaler Abschottung eines reichen Landes blieb unhinterfragt.

— (Gunter Haake, ecg)



Köln. Die Deutsche Liga stellte auf der Ratssitzung am 29. Oktober den Antrag auf Einrichtung einer „Bürgerwehr“. Alle Ratsparteien, auch die CDU, griffen die Faschisten hart an. Der Antrag wurde abgelehnt. Die VVN/BdA hat Strafanzeige gestellt. Ein Ratsmitglied rief in einer rechten Zeitung zum Straßenterror auf. — (jöd)

Auseinandersetzungen um Entlassungen bei Fuba

Bad Salzdetfurth. Die Geschäftsleitung gab in der zweiten Oktoberwoche bekannt, daß bis zum Jahresende 150 Beschäftigte entlassen werden, und im ersten Quartal 1993 noch einmal 200. Die Belegschaft wird von derzeit 1700 Beschäftigten auf etwa 1350 reduziert. Vorausgegangen war die Nichtverlängerung von insgesamt ca. 350 befristeten Arbeitsverträgen in den letzten beiden Jahren. Damit ist ein Ende der Entlassungen noch nicht erreicht. Durch Produktionsauslagerungen nach Ungarn, verlängerte Werkbänke in noch nicht festgelegten Standorten und eine Umstellung auf reine Vertriebsgeschäfte in einigen Fachbereichen soll die Belegschaft voraussichtlich noch im nächsten Jahr weiteren Entlassungen ausgesetzt sein. Bisher ist von „Drittellösungen“ die Rede. Der Betriebsrat will in einem Sozialplan verbindlich geregelt wissen, daß tatsächlich je ein Drittel der Entlassungen über bezuschufte Frühverrentungen, akzeptable Aufhebungsverträge und Entlassungen mit Mindestabfindungen abgewickelt werden. Dazu hat die Geschäftsleitung noch keine Verhandlungsbereitschaft signalisiert. — (mal)

Rep-Offizier bei den Fallschirmjägern

Wildeshausen. In einem Interview für die Zeitschrift „Playboy“ erklärte der Landesgeschäftsführer der Reps in Nordrhein-Westfalen, Stabsarzt Dr. Robert Friedrich Nagels (Fallschirmbataillon 272), seinen Austritt aus der CDU damit, daß der Bundespräsident sich für den Tod eines Türken entschuldigt habe. Nagels nannte das „Bückling-

machen der deutschen Politik vor ausländischer Meinung“. Das Verteidigungsministerium hat bisher eine Stellungnahme, ob der Offizier seine Dienstpflichten verletzt hat, hinausgezögert. Von den Äußerungen hat es sich ebenfalls bislang nicht öffentlich distanziert, angeblich, um einer „spekulativen Vorverurteilung“ zu entgehen. — (jot)

VVN: Widerstand gegen Gedenkstätten-Schändung!

Stuttgart. Aus Anlaß der Schändung einer Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus beim Kloster Birnau am Bodensee erklärte Friedbert Wehrle, einer der Landessprecher der VVN-BdA: „Wer die Ruhestätten der von den Nazis Gequälten und Getöteten zerstört und mit Hakenkreuzen schändet, der heißt auch die Qualen der Opfer gut und tritt erneut für eine großdeutsch-terroristische Politik ein.“ Die VVN-BdA fordert, wie im Grundgesetz festgeschrieben sei, Verbot und Verfolgung faschistischer Organisation und jeder faschistischen und nazistischen Betätigung. Der Aufruf zu den antifaschistischen Gedenkfeiern im November gewinnt jetzt eine besondere Aktualität. Rund 300 Menschen nahmen am 25. 10. an einer spontan einberufenen Kundgebung gegen den Angriff auf die KZ-Gedenkstätte in Birnau teil. Für den 22. 11., den Tag der traditionellen Gedenkfeier, organisiert die VVN/BdA dort eine weitere Kundgebung. Zahlreiche Beteiligung an der landesweiten Demonstration gegen Fremdenhaß und Gewalt und für die Verteidigung des Asylrechts am 7. 11. in Stuttgart soll dazu beitragen, „ein Klima der Menschlichkeit in unserem Lande wieder herzustellen“. Quelle: Erklärung der VVN-BdA vom 26. 10. — (evc, wmo)

Baugewerbe: Ausplünderung osteuropäischer Arbeiter

Gelsenkirchen. Im Rahmen von Kontingentverträgen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen osteuropäischer Länder arbeiten offiziell mittlerweile rund 85000 Arbeiter aus Osteuropa auf Baustellen in der BRD. Werden Grenzgänger und Gastarbeitnehmer hinzugerechnet, sind es etwa 130000 aus Osteuropa, die hier legal arbeiten. Mindestens jeder Zehnte der am Bau beschäftigten Arbeiter wird demnach weit unter Tarif bezahlt. Denn über die Zahl der Werkvertragsarbeiter hinaus existieren illegale Schein-Arbeitsverhältnisse unter dem Deckmantel der Werkverträge, die etwa auf die drei- bis vierfache Höhe geschätzt werden. So ist die Zahl der von den Arbeitsämtern aufgegriffenen Fälle illegaler Beschäftigung zwischen 1988 und 1991 von 168000 auf 219000 gestiegen. Eine Sonderaktion der mobilen Einsatzgruppe der Gewerbeaufsicht in NRW hat im Juni 13 osteuropäische Firmen mit insgesamt 196 Arbeitern überprüft und dabei festgestellt, daß die Durchschnittslöhne zwischen sechs und zwölf DM betragen, und ein Drittel der Arbeiter illegal beschäftigt waren. Der IG Bau-Steine-Erden liegen Zahlen vor, wonach sogar Stundenlöhne zwischen zwei und acht DM keine Seltenheit sind. Auf der Baustelle für die Erweiterung des Müllheizkraftwerks in Essen-Karnap hat die Firma Babcock Anlagen GmbH eine komplette polnische Firma unter Vertrag, die mit eigenem Fuhrpark, Maschinen, Baucontainern, usw. dort anwesend ist. Die polnischen Bauarbeiter bekommen zwischen sechs und acht DM Stundenlohn. Beim Richtfest vor drei Wochen wurde der polnische Firmenname übermalt, um die örtliche Presse nicht aufmerksam zu machen. Die Unterbringung nicht nur dieser Arbeiter erfolgt in Containern. In vielen Fällen werden den osteuropäischen Arbeitern bis zu 25 % ihres Entgeltes für schlechte, menschenunwürdige Unterbringung einbehalten.

Diese Praktiken haben mittlerweile dazu geführt, daß kleinere und mittlere Bauunternehmen pleite machen. Es fördert eine weitere Konzentration zugunsten der großen Baukonzerne, die traditionell in großem Umfang auf Fremdfirmenleistungen zurückgreifen. So beträgt die Subunternehmerquote z. B. bei der Ed-Züblin AG 46 %, bei der Hochtief AG 45 % und bei der Philipp Holzmann AG sogar 53 %, d.h. 53 % von der Gesamtleistung für das Geschäftsjahr 1991 wurden für Subunternehmerleistungen ausgegeben. Dadurch liegt die Personalkostenquote bei diesen Fir-

men niedriger als bei kleineren Firmen. Während Bauunternehmen mit hiesigen Fachkräften mit mindestens 40 DM Stundensatz kalkulieren, erhalten die osteuropäischen Firmen von ihren deutschen Auftraggebern durchschnittlich zwischen 25 und 30 DM, was zu einem enormen Wettbewerbsvorteil führt. Der Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie Küchler hat deshalb die Bundesregierung aufgefordert Regelungen zu schaffen, wonach die bei osteuropäischen Subunternehmen beschäftigten Arbeiter nach hiesigem Tarifvertrag zu entlohnen sind, und nicht nach den niedrigen Löhnen der Herkunftsländer. Die IGBSE fordert von der Bundesregierung die Einführung einer Anti-Dumping-Abgabe, da für die Werkvertragsarbeiter keine Sozialabgaben abgeführt werden. Allein in diesem Jahr werden die Sozialkassen so um über zwei Milliarden DM geschädigt und die Firmen bevorteilt, die auf Werkvertragsarbeiter zurückgreifen. Die Hamburger-Zimmerer-Krankenkasse HZK hat inzwischen angekündigt, aufgrund dessen ihre Beiträge zu erhöhen. Die Anti-Dumping-Abgabe soll in Höhe der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, Sozialversicherung und zu den tarifvertraglichen Sozialkassen des Baugewerbes erfolgen. Als weiterer Schritt soll die rechtliche Gleichstellung ins Gastarbeiterstatus erfolgen. Die Hauptforderung der IGBSE bleibt die generelle Abschaffung der Werkvertragskontingente und die Entlohnung aller hier Arbeitenden unter dem Motto: Glei-

cher Lohn für gleiche Arbeit. Denn, daß viele Stammbesellschaften in Kurzarbeit geschickt werden zugunsten von Billigstarbeitern, unterminiert extrem die Tarife, und fördert zudem rassistische Stimmungen innerhalb der Baubeschäftigten. Dem will die Gewerkschaft verstärkt entgegenzutreten.

Der Betriebsrat der Hochtief AG konnte kürzlich verhindern, daß auf einer Baustelle in Essen rumänische Maurer zu Billigstlöhnen arbeiten, während die hiesigen Maurer teilweise in Kurzarbeit geschickt werden sollten. Der Betriebsrat der Philipp Holzmann AG wendete sich mit einem Schreiben an das NRW-Arbeitsministerium, in dem es u.a. heißt: „... Wir haben keine Vorurteile gegen ausländische Arbeitnehmer, die bei uns zu hiesigen Bedingungen arbeiten, wie dies schon seit Jahren geschieht. Sie müssen aber nach unseren Tarifverträgen, Tariflöhnen und -gehältern, unter Zahlung der gleichen Steuern und Abgaben wie unsere deutschen Arbeitnehmer hier arbeiten. Es kann nicht angehen, daß Tarifabschlüsse ausgehandelt werden in dem Bewußtsein, daß sie mit Billigstarbeitern anschließend umgangen werden“. Der NRW-Arbeitsminister hat die Bundesregierung wiederholt aufgefordert, den nordrhein-westfälischen Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Lohndumping, dem der Bundesrat bereits zugestimmt hat, zu verabschieden.

Quellen: Handelsblatt, 9. 10. WAZ, 8. 10., div. Informationen der Landesregierung NRW, Grundstein 10/92 — (tja)



Der Trick mit den Kindergartengebühren

Norderstedt. Der Finanzausschuß der Norderstedter Stadtvertretung hat am 1. 10. beschlossen, die Kindergartengebühren zum 1. 1. 93 zu verdoppeln.

Die Vorgehensweise der CDU-Fraktion, sie hat 1989 die 75.-DM Regelgebühren mit auf den Tisch gebracht, ist reichlich dreist. Der Antrag wurde noch nicht einmal zuerst im Sozialausschuß behandelt, der für Angelegenheiten der Kindergärten zuständig ist, sondern im Rahmen der „jährlichen Gebührenbedarfsrechnung“ im Finanzausschuß. Öffentlich behauptet der Fraktionsvorsitzende, daß auch die Elternvertretungen für die Erhöhung wären. Tatsache ist, daß die Elternvertretungen bis dato überhaupt nicht informiert waren.

Zusammen mit den Kindergartengebühren sollen denn auch weitere Gebühren erhöht werden: z. B. für den Ausbau der Gesamtschule bestünde erheblicher Finanzbedarf. Dann will man jetzt also ganz offen die Eltern der Gesamtschüler gegen Eltern der Kindergartenkinder ausspielen?

Die SPD stimmte dem CDU-Antrag sofort zu, obwohl die sogenannte „Nachtragssatzung“ keineswegs sozial gerecht ist, bisher hatte die SPD bei allen Versuchen zur Gebührenerhöhung immer damit argumentiert. Zukünftig müssen Familien mit einem Nettoeinkommen (abzüglich Kaltmiete und Kindergeld) das höher als der dreifache Sozialhilferegelsatz des Haushaltsvorstandes

ist, 150.-DM statt 75.-DM zahlen, d.h. wer von 1500.-DM noch Heizung und allen Unterhalt zahlen muß, zahlt jetzt das Doppelte.

Warum hält denn die CDU die jetzige Gebührenregelung plötzlich nicht mehr für „verantwortbar“? Man wünscht wieder einmal mehr Kostendeckung. Jetzt werden ca. 7,5 % der Kosten mit der Regelgebühr abgedeckt, nach Änderung wären es dann 15 %, wo bleibt da der Sinn, wenn man nicht im Hinterkopf hat, letztendlich eine Drittelfinanzierung durchzusetzen?

Der eigentliche Grund wird denn auch sein, jetzt eine verhältnismäßig geringe Erhöhung durchzusetzen, um dann mit ein oder zwei weiteren Schritten auf letztendlich 300.-DM bis 400.-DM zu kommen. Wahrscheinlich wird jetzt nur wenig Widerstand erwartet.

Bleibt zu hoffen, daß die Elternvertretungen diesen Deal durchschauen. Demnächst soll jetzt eine Anhörung der „Beiräte“ (paritätische Gremien: Eltern, Erzieherinnen, Träger) erfolgen. Leider hört man jetzt schon manchmal, daß ErzieherInnen die Auffassung vertreten, mit höheren Kindergartengebühren würde ihre Arbeit besser anerkannt. Dies resultiert natürlich aus der niedrigen Bezahlung. Führt aber leicht auch dazu, daß Eltern gegen die ErzieherInnen Ansprüche entwickeln, die sie normalerweise gegen die Träger richten würden. — (aid)

Bremer Beitrag zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit: „Zählappell“

Bremen. Neben den seit längerem geführten staatlichen Angriffen gegen Flüchtlinge im Land Bremen (Diffamierung als Drogendealer) will der Bremer Senat 1993 einen „Zählappell“ durchführen, bei dem alle in Bremen registrierten Flüchtlinge zu einem bestimmten Termin bei der dafür vorgesehenen Behörde erscheinen müssen, um feststellen zu lassen, ob sie mehr als einmal registriert sind und so eventuell mehrmals Sozialhilfe beziehen könnten.

Angestachelt durch einen entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion, der an die Deputationen für Inneres und Soziales überwiesen wurde, berichtet der Senat in einer Mitteilung vom 1. 9. 92 über „derzeitige Vorkehrungen ... zur Vermeidung ... des mehrfachen Bezugs von Sozialhilfe durch Asylbewerber“ und über „zukünftig vorgesehene Maßnahmen“. Schon jetzt werden z. B. „Asylbewerber, die ohne Identitätspapiere erscheinen“, zurückgewiesen, „mit der Aufforderung“, danach zu suchen. Denjenigen, die dann nicht wiederkommen, werden sogleich „Betrugsabsichten“ unterstellt. Bei Verdachtsfällen von mehrfacher Sozialhilfebezug (in Bremen und einem anderen Bundesland) wird moniert, daß die „Identitätsfeststellung über Fingerabdrücke und deren Abgleich beim Bundeskriminalamt ... häufig noch über 6 Monate (dauert)“, was für die Zukunft auf eine weitere Perfektionierung der Überwa-

chung von Flüchtlingen schließen läßt.

Die Fachdeputationen haben sich ausführlich mit den Erfahrungen der Zählappelle in Schleswig-Holstein (S-H) und Aachen befaßt. In S-H, wo die Aktion 1991 kurz vor der Landtagswahl, begleitet von einer beispiellosen Medienhetze gegen die Flüchtlinge, durchgeführt wurde, konnte letztlich nur bei 2,3 % der Betroffenen ein Verdacht auf mehrmaligen Bezug von Sozialhilfe festgestellt werden. Auch in Bremen wurden bis zum 20. 8. 92 nur 100 Doppelidentitäten von Asylbewerbern (also noch kein

doppelter Sozialhilfebezug) ermittelt. Obwohl also der fortwährend herbeigeredete massenhafte Asylmißbrauch nicht eintritt, will Bremen nun im Rahmen einer „EDV-gestützten bundeseinheitlichen Identitätsfeststellung“ ebenfalls einen Datenabgleich vornehmen. „Die Einführung eines solchen Systems wird zur Zeit vom Bund vorbereitet ... Für Bremen ist die Installation einer Anlage in der Zeit vom 17.-19. März 1993 im Polizeipräsidium Bremen vorgesehen. Bremerhaven wird sich „dieser Anlage bedienen“. Für ein Nichtzustandekommen dieser Aktion hat der Senat schon vorgesorgt. Er wird sich dann „an einer auf Norddeutschland“ — also S-H, HH, Niedersachsen und Bremen — „begrenzten Überprüfungsaktion beteiligen“.

Der Bremer Senat unterstützt mit diesem Vorhaben aktiv die Entwicklung zur totalen Überwachung und Kriminalisierung von Flüchtlingen. Läuft die Aktion dann erst einmal an, ist mit einer massiven begleitenden Medienhetze zu rechnen, die wiederum Anlaß für zahlreiche rassistische Pogrome geben könnte. Demgegenüber ist die Solidaritätsbewegung aufgerufen, weiterhin für ein Bleiberecht und für angemessene Lebensbedingungen der Flüchtlinge einzutreten und insbesondere einer Isolation dieser Menschen entgegen zu wirken.

Quelle: Mitteilung des Senats, Bürgersch.-Drucksache 13/326 vom 1. 9. 92 — (tkü)



Bild: af/mz

Kurz berichtet

Bündnis 90 verbleibt
in Koalition mit Stolpe

Potsdam. Nach den im Oktober vorgebrachten heftigen Attacken gegen den brandenburgischen Ministerpräsidenten Stolpe seitens des Regierungspartners Bündnis 90 hatten nicht wenige mit dem Bruch der Ampelkoalition (SPD, FDP, Bündnis 90) gerechnet. Schließlich hatten die bürgerbewegten Funktionsträger sehr laut und sehr empört die „Stasi-Medaille“ des Ministerpräsidenten kommentiert, ja sogar verlangt, der Herr Ministerpräsident möge sofort sein Amt räumen lassen. Die dem Bündnis 90 angehörende Kultusministerin Marianne Birthler trat gar wegen Stolpe zurück. Doch dabei blieb es auch. Nur 12 Stunden nach den wortradikalen Erklärungen gegen den Ministerpräsidenten hieß es nun vom Bündnis 90: „Man sei entschlossen, die Regierungskoalition fortzusetzen.“ Stolpes Drohung mit Neuwahlen genügt offenbar, um die bürgerbewegten Kritiker kleinlaut werden zu lassen. Man will sich wohl wegen den z. Z. schlechten Wahlaussichten keinem Risiko aussetzen. Damit hatte der große Regierungspartner SPD gerechnet. Man kennt seine Pappenheimer. — (brr)

Berliner IG Metall führt
Herbstkampagne fort

Mit „Berlin braucht Zukunft“ als Titel stieg die IG Metall im September in ihre Herbstkampagne ein. Nach dem vorläufigen Höhepunkt, einer IG-Metall-Demonstration mit anschließender Übergabe von mehr als 30000 Unterschriften an die Berliner Senatorin für Arbeit am 7. Oktober sowie der Teilnahme an der großen DGB-Demonstration am 8. Oktober, ist nun wieder relative Ruhe eingetreten. Die Meldungen allerdings über weitere Betriebsschließungen und Verlagerungen, jetzt vornehmlich aus dem Westteil der Stadt, reißen nicht ab. Die Ostberliner Industrie ist bereits zu 65 % liquidiert, etwa 160000 Pendler aus dem Umland verdingen sich mittlerweile in den Restbestandteilen der Westberliner Betriebe. Unternehmen mit ungünstiger Kapitalstruktur, insbesondere jene auf Pachtgrundstücken, verlagern. Dazu zählen auch Standorte der großen Konzerne wie AEG-Westinghouse (verlagert nach Henningsdorf), Siemens-Bosch-Hausgerätewerk (verlagert nach Nauen), DeTeWe usw.

In dieser Situation hatten die IG-Metall-Funktionäre gehofft, bei den in Berlin regierenden Parteien CDU und SPD gewisse Unterstützung zu finden. Die ist ausgeblieben. Verblüfft mußten die Gewerkschaftsfunktionäre registrieren, daß Politiker aus der CDU aber auch der SPD die Forderung nach dem Erhalt des Industriestandortes Berlin nicht nur nicht unterstützen, sondern die Verlagerung der Industrie direkt betreiben. In-

dustrie hat in der Stadt nichts zu suchen, Berlin muß Dienstleistungsmetropole werden, hieß es. Industrie solle sich rund um den Berliner Autobahnring ansiedeln. Die Zerstörung der innerstädtischen Strukturen durch Entmietung und Platzierung von Handelszentren, Bankzentralen und Versicherungsfilialen sowie gezielte Entfesselung eines allgemeinen Verkehrschaos durch Pendlerströme zwischen der Stadt und der Peripherie scheint sich als Konzept der Regierungsparteien CDU und SPD herauszuschälen.

Die IG Metall versucht nunmehr zu retten, was zu retten ist. Sie will öffentlichkeitswirksame Konzeptionen für Arbeiten und Wohnen in der Stadt entwickeln und Bündnisse mit anderen gesellschaftlichen Gruppen eingehen. — (brr)

Premnitzer Chemiearbeiter
protestieren in Bonn

Am 29. 10. protestierten 1200 Chemiearbeiter aus Premnitz in Bonn gegen den Abbau ihrer Arbeitsplätze. Rund 1000 Leute aus der Partnerstadt Niederkassel waren ebenfalls angereist, zur Unterstützung. Der Betriebsratsvorsitzende der Märkischen Faser AG Premnitz, Mathias Hohmann, verlangte, daß die Treuhand die Scheinprivatisierung rückgängig macht. IG Chemie Vorsitzender Rappe forderte für diesen „Sonderfall“, daß eine neue Gesellschaft mit Beteiligung der Treuhand und des Landes Brandenburg den Betrieb übernimmt. Kanzleramtsminister Bohl weigerte sich, zu der Kundgebung zu sprechen, und verhandelte nur mit Vertretern der Belegschaft. — (chk)

Zentrale Anlaufstelle in
Hohenschönhausen eröffnet

Die neue „Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber“ in Berlin ist in einem ehemaligen Gebäude des MfS eröffnet worden. Sie liegt in der Ferdinand-Schultze-Straße im Stadtteil Hohenschönhausen weit ab vom Schuß. Viele Experten hatten den Standort kritisiert, weil er weite Wege bedeutet, weil der Schutz der Asylbewerber in einer so abgelegenen Gegend schlecht zu gewährleisten ist. Busse fahren zudem nur morgens und mittags. Der Leiter der Ausländerbehörde, Ulrich von Chamier, meinte zu diesen Problemen, Leuten, die den weiten Weg nach Deutschland gingen, könne man auch zutrauen, die für die Formalitäten notwendige Behörde zu finden. In diesem Geiste wurde ein Angebot zur Unterbringung der Stelle in der Innenstadt (im Pfefferwerk) nicht näher geprüft. Die Bürgerinitiative „Ausländische MitbürgerInnen“ aus Hohenschönhausen, hatte am Eröffnungstag ein Zelt aufgestellt und bot kostenlos Rat, Tee und Brötchen an. Diese Betreuung soll bis auf Weiteres aufrecht erhalten werden. Hohenschönhausen solle jedenfalls kein zweites Rostock werden. — (chk)

Mit Selbstbewußtsein
für sich selbst streiten

Am 1. Oktober dieses Jahres berieten die SeniorenvertreterInnen der Ortsverbände Leipzig der PDS zu Problemen der älteren Mitbürger in der Stadt und wie diesen zu Leibe gerückt werden kann. Zu Leibe gerückt auch durch die SeniorInnen selber. Zur Vorbereitung dieser Beratung hatte die AG SeniorInnen des Stadtverbandes die GenossInnen gebeten, sich in Fragebögen zu den Problemen zu äußern.

Christa Hohnstein, Sprecherin der AG, wertete die Umfrage aus:

„74,1 Prozent der befragten Genossen fühlen sich in ihrem Wohlbefinden durch die politische Situation eingeschränkt. Ein Fakt, der in der Arbeit der PDS stärkere Beachtung finden sollte. Unterstrichen wird das noch durch die Aussage, daß 44,2 Prozent der Befragten in der gegenwärtigen Zeit Identitätsprobleme haben. Aufschlußreich und sehr erfreulich ist die Tatsache, daß nur 8,3 Prozent der Befragten familiäre Probleme haben. Das unterscheidet diese Population von allen anderen.“

Deutlich wird, daß der Schwerpunkt der Arbeit dahingehen muß, die Kompetenz zur eigenen Lebensgestaltung zu erhalten. Gegenwärtig wird die Erhaltung der Kompetenz durch objektive und subjektive Ursachen in der Stadt eingeschränkt. Zum einen sind das materielle Fragen, besonders zu Wohnungen; sind sie altersgerecht, bezahlbar und sicher. Hierzu werden wir in der Diskussion noch Stellung nehmen.

Im direkten Zusammenhang damit steht die nicht ausreichende oder zusammengebrochene Infrastruktur in den Wohngebieten. So fehlt die Einzelhandelskonzeption der Stadt genauso wie ein tragfähiges Konzept der Verkehrsbindung der Wohngebiete. Supermärkte, die Billigangebote präsentieren, sind für einen Teil der Senioren nicht zu erreichen oder unter dem Druck der Fahrpreise nicht erschwinglich. Der kleine Laden an der Ecke macht jedoch mehr und mehr Bekleidungsplätzen Platz.

Die sich entwickelnden Sozialstationen, die durch die freien Wohlfahrtsverbände geführt werden, sind zwar bemüht, ein Betreuungsnetz zu knüpfen — aber wollen und können sind immer zwei Seiten einer Medaille. Da sich die Wohlfahrtsverbände „rechnen müssen“, fehlt in der Betreuung vieler Bürgerinnen und Bürger der soziale Kontakt. Seniorenklubs in verschiedenen Stadtbezirken wurden geschlossen, oft der einzige Treffpunkt der Senioren. Freizeit wird mehr zu einem kostspieligen Faktor. Um dem entgegenzuwirken, kann ab 1. Oktober 1992 in den Sozialämtern der Sozialpaß der Stadt Leipzig beantragt werden.

Durch das über uns gekommene Rentenrecht haben sich die Renten bei weitem nicht im Rahmen der Preise und der Mieten erhöht. Mit der kommenden Erhöhung wird es in vielen Seniorenhaushalten Einschränkungen in der Lebensführung geben. Das versprochene Wohngeld wird nicht die sozialen Spannungen mildern, die auf uns zukommen bzw. schon da sind. Jedoch spielen nicht nur objektive Bedingungen eine Rolle, sondern auch subjektive.

Zu den Senioren gehören heute die Bürgerinnen und Bürger im Alter von 55 bis 100 Jahren. Das sind mindestens zwei Generationen, die das Leben meistern müssen. In Leipzig betrifft das ca. 96000 Seniorinnen und Senioren. Durch immer noch fallende Geburtenraten und weitere Abwanderung besonders junger Bürger ist die Zahl der Senioren immer weiter ansteigend. Sie wird zur Jahrtausendwende ein Viertel der Gesamtbevölkerung umfassen. Das bedeutet sicher nicht nur für die Verantwortlichen in der Stadt, im Land Sachsen und im Bund Umdenken — nein, auch bei uns selbst.

Allerdings waren Alters- und Altersprobleme auch in der DDR kein Thema, das Vorrang hatte. Wenn auch existentielle Bedrohungen fehlten, auf der Sonnenseite des Lebens waren die Älteren in ihrer Mehrheit nicht zu finden. Denken wir an die Wohnungssituation — gerade in den offenbeheizten, stark sanierungsbedürftigen Altbauten finden sich nicht wenige der 75jährigen — oder an die

schlechte bauliche Substanz einiger Altersheime, ihre unzureichende Ausstattung mit Medizintechnik und wichtigen Hilfs- und Arzneimitteln, so kann keine DDR-Nostalgie aufkommen.

So ist es zwingend notwendig, sich selbst der Situation bewußt zu werden, Einsichten in die neuen Bedingungen zu bekommen und Vorstellungen bis zu Alternativen zu entwickeln, damit die Senioren ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter führen können.

Wir sollten auch in der PDS immer mehr verdeutlichen, daß das Alter keinesfalls mit Morbidität, Hilflosigkeit und Abbau der physischen und psychischen Kräfte gleichzusetzen ist. Das eigene Selbstbewußtsein kann einem schon mal — allerdings nur zeitweise — verlorengehen, wenn die Medien ständig in ihrer Berichterstattung unser eigenes Leben als verlorene Jahre, zu nichts nütze hinstellen. Für uns ist es schmerzhaft zu hören, daß das Leben keinen Wert gehabt haben soll. Und die Schlußfolgerung, wer in seinem Leben nichts vollbracht hat, möchte heute schon ruhig die Bröseln des Herrn Kohl in aller Demut entgegennehmen.

Das Selbstbewußtsein ist es aber, daß uns in die Lage versetzt, unsere eigenen Geschicke in die Hand zu nehmen und für uns selbst auch selbst zu bestimmen. Dazu tragen auch die Vereine der Senioren der Stadt bei. In ihnen sind auch viele Genossen integriert und tragen das linke Gedankengut hinein.

Auch die AG Senioren beim Stadtverband der PDS trägt durch ihre Arbeit dazu bei, die Genossen anzuregen, in

fragen; und die Frauen sind zumeist auch noch alleinstehend. Wer antwortet den Genossinnen und Genossen?

Aus den Fragebögen geht auch hervor, daß viele Genossinnen und Genossen die Probleme der Zeit nicht mehr verstehen und sich so die Ängste verstärken. Kompliziert wird die Situation dadurch, daß auch in der PDS zum Teil zwei Generationen Senioren vereint sind. Beide haben Anspruch auf solide Erklärung der Gegenwart und Zukunft; ja, auch der Vergangenheit.

Wie schon weiter oben erwähnt, geht es auch um eine Aufarbeitung der Geschichte der DDR und damit unserer eigenen. Diese Sichten sind sicher auch altersspezifisch unterschiedlich und auch persönlich gefärbt. Jedoch haben wir unsere Erfahrungen, die niemand außer uns hat und die mit uns verlorengehen. Sie zu verdichten, den Jüngeren zugänglich zu machen, ist eine unserer Aufgaben. So war es für uns eine gute Erfahrung, auf der Kundgebung mit Gregor Gysi von Marco Götze aus der Basisgruppe „Offen-sive in der PDS“ zu hören: „Die jungen GenossInnen der Basisgruppe sind davon überzeugt, daß gerade durch die SeniorInnen in der PDS viele gute Erfahrungen für die weitere Arbeit zu nutzen sind. Gerade sie gehen durch ihre aktive Mitarbeit der Jugend voran.“

Finden wir den Weg zueinander und machen eine Beratung mit unseren Enkeln.

Was nun ist in der Stadt zu tun, um unsere Vorstellungen für eine senioren-



den Ortsverbänden, im Wohngebiet stärker die Belange der Senioren einzufordern. Nicht zu ersetzen ist jedoch die eigene Tätigkeit, das eigene Engagement zur Durchsetzung der eigenen Forderungen. Beispiele dafür hieße Seiten füllen.

Das Leben muß in jeder Phase Freude machen. Oft leichter gesagt als getan — aber wissen nicht gerade wir genau, was in unserem Leben schon leicht war?

Die Zukunftsaussichten sind in der Tat nicht bei jedem von uns rosig, drücken uns doch Fragen wie:

- Werde ich meine Wohnung ab Januar noch bezahlen können?
- Werde ich in meinem Wohngebiet eine Wohnung bekommen können, die meinen Voraussetzungen besser entspricht als meine jetzige?
- Werden meine Kinder und meine Enkelkinder ihre Arbeit behalten oder möglichst nach der Umschulung wieder eine finden?
- Werden mich meine Kinder bei zunehmender Belastung unterstützen oder bleibt der Weg zum Sozialamt?
- Werden die angekündigten 6,1 Prozent Rentenerhöhung eine wirkliche Erhöhung oder ist es nur eine Angleichung an die steigenden Preise?
- Was wird, wenn ich den Haushalt nicht mehr schaffe, den Einkauf und die vielen Dinge des Alltags?
- Habe ich einen Anspruch auf einen Platz in einem Altersheim?
- Ich habe Angst! Wie sicher ist meine Wohnung; wie sicher bin ich am Abend auf der Straße?

Große Ängste gibt es in bezug auf Rechtsextremismus und die Zunahme von Gewalt.

Seniorenfragen sind zumeist Frauen-

freundliche Stadt zu verwirklichen, und was ist in der PDS zu tun, um im solidarischen Miteinander die Aufgaben zu lösen?

In den Kommunalpolitischen Leitlinien und in den seniorenpolitischen Positionen der PDS sind unsere Vorstellungen eingearbeitet. Wir haben diese Schwerpunkte noch mal ausgelegt und stellen sie zur Diskussion. In den Ortsverbänden ist es nötig, die spezifischen Bereiche zu erfassen und nötige Aufgaben zu setzen und auch mit Leben zu erfüllen. Gleichsam sollten wir überlegen, welche Aufgaben innerhalb der PDS zu beackern sind. Dabei geht es nicht nur darum, Kaffeetafeln zu organisieren, Vorträge zu hören, sondern es geht um politische Aufgaben, die sowohl den Stadtverband, die Ortsverbände als auch den einzelnen Genossen betreffen.

Einige Anregungen dazu:

- Bringen wir uns aktiv ein in die Bürgerinitiativen;
- In den Basisgruppen müßte eine Hilfe für die Hochbetagten organisiert werden, die genauso wichtig ist wie das gesellige Zusammenleben in den Gruppen;
- Unterstützung der GenossInnen in den Altersheimen;
- Einrichtung eines Beratungsdienstes für Senioren, besonders zu Renten, Mieten und Wohngeld, also zu sozialen Belangen;
- Zusammenarbeit mit Seniorenverbänden anderer politischer Richtungen. Lassen wir diese Zielstellungen nicht nur Aufgabe einzelner Genossen sein. Verlassen wir uns nicht auf Fraktionen und Vorstand in der Stadt, dem Land Sachsen und im Bund. Wir alle sind gefordert.“



Berlin. Gegen den einmütigen Willen der 80 Bewohner des städtischen Altenheimes in der Sterkrader Straße beschloß die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Reinickendorf die Kündigung des Mietvertrages wegen sanitärer und baulicher Mängel. Diese allerdings waren schon seit Jahren bekannt. Eine Sanierung kostete 18 Millionen Mark und sei so teuer wie ein Neubau, ist das Hauptargument der Bezirkspolitiker. Bei den derzeitigen Grundstückspreisen darf dies ernsthaft bezweifelt werden. Vermutlich läßt sich mit anderen Mietern ein weitaus besseres Geschäft machen. Die „Grauen Panther“, die die Heimbewohner u. a. mit einer Unterschriftenaktion unterstützen, beurteilen die Entscheidung der BVV und die damit verbundene Umsetzung im Laufe des nächsten Jahres als „Todesurteil“ für viele der alten Menschen. — (har)

9. November: Für die Würde und Rechte ausländischer Menschen

Der Allparteienaufruf des Berliner Abgeordnetenhauses zur Demonstration am 8. November gegen die Gewalt gegen Ausländer ist nicht zustande gekommen. Der Fraktionsführer der CDU, Landowsky, wollte nicht mit der PDS gemeinsam unter einem Dokument stehen. Nun ruft die Parlamentspräsidentin, Frau Laurien (CDU), stellvertretend auf. Das hat die Gruppe um Landowsky gezwungen, ihre eigentlichen Motive darzulegen. Nunmehr fordert die Berliner CDU auf, für die Abschaffung des Asylrechtes auf der Demonstration einzutreten. Der Block um Landowsky kann es einfach nicht ertragen, für den Satz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ auf die Straße zu gehen, ohne gleichzeitig zu schreien: „Die Asylanten müssen weg“.

Offensichtlich führt die Veranstaltung, auf der Weizsäcker sprechen wird und eine Quedlinburgerin, die sich an der Verteidigung des angegriffenen Flüchtlingsheims dort beteiligt hat, zu einem Riß in der CDU/CSU. Die Fundamentalisten von der CSU-Führungsriege, Waigel, Streibl, Stoiber haben sich dahin erklärt, daß nur Aktionen zur Änderung, sprich Abschaffung des Asylartikels des Grundgesetzes Sinn machen. Streibl hat die Einladung Diepgens an alle Länderministerpräsidenten zur Teilnahme abgelehnt.

Die christlich-sozialen Menschenverächter und ihre Spezies innerhalb der CDU wollen die faschistische Mordkampagne unter allen Umständen für die Schaffung einer anderen Republik ausnutzen. Dabei ist ihnen im Wege, wenn es in dem Aufruf heißt: „Ausschreitungen gegen Asylbewerberinnen und Asylbewerber, Anschläge auf jüdische Gedenkstätten und Mordanschläge auf ausländische Eltern und Kinder sind heute für uns Anlaß — über alle Parteigrenzen hinweg und trotz aller Meinungsverschiedenheiten — gegen Haß, Terror und Gewalt anzugehen ... Wer zu Übergriffen gegen Ausländerinnen und Ausländer schweigt oder sogar Beifall spendet, macht sich mitschuldig und schürt den Fremdenhaß ... Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, dem Haß und der Gewalt entgegenzutreten.“

Im November jährt sich zum 54. Mal die Nacht, in der mit brennenden Synagogen begann, was mit Vernichtungslagern und einem Weltkrieg endete. Wir wollen schon den Anfängen wehren.“

Hat diese Demonstration die CDU durcheinandergebracht, so gilt ähnliches für die Linke. Die Friedenskoordination, die Kreuzberger AL und die Opposition in der PDS wollen nicht mit Kohl gemeinsam marschieren und ihm zum Alibi dienen. Sie rufen für den 4. November auf zu einer Demonstration zur Verteidigung des Asylrechtes. PDS, AL, SPD-Linke, ÖTV sind dagegen der Auffassung, daß die Menschen, die am 8. November kommen, zu einer Manifestation für die Flüchtlingsrechte und gegen den Rassenhaß zusammenzuschließen sind. Sie wollen in Blöcken mit entsprechenden Transparenten laufen. Die Autonomen nehmen ebenfalls an der Veranstaltung am 8. November teil, möglicherweise in einem antifaschistischen Block innerhalb des Zuges, der im

Ostteil an der Gethsemane-Kirche losgeht.

Nach über einem Jahr faschistischen Terrors, Programaktionen, Morden, denen die Linke und die demokratischen Kräfte hilflos zusehen mußten, eröffnet sich die Möglichkeit zu einer Kooperation politisch sehr unterschiedlicher Kräfte mit dem Ziel, der rechten Gewaltwelle Einhalt zu tun. Ob diese Möglichkeit genutzt werden kann, ist fraglich. Viele schlechte Erfahrungen mit Weizsäcker haben bei den Linken und Autonomen tiefe Spuren hinterlassen.

Viel wird darauf ankommen, wie weit Weizsäcker seine Rede an den Erfordernissen der Abwehr des massiven Angriffes auf die bürgerlich-demokratische Verfassung der Bundesrepublik orientiert und andererseits wie weit er geht, um die Risse in seiner Partei zu kitten. Es wäre zu hoffen, daß er nicht ausgerechnet Tiraden gegen linke Gewalttäter von sich gibt, wo jedermann klar ist nach den Ereignissen, daß die Gewaltfeti-



Berlin. Solidarität mit Ausländern, gegen eine Änderung von Artikel 16 GG. Bild: 3000 Schüler demonstrierten am 29. 10. — (har)

Berliner PDS im Dilemma — zum Landesparteitag am 24. 10.

Die Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen im Mai 1992 waren für die PDS im Ostteil der Stadt ein politischer Erfolg. Die Partei befand sich auf dem aufsteigenden Ast. Mit Optimismus ging sie an die Vorbereitung ihres Landesparteitages. Er sollte Angebote der PDS für die zukünftige Entwicklung Berlins beraten und zu lebenswichtigen Entscheidungen Stellung nehmen. Aber dazu sollte es nicht kommen.

Als André Brie von Beamten des Staates aufgesucht wurde, die nach seinen angeblichen KGB-Verbindungen forschten, wurde ihm beiläufig gesagt, daß man über seine Tätigkeit als IM der Staatssicherheit der DDR Bescheid wisse.

Die weiteren Ereignisse waren vorprogrammiert: Brie bekennt öffentlich seine langjährige Tätigkeit als IM (Inoffizieller Mitarbeiter) für das MfS. Die Berliner PDS, die im Jahre 1991 einen Beschluß zur Offenbarung der Verbindungen zum MfS für ihre Mitglieder, die in leitenden Funktionen arbeiten, angenommen hatte, wirft Brie Unehrlichkeit und Feigheit vor. Der Landesparteitag, am 24. 10. eröffnet, diskutiert über Brie und den MfS-Beschluß. Brie tritt im Verlaufe der Diskussion vom Amt des Vorsitzenden zurück und legt Stunden später auch seine Funktion als stellvertretender Vorsitzender der PDS nieder.

Der Berliner Parteitag hatte wieder einmal sein Thema, er fand vorerst keine Zeit zur Beratung der Sachfragen. Die Tagesordnung, vorher gut durchdacht, wurde erneut von außen gemacht und den Delegierten von anderen diktiert.

Hat die Vergangenheit die Berliner PDS wieder eingeholt?

Die Diskussionen auf dem Landesparteitag verdeutlichen, daß die Mehrheit

der Delegierten Brie sein Schweigen verübelt. Viele brachten zum Ausdruck, daß sie mit einer Vergangenheit als IM der Staatssicherheit leben können. Sie wollen nur „sauber“, d.h. ehrlich gegen sich und die Partei sein. Einfache Mitglieder der Partei scheinen mehr zu verstehen, als die Führung der PDS, die mit dem MfS-Beschluß eine Kadervorsortierung vornahm, die stark an alte Zeiten erinnert.

Eingeholt hat die Berliner PDS ihre Inkonsistenz: Das Stasi-Thema wurde in der Vergangenheit losgelöst von allen Fragen, von außen aufgezwungen, behandelt. MfS allein ist nicht die 40-jährige Geschichte der DDR. Zur DDR gehört auch ihre Sicherheitsdoktrin, die sie im Rahmen des Warschauer Vertrages realisierte, die auch von der NVA, der Deutschen Volkspolizei usw. getragen wurde. DDR war auch die Partei und ihr Apparat. Wer aus Angst vor Stasi-Anwürfen kleinmütig wirkt, braucht sich über die Folgen nicht zu wundern. Im übrigen gibt es innerhalb der PDS genügend Kräfte, die die Geschichte der letzten 40 Jahre so und nicht anders verstehen. Salonfähig wird die Partei mit dieser Vergangenheit bei den Regierenden ohnehin nicht. Wer das glaubt, verkennt die Verhältnisse.

Jedenfalls begreift das „Parteifußvolk“ offensichtlich mehr als die PDS-Führung. Es will keine Aussonderung einzelner, es will eine Gesamtaufarbeitung der Geschichte. Die Basis der Partei steht zu einer linken Alternative und will sich die PDS nicht kaputt machen lassen.

Das heißt aber auch, daß die PDS sich anders als bisher der offiziellen Version vom Unrechtsstaat DDR und von der Verbrecherorganisation MfS entgegen-

stellt. Das MfS ist doch nur immer wieder der Vorwand, um gegen alles, was DDR heißt, vorgehen zu können, ihre Geschichte vollständig zunichtezumachen.

Die PDS kann nur bestehen, wenn sie — gemeinsam mit anderen Kräften — die Geschichte insgesamt akzeptiert und nicht versucht, sich um ihre Verantwortung zu drücken. Politik betreiben heißt dann aber auch, die bisherigen Gegenspieler in ihre Verantwortung zu bringen und deren Anteil an der Geschichte in geeigneter Weise „zu würdigen“. DDR und BRD bis zum Jahre 1989 bedingten einander! Eine andere Betrachtungsweise ist schief und von konkreten politischen Interessen geprägt. Die Linken in Deutschland brauchen eine starke Bewegung und werden vor allem durch Ehrlichkeit und Wahrheit überzeugen können.

In Mecklenburg-Vorpommern fand die PDS einen besseren Weg als in Berlin: Öffentlichen Repräsentanten wurde freigestellt, wie sie mit ihrer Vergangenheit umgehen. Einige bekannte PDS-Mitglieder, die keinen Hehl aus ihrer ehemaligen MfS-Verbindung gemacht hatten, wurden als Abgeordnete gewählt und sind als solche tätig.

Anderswo wird deshalb zu den Berliner Ereignissen von einer Defensivposition der PDS gesprochen und gesagt, daß die PDS keinen Gegner braucht, da sie selbst ihr eigener ist. Die PDS wird mit diesen Ereignissen wieder vor eine Zerreißprobe gestellt. An der Basis der Partei scheint Gelassenheit zu dominieren: Es wird zur Tagesordnung übergegangen und zur Sache diskutiert. Es bleibt abzuwarten, ob das der beschlossene Sonderparteitag auch schafft. — (A.B.)

Kommentiert

Stolpe und die Politik

Das Rätsel ist gelöst. Wer noch nicht wußte, was die Nation seit Wochen in Atem hält, hat es jetzt erfahren. Es ist, wie ein Journalist dieser Tage in einer überregionalen Zeitung mitzuteilen wußte: „die leidige Stolpe-Medaille“. Das jedenfalls suchte er eingangs seinen Lesern zu suggerieren, um dann — auf diese Weise voll legitimiert — einen superlangen Artikel über den Medaillen-Hick-Hack zu servieren.

Die Eingangsbehauptung war nötig, um den potentiellen Leser schön bei der Stange zu halten. Man möchte doch schließlich zur Nation gehören, also muß man sich notgedrungen für die Stolpe-Medaille interessieren.

Zumindest im Lande Brandenburg ist es nämlich so, daß die meisten Bürger die Nase voll haben von dem ganzen Rummel um die Verdienstmedaille der DDR, die 1978 dem damaligen Konsistorialpräsidenten und jetzigen brandenburgischen Regierungschef Manfred Stolpe verliehen wurde. Das stellte das Infas-Institut bei einer Umfrage fest, die der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg (ORB) in Auftrag gab. Allen Stasi-Vorwürfen zum Trotz stehen die Brandenburger mehrheitlich zu ihrem Landesvater. 82 Prozent der Befragten treten dafür ein, daß die Diskussion um die DDR-Vergangenheit des heutigen Ministerpräsidenten beendet wird. Ebensoviele würden ihn wieder in sein Amt wählen.

Bei den Landtagswahlen vor drei Jahren — also vor der Beschuldigung hinsichtlich einer Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit — hatten die Sozialdemokraten mit Stolpe als Spitzenkandidaten nur etwa halb so viel Stimmen erhalten!

Eines dürfte klar sein: Stolpe, der einzige nicht der Kanzler-Partei angehörende ostdeutsche Regierungschef

soll zu Fall gebracht werden. Das Kesseltreiben gegen ihn soll ihn vor seinen Wählern in Mißkredit bringen. Daß man dazu aber nicht seine gegenwärtige Politik kritisiert, dürfte gute Gründe haben.

Warum, z.B., beschäftigen sich die Kritiker Stolpes nicht mit seiner Politik, stochern dafür aber in der Vergangenheit? Fehlen ihnen gegen diese Politik Argumente?

Stolpes politische Gegner haben offenbar selbst schlechte Karten. Oppositionsführer Ulf Fink von der CDU beispielsweise, als Westimport über jeden Stasi-Verdacht erhaben, steht gegenwärtig nur mit 4 Prozent in der Wählergunst wie die Infas-Umfrage belegt. Die brandenburgische CDU unter de Maizière konnte sich vor zwei Jahren noch eines ungleich größeren Vertrauens in der Bevölkerung erfreuen. Immerhin wird Fink selbst aus den eigenen Reihen Unfähigkeit bescheinigt. Zum anderen: Wem nützt das?

Oppositionspolitiker mit schlechten Karten wollen sich auf Kosten Stolpes profilieren.

Der wohl schärfste Stasi-Schreier in der CDU, wenn es um Stolpe geht, ist sein Kirchenkollege Eppelmann. Stolpe hat immerhin dank seiner Kontakte zu entsprechenden DDR-Behörden menschliche Erleichterungen erwirkt für Personen, deren Namen Eppelmann ihm gab. Eppelmann selbst brachte Derartiges nicht zuwege. So neidet der Ex-Minister heute noch Stolpe den Erfolg.

Und bei der SPD gebührt wahrscheinlich die Palme für den größten Stasi-Schreier dem ehemaligen Vorsitzenden der Volkskammerfraktion der SPD, Richard Schröder. Was bezwecken seine giftigen Attacken gegen Stolpe? Ob er nicht selbst als Ministerpräsident in Potsdam sitzen möchte?

Übrigens geben viele Brandenburger die Schuld an der ganzen Affäre um Stolpe und um die Stasi nicht Manfred Stolpe, sondern den Medien. Zumindest manchen. Siehe oben. — (micros)

schisten, denen die Vernichtung und Beschädigung von Menschen Politikinhalt ist, rechts stehen. In offenen Widerspruch zu den Teilnehmern der Kundgebung würde er sich setzen, wenn er die Abschaffung des Asylrechtes als Mittel zum Schutz der Würde des Menschen anpreiste.

Natürlich werden mit Kohl und anderen auch Heuchler da sein, die sich ein menschliches Aussehen bei ihrer Asylabschaffungskampagne geben wollen. Es könnte aber sein, daß die Demonstranten nicht hinter ihnen herlaufen, sondern sie vor sich schieben, dahin, wo sie gar nicht wollen. — (chk)

Berliner Senat plant Regelanfrage

Die Hochschullehrer am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (Fachbereich Politische Wissenschaften) lassen sich freiwillig durch die Gauck-Behörde prüfen. Anlaß für diesen Beschluß, dem sich nur drei Hochschullehrer zu widersetzen wagten, ist die Verhaftung des Dekans, Professor Hanns-Dieter Jacobsen, dem Spionage für die DDR seit 1968 vorgeworfen wird. Konkret soll Jacobsen „Studien aus wissenschaftlichen Einrichtungen mit den Schwerpunkten Ost-West-Handel und Beziehungen zu den USA“ gegen Entgelt geliefert haben. Jacobsen selbst hat sich — zumindest den vorliegenden Presseberichten entnehmend — noch nicht zu den Vorwürfen geäußert. Ist es schon fragwürdig genug, die Weiterleitung wissenschaftlicher Untersuchungen als Spionage zu bezeichnen (z.B. gehört es zu den Forderungen des DGB und der ÖTV, daß wissenschaftliche Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen), so ist die Reaktion der Hochschullehrer und des FU-Präsidenten Gerlach weit überzogen und rechtlich problematisch. Gerlach drohte nämlich vor dem Akademischen Senat, das gesamte Personal der betroffenen Fachbereiche oder Zentralinstitute bei der Gauck-Behörde überprüfen zu lassen, sobald ein weiterer Verdacht aufkomme.

Nichts ist derzeit leichter, als einen Verdacht aufkommen zu lassen!

Diese Stasi-Hysterie arbeitet hervorragend dem Innensenator in die Hände. Dieser plant nämlich seit geraumer Zeit, auch in den Westbehörden großzügige Anfragen bei der Gauck-Behörde zu starten. Ihm reichen die Personalsonderfragebögen aus dem Jahr 1990 nicht

mehr aus, in denen die Beschäftigten aus Ostberlin nach Partei- oder Gewerkschaftsmitgliedschaft bzw. nach Mitarbeit beim MfS befragt wurden bzw. sich selbst wegen Menschenrechtsverletzung beschuldigen sollten.

Der Senator plant inzwischen Regelanfragen für sämtliche Senats- und Bezirksamtsmitglieder sowie Staatssekretäre; für im Ostteil wohnende Richter, Staatsanwälte oder Lehrer, soweit sie dem höheren Dienst angehören oder vergleichbare Angestelltenpositionen innehaben; Beamte im gehobenen Dienst und entsprechende Angestellte, wenn sie im sicherheitsempfindlichen Bereich, in der Personalverwaltung oder in Betreuungsbereichen, wie z.B. der Sozialarbeit, tätig sind; für alle hauptberuflich in Wissenschaft und Kunst tätigen Hochschulbediensteten einschließlich Professoren und Privatdozenten. Für aus Westberlin kommende Beschäftigte werden Regelanfragen durchgeführt, wenn sie in sicherheitsempfindlichen Bereichen, als Dienststellenleiter oder Personalabteilungsleiter/-referenten tätig sind.

Ausdrücklich nur wegen der begrenzten Kapazität der Gauck-Behörde werden Beschäftigte im mittleren Dienst nicht automatisch überprüft, sondern erst bei Verdachtsmomenten.

Braucht man in Zukunft bei Einstellungen im öffentlichen Dienst neben dem polizeilichen Führungszeugnis auch noch eine Gauck-Unbedenklichkeitsbescheinigung? Ganz in den Hintergrund gerät, daß es inzwischen mehrere Gerichtsverfahren gibt, in denen die Aussagen der Gauck-Behörde in Zweifel gezogen bzw. relativiert werden.

Der Tagesspiegel v. 14., 23., 28. und 30. 10. 92, Berliner Zeitung v. 24./25. 10. 92 — (har)

In Vorbereitung auf den Europäischen Kongreß gegen Rassismus der PDS vom 13. bis 15. 11. in Berlin sprach der Informationsdienst PDS Sachsens mit Karin Dörre, Mitglied des PDS-Parteivorstandes. Auszüge daraus veröffentlichen wir im folgenden.

Das kommunalpolitische forum bringt in loser Folge Standpunkte, Informationen, Analysen zu Fragen antirassistischer Politik und zur Asylthematik. Ihm sind die Beiträge „Warum antirassistische Politik?“ sowie „Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen“, ein Beitrag, der auf der Grundlage entsprechender Konzepte des Berliner Flüchtlingsrates und des Arbeitskreises gegen Fremdenfeindlichkeit entstand, entnommen.

Interview mit Karin Dörre

Was veranlaßt die PDS, einen Kongreß dieser Dimension zu veranstalten, zumal in einem Politikbereich, der für sie noch relativ neu ist?

K. Dörre: Die Dimensionen von Flucht, Migration und Rassismus verlangen nach europaweitem Erfahrungsaustausch zwischen an antirassistischer Politik interessierten Menschen und Organisationen. Gerade in der Bundesrepublik, die, was die politische und juristische Gleichstellung der ca. 5 Millionen eingewanderten Menschen betrifft, zu den Schlusslichtern in Europa zählt, ist das Studium z.B. von Ergebnissen der britischen oder holländischen Antidiskriminierungspolitik und -gesetzgebung sehr wichtig.

Wir müssen davon ausgehen, daß im Bereich antirassistischer Arbeit, der Immigrant- und Flüchtlingspolitik europaweit zehntausende Organisationen, Bürgerinitiativen, Arbeitskreise in Gewerkschaften, Kirchen tätig sind. Im Hinblick auf die kommende Politische Union ist es für uns schon heute notwendig, nach Partnern und Kontakten zu suchen. Das Projekt des Kongresses selbst ist übrigens Bestandteil des Parteitagsbeschlusses zur Flüchtlingspolitik „Für offene Grenzen, für ein Recht auf Zuflucht!“

Du sprichst von neuen Dimensionen des Rassismus, was ist darunter zu verstehen?

K. Dörre: Es gibt keinen Mangel an Rassismus-Definition; ich möchte keine neue hinzufügen. Rassismus ist ein Selektionsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft. Auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit werden Menschen Grundrechte verwehrt, werden sie politisch, sozial und kulturell diskriminiert. Seit Jahrzehnten gibt es in der BRD eine Ausländergesetzgebung. 1990 wurde sie im Windschatten des Anschlusses der DDR noch verschärft. Die seit nunmehr drei Generationen hier lebenden und arbeitenden ImmigrantInnen, ohne die das Land nicht lebensfähig wäre, werden zu Bürgern zweiter und dritter Klasse gemacht.

Insgesamt gibt es ca. 300 verschiedene Verordnungen und Sonderbestimmungen, in denen ImmigrantInnen und Flüchtlinge diskriminiert werden, so z.B. im Arbeitsförderungsgesetz. Neue Dimensionen ergeben sich durch die Abschottungspolitik der EG gegenüber Osteuropa und der Dritten Welt. Das Rezept Abschottung nach außen, Diskriminierung nach innen, soll eine willkürlich verfügbare Gruppe von Menschen minderen Rechts innerhalb der kapitalistischen Metropolen aufrechterhalten oder reproduzieren.

Könntest Du etwas zur inhaltlichen Struktur des Kongresses sagen?

K. Dörre: Der Kongreß bietet ein sehr gedrängtes Programm aus Erfahrungsaustausch, Informations- und Vernetzungsbörse und Analyse. Es gibt acht Arbeitsgruppen zu den Themen:
— Zur Entwicklung von Flucht und Migration in und nach Europa im 20. Jahrhundert;
— Diskriminierungstatbestände und Antidiskriminierungspolitik im europäischen Vergleich;
— Ursachen von Rassismus und Nationalismus im Spiegel der europäischen Rassismuskforschung;
— Rechtsradikalismus und Nationalismus;
— Was hat moderner Antifaschismus dem europäischen Rechtsruck entgegenzusetzen?
— Rassismus in Medien und Diskursen;
— Perspektiven einer antirassistischen Politik in Europa;
— Rassismus im Realsozialismus;
— Rassismus und Sexismus.

Dokumente zur Antirassismus-Diskussion: Berliner Antirassismus-Kongreß der PDS

Warum antirassistische Politik?

Mit den Immigrant- und flüchtlingspolitischen Beschlüssen der PDS, angefangen von den Leitanträgen, die auf verschiedenen Landesparteitagen, so z.B. in Berlin und Sachsen-Anhalt, angenommen wurden, bis zum daran anknüpfenden Beschluß des Bundesparteitages „Für ein Recht auf Zuflucht, für offene Grenzen“, verfügt die PDS über einen notwendigen Orientierungsrahmen für eine antirassistische Politik in den kommenden Jahren.

Flucht und Migration werden eine auf unabsehbare Zeit wesentliche gesellschaftspolitische Konfliktlinie innerhalb der Bundesrepublik und der kapitalistischen Metropole Europas bilden. Die Flucht- und Migrationsproblematik ist unter mehreren Aspekten zu fassen: Erstens wurde und wird über die Migration ein enormer Humankapitaltransfer organisiert, allein die Bundesrepublik zog nach Berechnungen türkischer Wissenschaftler bis 1973 einen Nutzen von ca. 268 Mrd. DM aus der Einwanderung. Bis zum Beginn des Anwerbestopps 1973 kamen insgesamt ca. 14 Millionen Menschen aus den Anwerbeländern.

Zweitens ist die Migration auch Ausdruck gewachsener Möglichkeiten moderner Kommunikation; Menschen nutzen die Chance, aus traditionellen Rollen auszubringen.

Drittens spiegelt sich insbesondere in den internationalen Fluchtbewegungen eine weltweite Abstimmung mit den Füßen über die Weltwirtschaftsordnung wider. Flucht und Migration stehen auch im Kontext eines existenziellen Widerstandsrechts gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Ausplünderung und Zerstörung ganzer Regionen durch die kapitalistischen Metropolen.

Viertens sind durch die Migration in Deutschland neue ethnische Minderheiten entstanden, denen wichtige Grundrechte wie z.B. Wahlrecht vorenthalten werden und die rassistischen Sondergesetzen wie dem Ausländergesetz und dem Asylverfahrensgesetz unterworfen sind.

Die Politik der Ausgrenzung wird durch die abstammungsrechtliche Fixierung von Staatsbürgerrechten im Grundgesetz verfassungsmäßig gestützt. Artikel 116 bindet volle Staatsbürgerrechte an deutsche Abstammung, er stellt zugleich eine wesentliche verfassungsmäßige Blockade für die volle politische Gleichstellung der eingewanderten Menschen dar.

Es gibt in Deutschland weniger ein „Ausländerproblem“ als eine institutionell und politische Spaltung der Bevölkerung in deutsche Vollbürger und „ausländische Mitbürger“ minderen Rechts.

Diese ungleiche Behandlung fördert und reproduziert tradierte rassistische Verhaltensweisen in der Bevölkerung. Nach Angaben der Sprecherin von SOS-Rassismus Berlin, Heidi Bischof-Pflanz, gibt es insgesamt 300 verschiedene gesetzliche Regelungen, in denen Menschen nichtdeutscher Herkunft diskriminiert werden.

Gravierende Verschärfungen haben sich neben dem allgemeinen „Ausländergesetz“ durch die seit Ende der 70er Jahre betriebene Politik der Asylrechtsrestriktionen ergeben.

Die zielgerichtete Reduzierung der Anerkennungsraten im Flüchtlingsbereich von ca. 50 % in den 70er auf 4 % bis 5 % in den 80er Jahren zeigt eine dramatische Verschlechterung der Lage der Betroffenen an. 1982 wurde im ersten Asylverfahrensgesetz das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit der Flüchtlinge eingeschränkt. 270.000 de-facto-Flüchtlinge, die aufgrund der restriktiven Regelungen nicht als Asylberechtigte anerkannt wurden und lediglich in Deutschland „geduldet“ werden, sind das Ergebnis dieser menschenverachtenden Politik. Ihre Situation wird zugleich zu Argumentationen in Punkto Asylmißbrauch ausgeschlachtet, obwohl der Problemstau in diesem Bereich durch die Politik der Bundesregierung verursacht wurde.

In den 80er Jahren haben verschiedene Menschenrechts-, Wohlfahrts-, Immigrant- und Flüchtlingsorganisationen,

gewerkschaftliche und kirchliche Gruppen, linke und grüne Politiker Ansätze für eine Immigrant- und Flüchtlingspolitik entwickelt. Vollständige politische Gleichstellung und Wahlrecht für ImmigrantInnen, kein „Ausländergesetz“, Antidiskriminierungsgesetzgebung, die Ausgestaltung der Ämter der Ausländerbeauftragten zu Antirassismussressorts, die Anpassung der Asylgesetzgebung an neue Fluchtursachen, wie Umweltzerstörung, Gruppenverfolgung, geschlechtsspezifische Verfolgung und Massenverelendung; flankiert durch eine Vereinfachung der Einbürgerung, einschließlich der doppelten Staatsbürgerschaft bilden die Grundelemente dieses Ansatzes, auf den sich auch die PDS bezieht.

Die Forderung nach offenen Grenzen für Verfolgte bezieht sich dabei auf den Umstand, daß der Hauptteil der Flüchtlinge, die Deutschland erreichen, inzwischen durch Nichtanerkennung der Fluchtursachen praktisch via Asylverfahrensgesetz kriminalisiert wird.

Welche Orientierungspunkte beinhaltet eine antirassistische Politik der PDS auf Landes- und Kommunalebene?

Da ist zunächst die Verantwortung für das Bleiberecht der Vertragsarbeiter aus den ehemaligen Regierungsabkommen der DDR. Hier gibt es schon einige Initiativen der PDS auf Landesebene.

Die PDS sollte im Hinblick auf die vorhandenen Ausländerbeauftragten auf Landes- und Kommunalebene eine Erweiterung ihrer Kompetenzen und ihre Umgestaltung zu Antirassismussressorts mit Weisungsbefugnissen anstreben.

Die Arbeit der Bundestagsgruppe und der Landtagsfraktionen an Antirassismus- bzw. Antidiskriminierungsgesetzen sollte künftig mehr in der Öffentlichkeit thematisiert werden. Erfahrungen der britischen, niederländischen und amerikanischen Antidiskriminierungsgesetzgebung können in diesem Zusammenhang den enormen Rückstand, den die BRD in diesem Bereich aufzuweisen hat, verdeutlichen.

Die politische Unterstützung und Flankierung des Aufbaus von im Immigrant- und Flüchtlingsbereich arbeitenden Vereinen und Initiativen sollte nicht aus den Augen verloren werden. Im Flüchtlingsbereich sollten wir gemeinsam mit Experten aus Menschenrechtsorganisationen und Betroffenen Abschiebungen in Bürgerkriegs- und Krisenregionen verhindern bzw. Abschiebestopps parlamentarisch thematisieren.

Im kommunalen Bereich müssen wir dort ansetzen, wo die Bundesregierung ihre Verantwortung nicht wahrnimmt: bei der Aufklärung der Bevölkerung über Fluchthintergründe. Dezentralisierung statt Sammellager, Bildung von flüchtlingspolitischen runden Tischen statt Zwangsverteilung.

Im innenpolitischen Bereich wären parlamentarische Initiativen notwendig, in denen die örtlichen Polizeibehörden zu regelmäßigen Berichten über fremdenfeindliche Straftaten verpflichtet werden.

Die entsprechende Initiative der PDS auf Bundesebene wurde durch die Regierungsmehrheit, die kein Interesse daran hat, das ganze Ausmaß rassistischer Gewalt zuzugeben, abgeblockt.

Falls es gelänge, diese Berichte dennoch auf Landes- und Kommunalebene durchzusetzen, könnte einprägsam bewiesen werden, daß sich die Bundesregierung auf Abschottung statt Rassismus-Prävention konzentriert.

Im bildungspolitischen Bereich sollten wir uns darum bemühen, daß an geeigneten Universitäten Lehrstühle für Migrations- und Rassismuskforschung eingerichtet werden. Interkulturelle Bildungs- und Erziehungskonzepte sollten künftig in unsere schulpolitischen Initiativen einfließen.

Antirassistische Politik hat also nicht den hilfsbedürftigen „Ausländer“ zum Objekt, sondern zielt auf diskriminierende Strukturen und Verhaltensweisen. Sie entwirft nicht in erster Linie ideale Zustände, sondern orientiert auf Konfliktfähigkeit.

Sie ist kein Ersatz für den notwendigen Ausgleich mit der Dritten Welt: Wer heute seine Besitzstände abschotten will, muß morgen „seine“ Grenze mit Gewalt erhalten.

Tanju Tügel / Marian Krüger

Aufnahme, Unterbringung Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen

Die Zwangsverteilungspolitik der Bundesregierung, wonach Flüchtlinge zentralistisch über das BMI über Quoten einzelnen Bundesländern zugeordnet werden, ignoriert sowohl die Interessen und Bedürfnisse der betroffenen Flüchtlinge als auch die der Kommunen, die kaum Einfluß auf die Verteilung haben. Dabei werden durch die Bundesregierung bewußt Konflikte mit der unvorbereiteten Bevölkerung und zum Teil überforderten KommunalpolitikerInnen geschürt, um Sündenböcke für eigenes Versagen zu finden. Parallel dazu läuft über die „deutsche Asyldebatte“ die rassistische Begleitmusik für die Politik der Abschottung der Grenzen. Gleichwohl zeigte sich nicht zuletzt bei der Aufnahme der bosnischen Flüchtlinge viel Solidarität bei der Bevölkerung.

Für eine humane Flüchtlingspolitik ist die Verankerung von Mindeststandards der Aufnahme, der Unterbringung und Betreuung in die kommunalpolitische Planung von entscheidender Bedeutung.

Es gibt zur Zeit noch keinen auf überregionaler Ebene erarbeiteten Katalog solcher Mindeststandards. Auch deswegen sind wir in der Verantwortung. Das vorliegende Papier soll PDS-KommunalpolitikerInnen konkrete Entscheidungshilfen geben. Es ist zweifellos noch ergänzungs- und verbesserungsbedürftig.

1. Zur Funktion der Unterbringungseinrichtungen

Dort sollen sich die Flüchtlinge in Ruhe auf ihr Asylverfahren vorbereiten können und eine unabhängige Rechts- und Sozialberatung erhalten. Familiäre, kulturelle und religiöse Bindungen müssen bei der Unterbringung berücksichtigt werden. Sammellager mit 500 und mehr Plätzen sind dafür nicht geeignet. Die nach dem neuen Asylverfahrensgesetz festgelegten freiheitsbeschränkenden und disziplinierenden Regelungen in den Sammellagern bzw. Übergangswohnheimen widersprechen der Schutzbedürftigkeit geflüchteter Menschen zu tiefst.

2. Zielgruppe

Für alle Flüchtlinge, die einen Asylantrag gestellt haben, für Flüchtlinge, die den Asylantrag gestellt haben und auf ihre Weiterwanderung oder Rückkehr warten sowie für De-facto-Flüchtlinge (Duldung) sollten einheitliche Unterbringungsstandards gelten. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen durch die Träger der örtlichen Jugendhilfe betreut werden. Die Unterbringungsstandards einschließlich der Vorgaben für die soziale Betreuung sind vertraglich mit den Heimbetreibern zu binden.

Familien dürfen nicht getrennt werden. Von der Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft kann abgesehen werden, wenn eine Haushaltsgemeinschaft von Ehegatten und Kindern unter 18 Jahren bereits über angemessenen Wohnraum verfügt.

3. Unterbringung/Versorgung

Sowohl der überregionale Arbeitskreis gegen Fremdenfeindlichkeit als auch der Berliner Flüchtlingsrat sprechen sich übereinstimmend für eine Maximalbelegung von 200 Personen aus. Andere Flüchtlingsinitiativen plädieren für eine weitere Dezentralisierung mit noch kleineren Einheiten (50 Personen in mehreren Einrichtungen in der jeweiligen Stadt).

Die Wohnheime müssen den bau- und gesundheitsrechtlichen Vorschriften und den Auflagen der Feuerwehr des jeweiligen Bundeslandes entsprechen. Die ständige Aufsicht durch die zuständigen Sozial- und Gesundheitsbehörden muß gegeben sein. Vor dem Nutzungsbeginn ist im Wohnheim eine gemeinsame Begehung durch Vertreter der erwählten Behörden sowie der Ausländerbeauftragten und der Baubehörden durchzuführen. Die Unterbringung hat in festen Gebäuden zu erfolgen, die in der Nähe öffentlicher Verkehrsmittel liegen. Der Heimbetreiber ist vertraglich zu verpflichten, jedem Bewohner eine Hausordnung auszuhändigen, die in mindestens zwei bis drei der im Heim

vertretenen Sprachen übersetzt ist. Für jede Person soll eine Wohnfläche von m² sowie Gemeinschaftsräume zur Mitbenutzung zur Verfügung stehen (Mindestluftraum je Person 8 m³, bei Mischfunktion als Wohn- und Schlafräum m³).

Bei der Berechnung der Wohnfläche bleiben sonstige Flächen wie Flure, Toiletten, Küchen, Wasch-, Dusch- u. Trockenräume sowie Gemeinschafts- und Verwaltungsräume unberücksichtigt.

Alle Räume sollen an der Tür mit der im jeweiligen Raum befindlichen Quadratmeterzahl, Bettenzahl und Funktion des Raumes gekennzeichnet werden.

Die Heime sollten über eine zentrale Heizanlage versorgt werden. Das Heim muß mit einer zentralen Schließanlage ausgerüstet sein.

Für jeden Bewohner wird eine eigene Bettstelle vorgesehen. Zu jeder Bettstelle gehören:

- 1 Bettgestell
- 1 Matratze
- 1 Kopfkissen
- Wolldecken in ausreichender Anzahl.

Nach Möglichkeit sollten nicht mehr als vier Personen in einem Wohnraum untergebracht werden. Kinderbetten sollen in ausreichender Zahl bereitgehalten werden.

Zur Ausstattung der Wohnräume gehören:

- 1 verschließbarer Schrank oder ein Schrankteil pro Person
- 1 Tischplatz mit Stuhl pro Person
- mindestens ein Abfalleimer je Zimmer
- Handtücher und Bettwäsche
- Reinigungsmittel und Hygieneartikel.

Handtücher und Bettwäsche müssen mindestens 14tägig oder bei Bedarf in kürzeren Abständen gewechselt werden.

Für unverheiratete Männer und Frauen werden getrennte Schlafräume bereitgestellt.

Die Unterkunftsräume müssen durch mindestens ein Fenster pro Raum natürlich beleuchtet und belüftbar sein. In den Tages- und Schlafräumen wird für eine ausreichende Beleuchtung durch die Sicherheitsvorschriften entsprechende elektrische oder andere Anlagen gesorgt.

Soweit keine Wohneinheiten mit eigener Naßzelle zur Verfügung stehen, sind jederzeit zugängliche Einzelaborte und Waschräume für Männer und Frauen getrennt einzurichten. Folgende Mindestausstattung wird vorgesehen:

- 1 Waschbecken für je 5 bis 7 Personen
- 1 Dusche für je 10 bis 12 Personen
- 1 WC für je 10 weibliche Personen
- 1 WC und ein P-Becken für je 15 männliche Personen
- 1 Fußwaschbecken für jeden Waschraum.

Die Gebäude werden frei von Ungeziefer und schädlichen Tieren gehalten. Täglich soll eine professionelle Reinigung der Küchen, Wasch- und Toilettenräume sowie der öffentlichen Verkehrsflächen erfolgen. Fließendes Warm- und Kaltwasser ist in Trinkqualität bereitzustellen. Die Aborte sollen in der Nähe der Schlaf- und Wohnräume liegen und ausreichend belüftet und beleuchtet sein.

Möglichkeiten zum Waschen, Trocknen und Bügeln eigener Kleidungsstücke mit einer genügenden Anzahl von Waschmaschinen, Schleudern, Trocknern und Bügeleisen müssen gegeben sein.

Die individuelle Verpflegung ist als Normalfall anzustreben. Auch in der ZAST müssen Teeküchen zur Verfügung stehen, da die Zubereitung von Babynahrung und kleineren Mahlzeiten möglich sein muß. Für die individuelle Verpflegung sollen:

- 1 Kochplatte für je 3 Personen
- Spülen
- Geschirrschränke
- Grundausstattung wie Geschirr, Töpfe, Pfannen und Besteck bereitgehalten werden,

Kranke und Schwangere sind zusätzlich mit Obst und Milch zu versorgen. Diätvorschriften sind einzuhalten. Die Nahrungsangebote haben die nationalen und religiösen Gewohnheiten der Bewohner zu berücksichtigen.

Bereitstellung eines Krankenzimmers mit entsprechender Ausstattung (in ge-

ßen Wohnheimen betrieben von Fachpersonal).

Zusätzliche Räume:

- Gemeinschaftsraum (als Treffpunkt aller Heimbewohner)
- Kinderspielzimmer
- Lagerräume, auch für ungebrauchtes Mobiliar und zur Aufbewahrung
- Krankenzimmer
- Beratungs- und Verwaltungsräume
- Keller.

Außerhalb des Gebäudes soll ein — nach Möglichkeit auch öffentlich nutzbares — Spielgelände angelegt werden.

Auf dem Gelände des Wohnheims soll ein funktionsfähiger öffentlicher Fernsprecher zur Verfügung stehen. Die Heimbewohner haben die Möglichkeit, bei längerfristigem Aufenthalt eigenes Mobiliar zu nutzen.

4. Betreuung

Die Beratung und Betreuung der Heimbewohner ist durch ausgebildete Sozialarbeiter oder durch Personen mit mindestens gleichwertiger Ausbildung sicherzustellen. Sie sollten über Fremdsprachenkenntnisse verfügen. Zum Inhalt

der sozialen Betreuung gehören:

- Vermittlung von Informationen über das Leben in der Bundesrepublik Deutschland;
- Orientierungshilfe zum Bekanntmachen des Ausländers mit seiner näheren Umgebung;
- Vermittlung von Kenntnissen über Bestimmungen, z. B. der Arbeitsaufnahme;
- unabhängige juristische Beratung muß auch in der ZAST selbst möglich sein;
- Vermittlung von allgemeinen Informationen zum Asylverfahren;
- Vermittlung über Rechte und Pflichten der Asylbewerber nach dem Asylverfahrens- und Ausländerrecht sowie nach dem Bundessozialhilfegesetz (vor der Umverteilung in der ZAST ist Sorge zu tragen, daß die Asylbewerber möglichst umfassend über ihre künftigen Wohnheime informiert werden);
- Vermittlung an spezielle Beratungsstellen (z. B. für Rückkehr und Weiterbildung);
- allgemeine Beratung in Fragen der ärztlichen Versorgung (ggfs. Begleitung

der Asylbewerber bei Arzt- und Krankenbesuchen);

- Beteiligung der Heimbewohner am Wohnheimbetrieb (hier: Unterstützung beim Aufbau eines Heimbeirats);
- im Interesse einer ständigen Qualifizierung ist den Sozialarbeitern die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches mit Sozialarbeitern und -beratern in anderen Gemeinschaftsunterkünften und darüber hinaus die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen einzuräumen;
- Ausbau von Nachbarschaftshilfen (z. B. mit Kirchengemeinden).

Der Berliner Flüchtlingsrat schlägt als Orientierungsrahmen folgenden Schluß vor:

- 1 ausgebildeter Sozialarbeiter auf 60 Asylbewerber
- 1 angelernte Hilfskraft auf 40 Asylbewerber
- 1 Erzieher auf 30 Kinder.

5. Heimbetreiber

Soweit das Land nicht selbst Asylbewerber-Durchgangsheime betreibt, sollen zum Zweck des Betriebs derartiger Heime Verträge mit Kirchen, Religionsge-

meinschaften des öffentlichen Rechts sowie Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und eingetragene, gemeinnützige Vereine geschlossen werden. Sie sind privat-kommerziellen Betreibern in jedem Falle vorzuziehen. Über Art und Gewährung der Leistungen sowie den Ersatz der nach Prüfung anzuerkennenden Kosten in den Durchgangsheimen sollen mit den Betreibern der Durchgangsheime nach Möglichkeit Generalverträge abgeschlossen werden. Bei privaten Heimbetreibern ist ferner vertraglich abzusichern, daß diese zur Achtung der den Heimbewohnern nach dem Grundgesetz (und der Landesverfassung) zustehenden Rechte verpflichtet werden. Auch zur Offenlegung ihrer Kalkulationsgrundlagen einschließlich des Gewinns ist eine vertragliche Verpflichtung vorzusehen. Mitarbeiter der Heime dürfen keine hoheitlichen Aufgaben der örtlichen Behörden ausführen, z. B. Auszahlung der Sozialhilfe.

Die Heimbetreiber und ihre Mitarbeiter müssen die erforderliche fachliche und soziale Kompetenz nachweisen und vertraglich zusichern.

Termine

7. II. 92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8. II. 92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

13. bis 15. II. 92. Berlin: „Europäischer Antirassismuskongress“ der PDS, Titel: „Gegen eine Festung Europa“.

14./15. II. 92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Themen u.a.: Gesundheitsstrukturgesetz und Möglichkeiten des Widerstandes; Vortrag: „Das Menschenbild in der Geschichte der Medizin“. Beginn: Samstag, 12 Uhr, Ende Sonntag, 13 Uhr. Ort: Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12, Frankfurt a.M. Anmeldungen bei: GNN Stuttgart, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711-62 47 01.

28./29. II. 92. Arbeitskonferenz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg: Großmacht BRD — Ursachen und Funktionen faschistischer Parteibildung — Aufgaben und Ansatzpunkte antifaschistischer Bündnispolitik. Köln, Jugendgästehaus. Samstag, 11 Uhr, bis Sonntag, 12 Uhr. Arbeitsgruppen am Samstag: * Faschistische Formierung * Ausländer- und Asylpolitik * Bewußte und planmäßige Entwicklung der BRD hin zu einer Interventionsmacht * EG, Maastricht, Großraumpolitik der Konzerne. Veranstaltungen/Arbeitsgruppen am Sonntag: * Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf (Diskussion mit Vertretern des Kurdistan-Komitees) * Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten * 30. Januar '93, 60 Jahre Machtübergabe an die NSDAP.

5./6. 12. 92. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Berlin: „Solidarität gegen Sozialabbau und soziale Kälte — für eine gesellschaftspolitische Wende“

2. I. bis 4. I. 93. Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen. Geplant sind wiederum drei Kurse: — ein Kant-Kursus. Thema ist die Auseinandersetzung mit den philosophischen Grundlagen des staatlichen Gewaltmonopols — ein Kursus zum „Solidarpakt“. Thema sind Arbeitssituation, Tariffage u. ä. — ein Geschichtskursus. Das Jahr 1948 — Weichenstellung für die Spaltung Europas.

Anreise am 1. I., Abreise am 5. I. 93. Anmeldungen, Nachfragen über: Dieter Strützel, PDS Gera, Tel. Gera 623 26 10; C. Schneider, GNN-Hamburg, Güntherstr. 6a, Tel. 040-2204278

11. 12. bis 13. 12. Fortsetzung des 2. Gewerkschaftstages der IG Medien.

16./17. 1. 93. 12. Parteitag der DKP in Mannheim. TO u.a.: Programmatische und organisatorische Erneuerung.

30./31. 1. 93. 3. Parteitag der PDS in Berlin. Er soll über das Programm der PDS beraten und entscheiden.

30. I. Demonstration zum Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP in Düsseldorf vor dem Düsseldorfer Industrieclub.

Wir haben Mobilisierungsprobleme für den langen Marsch, weil viele nur mit ihrem Kopf in Kurdistan sind. Wir weisen den Vorwurf zurück, daß wir uns nicht mit der Situation in Kurdistan befassen würden und appellieren für gemeinsame Aktion um Ausländerrechte. Kurdistan-Komitee: Um Mißverständnisse zu beseitigen: Wir betrachten den Kampf um demokratische Rechte in der BRD nicht als sinnlos und werden auch hier die demokratischen Rechte benutzen. Die Ursachen für den Rassismus liegen nicht in den Ländern der 3. Welt, sondern werden dort genährt. Wir müssen dem Imperialismus diesen Weg abschneiden. Wir sind dafür, die gemeinsame Arbeit zu forcieren, wir sind für eine gemeinsame Plattform im gewerkschaftlichen Kampf. Es geht uns aber nicht um Vorzeigeeinrichtungen.

Die Rechte, um die wir gemeinsam mit Euch hier kämpfen wollen, müssen wir gemeinsam mit Euch diskutieren. Wir werden sie auf der Kurdistan-Konferenz näher differenzieren. — (Protokoll: cls — uld)

Bericht von der Konferenz „Ausländerwahlrecht, Asylrecht in der BRD“, Köln, 11. 10. 92

Auf Einladung des Präsidiums der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK fand am 11. Oktober eine Diskussion mit Vertretern des Kurdistan-Komitees und der Föderation demokratischer Arbeitervereine im Jugendgästehaus in Köln statt. Der im folgenden veröffentlichte Bericht beruht auf einem Protokoll des Präsidiums und einer Zusammenfassung des schriftlich vorliegenden Einleitungsbeitrags eines Vertreters des BWK.

Vertreter des BWK: Die sozialistische Linke ist in der Kritik der Flüchtlings- und Ausländerpolitik nicht weitergekommen. Die Forderung „Weg mit den Ausländergesetzen“ spielt in der öffentlichen Diskussion keine Rolle mehr, der Begriff der „multikulturellen Gesellschaft“ hingegen wird von verschiedenen Strömungen, konservativen und grünen, mit unterschiedlicher Deutung benutzt. Die Faschisten in Europa fordern die Abschaffung jeglicher bürgerlicher Rechte für Ausländer. Dagegen kann man an folgenden Positionen anknüpfen:

1. In der französischen Revolution haben die Einwohner, die eine bestimmte Zeit im Land leben, Wahlrecht und andere bürgerliche Rechte erhalten. Der BWK ist interessiert, die Bindung dieser Rechte in der BRD an die „Deutschstämmigkeit“ gemeinsam mit Ausländerorganisationen zu kritisieren.

2. Die Faschisten wollen das Sozialversicherungswesen zerschlagen. In der BRD geschieht dies bereits durch den Einsatz von Saisonarbeitern aus Osteuropa und Flüchtlinge, die weit unter Tarif und unversichert arbeiten. Möglich wäre hier ein gemeinsames Vorgehen zwischen ausländischen und deutschen Organisationen, auch in den Gewerkschaften.

3. Die sozialistischen Kräfte werden das Bündnis gegen die Abschaffung des Individualrechts auf Asyl bis weit ins Lager des Humanismus und der christlichen Nächstenliebe suchen müssen. Dazu ist aber genaue Kenntnis der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte, für die man eintritt, notwendig.

4. Der BWK kann das Forderungsprogramm des „Langen Marsches“ unterstützen. Muttersprachlicher Unterricht ist wichtig. Den BWK interessiert der Standpunkt der ausländischen Organisationen zum Thema „Religionsfreiheit“.

5. Gegen die rassistische Hetze in den faschistischen Publikationen sollten wir, wenn möglich, auch strafrechtliche Verfolgung verlangen.

6. Gegen die Bemühungen von Faschisten und Reaktion, die Einwohner in viele ethnische Gruppen aufzuspalten und diese gegeneinander zu hetzen, muß man eine Politik entwickeln. In den Gewerkschaften z.B. haben fast alle Gruppen Mitglieder, hier wäre eine intensivere Zusammenarbeit anzustreben. Die Rechte der Ausländerbeiräte müssen gestärkt werden.

Beitrag des Kurdistan-Komitees: In Rahmen der neuen Weltordnung, die nach dem Zerfall des realen Sozialismus Ende der 80er Jahre installiert werden sollte, müssen die faschistische Politik

und die Ausländerpolitik analysiert werden, dort liegen ihre Wurzeln. Ihr Ziel ist die Beschneidung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Menschen. Um die Arbeitnehmer verschiedener Nationen zu spalten, wird eine Politik der Trennung betrieben. Linke Politik in der BRD definiert das Problem falsch, wenn sie die Angriffe nur im Rahmen der Rechte der Ausländer sieht und nicht auch im Angriff gegen deutsche Arbeiter. Deutsche Außenpolitik zielt auf Revanche für den 2. Weltkrieg, auf Expansion und neue Hegemonie. Dafür muß die innere Front zum Schweigen gebracht werden. Der Krieg in Kurdistan wurde von den Imperialisten gegen das kurdische Volk gestartet, wird jedoch als „Bruderkrieg“ bezeichnet.

Es stellt sich die Frage, wie die Kurden, die im eigenen Land leben und dort keine Rechte haben, hier in der BRD für ihre Rechte kämpfen sollen. Dieser Widerspruch muß gesehen werden. Natürlich kämpfen wir hier um unsere Rechte, jedoch darf das Grundlegende nicht mit dem Detail verwechselt werden.

Kurden, Palästinenser und Tamilen, die starke Organisationen haben, werden hier genauso verfolgt wie zuhause. Die Haltung der BRD-Regierung ist die eines Welt-Gendarmen. Ein klares Beispiel dafür ist der Kurden-Prozeß in Düsseldorf. Hausdurchsuchungen gegen Kurden sind terroristische Akte.

Es ist falsch, die Rechte der Ausländer in der BRD losgelöst von der Situation in den Heimatländern zu betrachten. Die meisten Ausländer entstammen der sog. 3. Welt, wo keine Demokratie existiert. Der Rassismus und die Reaktion hier in der BRD nähren sich vor allem aus der Nicht-Existenz demokratischer Rechte in den Herkunftsländern der Ausländer. Die Fluchtbewegung könnte gelöst werden, wenn Demokratie in den Herkunftsländern erkämpft werden könnte. Es wird hier im Westen keine Freiheit geben, solange diese Länder vom Imperialismus unterdrückt werden. In diesem Sinne muß unser Widerstand auf gemeinsamer Plattform geschehen. Wenn der Kampf um Sozialismus und Demokratie in der 3. Welt verstärkt werden, wird sich das hier widerspiegeln.

Beitrag der DIFD: Die DIFD ist eine Föderation kurdischer und türkischer Arbeiter, Flüchtlinge usw. Die Existenz der DIFD entspricht einem Bedürfnis und hat eine gesellschaftliche Grundlage. Die Forderung nach Wahlrecht für Ausländer hat ebenso ihre Berechtigung. Die DIFD schließt sich dem Beitrag des Kurdistan-Komitees an, wenn es sagt, Ausländerfeindlichkeit ist Arbeiterfeindlichkeit. Für diesen gemeinsamen Kampf der Arbeiter muß Gleichberechtigung erkämpft werden. Dafür muß es Organisationen wie die DIFD geben. In Zukunft wird es wohl keine Organisationen mehr geben, die die Menschen nach Nationalität organisieren. In der BRD leben ca. 1,25 Mio Türken und ca. 0,45 Mio Kurden. Ihre Anwesenheit hier in der BRD kann nicht allein auf Flucht vor Unterdrückung zurückgeführt werden, sondern auch auf Anwerbung von hier, der BRD, aus.

Die Ausländerpolitik der BRD wird wie von einem roten Faden von Kapitalinteressen durchzogen. In wirtschaftlichen Krisen hat man immer die ausländischen Arbeiter zu Sündenböcken gemacht, um die Arbeiter zu spalten. Dagegen muß der gemeinsame Kampf organisiert werden.

Die DIFD ist eine demokratische Organisation, sie tritt dafür ein, auch für kleine Reformen zu kämpfen, das wird der Revolution in Deutschland nützen.

Wenn es Probleme der Zusammenarbeit gibt, liegt das in den meisten Fällen an den deutschen Kräften, nicht an der DIFD.

Der Rassismus ist nicht das Problem der Ausländer, sondern es gibt große Probleme in der deutschen Arbeiterklasse und ihren Führern.

Die DIFD fordert, alle Regelungen zu beseitigen, die ausländische Arbeiter bei der Arbeitssuche zu Freiwild machen. Wir fordern die doppelte Staatsbürgerschaft. Dafür sollten eine gemeinsame Taktik und Strategie entwickelt werden.

Es ist so eine Atmosphäre geschaffen worden, daß jeder Politiker von den Problemen spricht, die die Ausländer geschaffen haben, aber niemand von den Problemen der Ausländer spricht. Um dagegen in die Offensive zu gehen und gleiche Rechte zu fordern, haben wir den Sternmarsch geplant.

Beiträge in der Diskussion

maf: Der kurdische Befreiungskampf wird in Kurdistan geführt, in gewisser Weise auch in der BRD — zwar nicht mit Waffen, aber in Bezug auf den Kampf in Kurdistan. Der konkrete Verlauf des Kampfes in Kurdistan wird beeinflusst von der großen Massenwanderung nach Europa. Westeuropa wurde so zum Hinterland des Befreiungskampfes mit der Möglichkeit, finanzielle Unterstützung zu beschaffen oder als Ruheraum zu dienen. Daraus ergibt sich das Interesse der Türkischen Republik an der Austrocknung der Unterstützung des Befreiungskampfes in der BRD.

Es geht um Freizügigkeit und Freiheit der politischen Betätigung, es geht um demokratische Rechte. Auch Geld für den Befreiungskampf sammeln zu können, ist ein demokratisches Recht. Ein Verbot der Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes hier in der BRD würde den kurdischen Befreiungskampf erschweren. Es muß verteidigt werden, daß für den kurdischen Befreiungskampf hier in der BRD mit Worten eingetreten, informiert werden und um Geld gesammelt werden kann, eigentlich müßte das bis zur Steuerbefreiung der Spenden weitergetrieben werden.

Der Zusammenhang zwischen den Metropolen und den Befreiungskämpfen ist enger als früher wegen der Mobilität der Arbeitskräfte. Man muß sich daran gewöhnen, daß hier in der BRD Menschen leben, deren Bezug woanders liegt und nicht hier. Westdeutsche Anforderungen werden von ihnen im gewissen Sinne als Störung oder als inadäquat empfunden. Diese Menschen haben eine enge Bindung an Konflikte, die anderswo stattfinden. Wir müssen verstehen und analysieren, wo sich Interessen

überkreuzen und gemeinsam verfochten werden können.

Die DIFD kann die Probleme der Leute, die nach Kurdistan blicken, nicht vertreten. Die Ausländer in der BRD befinden sich in verschiedener Lage. Es gibt nicht das Ausländerproblem. DIFD müßte die Beziehung zum Heimatland aufgreifen, damit ihre Forderung nach Integration nicht als Aufforderung zur Fahnenflucht mißverstanden wird.

Die PKK müßte öffentlich erklären, für welche Rechte der Kurden hier sie eintritt. Entweder sie sagt das oder der türkische Konsul. Z.B. sollte die PKK den Forderungskatalog des langen Marsches durchschauen, welche Rechte sie für ihr großes Volk in der BRD braucht.

Es gibt zum Glück keine türkisch-kurdischen Volksgruppenkonflikte, weder hier noch in Kurdistan noch in den Slums von Istanbul. Doch jetzt entwickelt sich etwas. Der Zusammenbruch der GUS hat der Türkei glänzende Expansionsaussichten verschafft, dabei stören die Kurden. Ähnlich wie bei uns, wo „Multikulturelles“ für die deutsche Bourgeoisie jetzt deutsche Ausstrahlung stört. Gemeinsam müßten wir im gesellschaftlichen Raum die Voraussetzungen für eine türkisch-kurdisch-deutsche Freundschaft schaffen.

Die Ansicht des Kurdistan-Komitees, der Rassismus in der BRD entstünde aus dem Fehlen demokratischer Rechte in den Herkunftsländern, ist falsch. Der Rassismus entsteht aus der Gesellschaft hier. Auch wenn der Widerspruch zwischen militärischem Kampf in Kurdistan und dem Kampf um demokratische Rechte hier existiert, darf dieser nicht als nebensächlich erklärt werden. Das Kurdistan-Komitee kann den Angriffen des Staatsapparates hier nicht ausweichen und sollte näher formulieren, welche konkreten Punkte für eine gemeinsame Plattform es als notwendig erachtet. Kurdische Repräsentation in Gewerkschaften und in Ausländerbeiräten wäre nützlich.

jöd: Ausländerbeiräte haben eine wichtige Funktion. Wir sollten gemeinsam dafür kämpfen, daß Kurden das Recht haben, eigene Vertreter in den Ausländerbeiräte zu entsenden. Das wäre ein Schritt zur Anerkennung der Kurden als eigener Staat, dafür könnten Bündnisse bis ins bürgerliche Lager rein organisiert werden.

wof: Die Kritik der DIFD an den Ausländerbeiräten ist nicht verständlich. In manchen Städten gibt es bereits Antragsrechte der Beiräte an die Stadträte, die Urwahl der Beiräte stärkt ihre Stellung. Es würde sich lohnen, für kurdische Listen einzutreten. Dringend sind gegenseitige Informationen, da man in völlig unterschiedlicher sozialer Situation lebt. DIFD: Die Ausländerbeiräte haben nirgendwo eine Wahlbeteiligung über 30 %. Würdet Ihr zur Wahl gehen für ein Gremium, das nicht mal Antragsrechte hat? Wir treten für den Boykott der Beiräte ein und organisieren die Aktion „Wahlrecht für Ausländer“. Wir mußten die Erfahrung machen, daß wir die Ausländerbeiräte nicht als solches Mittel nutzen können wie vor zehn Jahren.

Die Überfälle auf Asylbewerber in Hoyerswerda haben die Redakteurin Ulrike Holler und die Verlegerin Anne Teuter aus Frankfurt am Main dazu veranlaßt, ein Buch herauszubringen. Jugendliche, die bei uns als Ausländer bezeichnet werden, sollten darin selbst zu Wort kommen.

Das Vorhaben stellte sich als nicht einfach heraus, wie die beiden Herausgeberinnen im Vorwort schreiben.

Durch verschiedene Medien wurde schließlich der Aufruf an Mädchen und junge Frauen, Jungen und junge Männer verbreitet, sie sollten dokumentieren, was sie als Kinder der zweiten und dritten Generation, als Flüchtlinge, als Fremde, tagtäglich erfahren.

„... wir haben die Jugendlichen mit dieser Aufforderung daran erinnert, daß sie trotz allem Fremde geblieben sind. Eigentlich wollen sie das ja vergessen ...“

Aus diesem Grund gingen U. Holler und A. Teuter dazu über, die Jugendlichen persönlich anzusprechen, versuchten klarzumachen, daß ein Buch zustande kommen sollte, in dem ihre Probleme wirklichkeitsgetreu dargestellt werden und das dann in Schulen Verwendung finden sollte.

Auch mit Hilfe der Zeitschrift *Metal*, die einen Schreibwettbewerb initiierte, kamen dann 39 Beiträge zusammen, in denen Autoren im Alter von 11 bis 30 Jahren ihre Erfahrungen mit Deutschland schildern. Die Beiträge sind eine bis acht Seiten lang.

Frankfurts Schuldezernentin Jutta Ebeling verwies darauf, daß fast 40 Prozent aller Schüler der Stadt Frankfurt am Main Ausländer sind. Die Stadt Frankfurt stellte für 70 Schulen jeweils einen Klassensatz von 30 Exemplaren des Buches „Wir leben hier“ zur Verfügung.

Flucht vor Krieg, Hunger, Folter

Viele Beiträge beschreiben die Gründe, aus denen die Menschen aus ihren Ländern geflüchtet sind: mit großer Bewunderung für ihre Eltern schreibt Hüseyin B. aus Steinbach/Ts., wie seine Eltern aufgrund der miserablen wirtschaftlichen Lage aus Anatolien in der Türkei emigrierten, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu bieten.

Gabi B. aus Eritrea schildert ihre Flucht im Alter von 4 Jahren: Sie lebten in einem Dorf in solidarischer Gemeinschaft der Dorfbewohner, man half sich untereinander zu überleben und zu kämpfen, bis der Krieg begann. Ein Teil der Familie lief zu Fuß nach Sudan, floh von dort nach Belgien und dann in die BRD.

Khalid aus Pakistan erzählt, wie seine Familie wegen Bedrohung aufgrund seiner Religion als Moslem in die BRD einwanderte. Sie flohen über London

»Wir leben hier!« — Ausländische Jugendliche berichten

Ein nützliches Buch gegen Ausländerfeindlichkeit, geeignet auch für den Einsatz an Schulen

und Holland nach Deutschland. „Die ersten zwei Wochen waren sehr schön. Ich habe zum erstenmal Schnee in meinem Leben gesehen und damit gespielt. Als ich dort in die Schule kam, haben sie zu mir »Scheiß Ausländer« gesagt und mich verprügelt.“

Siar S., 17 Jahre, aus Afghanistan, floh vor sechs Jahren aus politischen Gründen mit seiner Familie. In Deutschland war er anfangs sehr allein, hat sich jetzt aber einen festen Freundeskreis aufgebaut. Er akzeptiert nicht, daß es kein Wahlrecht für Ausländer in der BRD gibt.

Erwartungen an Deutschland

„Für mich ist Deutschland: Keine Diktatur, kein Gefängnis, Freiheit, Menschenrechte. In Deutschland leben die Menschen gut. ...“ (Mboy N. aus Zaire) Diese Aussage steht der von Claire aus Kenia entgegen, die sofort wieder zurück nach Kenia möchte, weil es da tausendmal besser sei als in Deutschland. In Kenia gibt es so etwas wie Ausländerfeindlichkeit nicht, wie sie schreibt.

Bezeichnend ist, daß die guten Vorstellungen über Deutschland, ein Land, in dem Wohlstand und Demokratie herrscht, bald nach Ankunft der Menschen durch die Wirklichkeit verworfen werden.

Suha B. stammt aus einer kurdischen und alevitischen Familie. Sie geht in ihrer Schilderung darauf ein, wie wenig es nutzt, einen deutschen Paß zu besitzen. Ihre beiden Brüder haben einen deutschen und einen türkischen Paß, werden aber genauso wie andere als „schwarzköpfige Asylanterkinder“ behandelt.

Ausländerfeindlichkeit

Durch alle Beiträge zieht sich die Erfahrung mit Ausländerhaß der Deutschen, vor dem die Emigranten im Kindergarten vielleicht noch verschont bleiben, den sie sicher spätestens in der Schule erleben.

Die Kinder reagieren zunächst sehr verwirrt auf die Angriffe, einige schildern, wie sie sich dann aufgrund ihres Verletzenseins absondern, in sich zurückziehen, einsam werden. „Langsam verlor ich mein Selbstvertrauen und zog mich von allem zurück. ... Aufgrund meiner Verschllossenheit und meiner schwachen Leistungen in der Schule war ich mehr ein Einzelgänger. Ich wurde nie richtig akzeptiert. Mehr und mehr dachte ich, daß man als Ausländer et-

was Besonderes leisten muß, um überhaupt akzeptiert zu werden. ... Als mir klar wurde, daß man selbst die Initiative ergreifen und für seine Rechte kämpfen muß, änderte sich vieles in meinem Leben.“ (Hüseyin B., 20 Jahre, Steinbach/Ts.)

Mehrere Jugendliche drücken aus, daß Menschen aus verschiedenen Kulturen in Wirklichkeit eine Bereicherung für eine Gesellschaft darstellen könnten.

Gegenwehr

Die Jugendlichen, die sich in diesen Beiträgen äußern, kämpfen fast alle um Freunde. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß sie Niedergeschlagenheit und Einsamkeit ändern können, wenn sie ihr Leben in die eigene Hand nehmen. Sie stehen zu ihrer kulturellen Identität, und viele wollen sich ausdrücklich nicht einfach an die deutsche Lebensweise anpassen.

So kritisiert Akin Ö. aus der Türkei manche Jugendliche: „Es tut mir leid, daß viele Jugendliche ihre Tradition und Kultur aufgeben, um sich »zu integrieren und anzupassen«, oft nur der Geltung wegen. ... Durch den Einfluß der wirtschaftlichen Integration und Anpassung wird die kulturelle Identität unterdrückt und im schlimmsten Fall ausgelöscht. Im Grunde gibt es keine Ausländer. Alle sind gleich, alle sind Menschen. Die Kulturunterschiede haben sich durch verschiedene äußere Bedingungen herausgebildet und entsprechend entwickelt. ... Hoch die internationale Solidarität, es gibt keine Ausländer, für kulturelle und geistige Weiterentwicklung!“

Viele haben auch gute Erfahrungen mit Schulkameraden gemacht. Einige Jugendliche schreiben, daß sie auch in kleinen Orten Freunde finden und daß es ihnen besser als bei ihrer Ankunft in Deutschland geht.

Suha B. hat sich in einer antifaschistischen Schülergruppe in Berlin organisiert und führt mit Mitschülern den Kampf gegen Nazis.

Hoffnung auf Änderung

Weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß durch gegenseitiges Kennenlernen Vorurteile abgebaut werden, äußern einige Autoren Hoffnung für die Zukunft. „Für mich und meine Familie steht auf jeden Fall fest, daß wir hier in Deutschland bleiben werden. Ich glaube auch, daß so manches Problem sich mit der Zeit lösen wird, ohne daß man es merkt, man muß nur Geduld auf-

bringen können. Denn jeder hat auf seine Weise recht, und man kann keinem die eigene Meinung verbieten. Aber man muß auch einsehen können, daß ein Mensch das Recht hat, dort zu leben, wo er geboren ist, auch wenn er eine andere Staatsangehörigkeit hat.“

Es gibt aber auch die gegenteilige Ansicht, die Emine E. aus der Türkei formuliert. Ansichten wie „Türkenkinder klauen alle und sind dreckig“ gehen von den Eltern ihrer Schulkameraden auf die Kinder über, so werden Freundschaften verzögert und verhindert. Viele ihrer Verwandten sind in die Türkei zurückgekehrt, weil sie von den Deutschen wie Tiere behandelt wurden. Sie meint, daß die Deutschen die Ausländer nicht mehr brauchen und sie deshalb mit ihrem schlechten Verhalten vertreiben.

Leben zwischen zwei Kulturen

Manchmal fragen sich die Jugendlichen, ob sie nicht lieber wieder in ihr Heimatland zurückkehren sollen. Aber sie haben die Erfahrung gemacht, daß sie z.B. in der Türkei nicht mit offenen Armen empfangen werden, sondern als „Deutschländer“ beschimpft werden.

Einige junge Frauen erzählen von den Konflikten zwischen ihrer traditionellen Erziehung und den Gepflogenheiten in Deutschland. Von ihnen wird erwartet, daß sie vorwiegend zuhause leben, und sie müssen sich ihre Freiheit manchmal innerhalb ihrer Familien erkämpfen.

Aussiedler

In den Beiträgen, die von jugendlichen Aussiedlern stammen, wird das Groß-Deutschtum grotesk empfunden: „Ich komme aus der Sowjetunion. Das ist das größte Land auf der ganzen Welt. Viele denken, wenn du sagst, du kommst aus Rußland, dann bist du Russe. Wenn du sagst, du bist Deutscher, dann sagen sie, warum kannst du nicht deutsch? In diesem Land leben mehr als 10 Millionen Deutsche, und alle wollen zurück nach Deutschland, wo ihre UrUrUr-Großeltern herkommen. Und wenn sie hier sind, sind sie traurig und sagen: »Wenn ich es nur gewußt hätte! Mein Haus, mein Bauernhof, wenn ich ihn wiederhätte, würde ich zurückfahren.«“

Anna kommt aus Polen, soll sich als „deutschstämmige Aussiedlerin“ fühlen. Sie will aber nicht nach Deutschland einwandern, will weiter Polin

sein und hat es deswegen sehr schwer. Inzwischen glaubt sie die Lösung des Konfliktes in einem vereinten Europa zu finden.



Titelseite des Buches: Wir leben hier — Ausländische Jugendliche berichten, herausgegeben von Ulrike Holler und Anne Teuter.

Gilberto P., 30 Jahre, Neubrandenburg: Meine Tochter Charlotte

Meine Tochter Charlotte hätte Carlotta heißen und bei offenen Fenstern geboren werden müssen. Jetzt müßte sie gerade auf einem blanken Mosaikfußboden laufen lernen und so leicht angezogen werden, wie es nur dort möglich, wo die Erdbeeren im Winter wachsen. Aber ihre Mutter und ich beschlossen, daß sie in einem Krankenhaus mit geschlossenen Fenstern geboren werden und ihre ersten Schritte auf einem mit Teppich belegten Fußboden machen sollte ...

Ihre Mutter (Deutsche) ist im Juni 1991 aus Cuba gekommen, als im 5. Monat das Lottchen zum ersten Mal im Bauch gestrampelt hat. Ich mußte noch einige Monate dort bleiben, und als ich das Telegramm erhielt mit der guten Neuigkeit, daß es ein Mädchen geworden ist, welches Charlotte heißen würde, ... war ich gerade in Bogota. ... Weder Lottchen noch ich sehen wie Ausländer aus. Vielleicht, wenn sie uns sehr aufmerksam beobachten, merken sie es; aber wenn wir so einfach spazieren gehen unter den Leuten, bekommt niemand etwas davon mit.

Bitte verstehen sie mich nicht falsch. Ich möchte, um Gottes Willen, kein Deutscher oder einem Deutschen ähnlich sein, so ist es nur einfacher, hier zu leben. Ich fühle mich mit denjenigen, welchen die Natur ein Schild »Ausländer« um die Brust gehängt hat. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man in Deutschland mit dem für alle sichtbar aufgeschlagenen Ausweis leben kann. Es ist, als ob man kein Zuhause hätte; für immer gezeichnet, ohne eine Möglichkeit, sich im anonymen Straßengemenge zu verlieren.

Davon ganz speziell könnte Ihnen meine Frau mehr und besser erzählen. Sie hat fünf Jahr in Cuba gelebt mit dem nicht ablösaren Etikett der Ausländerin, denn unter uns konnte sie nie ihre äußerste weiße Haut oder ihre Blondheit des Nordens verbergen. Nur mit dem Unterschied, daß, obwohl das Wort Ausländer ins Spanische mit »extranjero« übersetzt wird, es sich in Deutschland auf eine ganz andere soziale Position als in Cuba bezieht. Dort war meine Frau eine exotische Pflanze, die jedermann anfassen oder riechen wollte. Im Unterschied hierzu: hier ist meistens der Ausländer eine Pflanze, welche entweder herausgerissen oder gemieden wird, oder welche man bestenfalls am Wegrand wachsen läßt, wie das wilde Gras. Ich kann mich aus den oben erwähnten Gründen nicht über eine direkte oder brutale Diskriminierung beklagen, fühle aber das besondere Gewicht, welches das Wort »Ausländer« trägt.

Zum Beispiel hat es mich immer gewundert, wenn unsere Bekannten mir ständig versicherten, daß man es »mir nicht ansieht«, daß ich Ausländer bin. ...“

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

23/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celbi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über: GNN, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel.: 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26.- DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.- DM (Förderabo 78.- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig veröffentlicht: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (RgB), 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz